

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: Preis brünnernando: Vierteljährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Sparfame Sparkassen-Statistiker.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Uebersicht über die preussischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1908, die nach den verschiedensten Richtungen hin außerordentlich interessant ist. Sie beweist zunächst, daß die schwere Krise, unter der das Wirtschaftsleben des Volkes und namentlich die Lebenslage der nichtbesitzenden Klasse zu leiden hatte, auch in der Statistik der preussischen Sparkassen seinen deutlichen Ausdruck fand. Betrug doch die Summe des Ueberschusses der Neueinlagen im Jahre 1908 nur 162,45 Millionen Mark, eine Summe, die nur im vorhergehenden Jahre 1907 noch niedriger war, sonst aber seit dem Jahre 1901 im Durchschnitt um das Doppelte übertraffen wurde!

Der Gesamtbetrag der Einlagen ergab am Schlusse des Rechnungsvorjahres 1907 9 121 315 000 M., während er am Schlusse des Rechnungsjahres 1908 auf 9 573 088 000 M. angewachsen war. Von diesem Zuwachs von 451 Millionen Mark bestanden aber 289 Millionen Mark aus Zinsen, so daß der wirkliche Zugang aus dem Ueberschuss der Einlagen über die Rückzahlungen hinaus sich nur auf die schon genannte Summe von 162 Millionen Mark belief.

Daß unter der schweren Krise die nichtbesitzende Klasse am allersthwersten zu leiden hatte, so daß sie so gut wie gar keine neuen Spareinlagen im Jahre 1908 zu machen vermochte, geht aus den näheren Mitteilungen des preussischen statistischen Landesamts zur Evidenz hervor. Ja, diese Mitteilungen beweisen sogar, daß die Spareinlagen der kleinen Sparer nicht nur keine Zunahme, sondern sogar eine ganz beträchtliche Verminderung erfahren haben!

Im Jahre 1908 wurden 1 630 523 Sparkassenbücher neu ausgegeben und 1 273 786 Sparkassenbücher zurückgezogen, so daß sich die Zahl der Sparkassenbücher um 356 737 Stück vermehrte. Nach Größenklassen geordnet, verteilten sich diese 356 737 Bücher folgendermaßen:

Bücher	auf Einlagen von	Büchervermehrung in Proz.
a) 173 433	bis zu 60 M.	5,38
b) 18 120	60 bis 150	1,12
c) 10 599	150 - 300	0,78
d) 14 222	300 - 600	0,85
e) 98 788	600 - 3000	3,40
f) 35 443	3000 bis 10 000	6,49
g) 7 814	über 10 000	10,42

Schon die Prozentzahlen der Büchervermehrung beweisen ja, daß nur eine ganz geringfügige Zahl von neuen Büchern für die geringeren Spareinlagen ausgegeben wurde, während sich die Zahl der Sparer mit 3000 bis 10 000 M. und über 10 000 M. noch immer ganz erheblich vermehrte. Es ist deshalb schon eine ganz auffallende Schönfärberei, wenn es in dem vom „Reichsanzeiger“ gegebenen Auszug heißt:

„Aus diesen Verhältniszahlen könnte man zunächst den Eindruck gewinnen, als sei die Zunahme im wesentlichen auf die größten und kleinsten Konten beschränkt gewesen; es ist dies aber einer der zahlreichsten Fälle, in denen die Verhältniszahl allein irreführt und durch die absolute Zahl ergänzt werden muß. . . Hier zeigt sich, daß die verhältnismäßig so große Zunahme der Bücher mit über 10 000 M. Einlage doch nur 7 814, also viel weniger als bei allen anderen Klassen macht. Daß im übrigen nur die Bücher mit mehr als 600 M., die zu einem erheblichen Teile im Eigentum der besitzenden Klassen oder juristischen Personen und dergleichen sein werden, sowie die ganz kleinen Bücher stark an Zahl zugenommen haben, steht allerdings nicht besonders erfreulich aus.“

Sier wird also darauf hingewiesen, daß die Zahl der neuen Bücher für Einlagen von mehr als 10 000 M. „nur“ 7 814 gegenüber insgesamt circa 356 000 betragen habe. Das „nur“ ist famos! Denn auf diese „nur“ 7 814 Bücher allein entfällt selbst dann, wenn die Einlage pro Buch nur 10 000 M. betragen hätte, schon der Betrag von mehr als 78 Millionen Mark! Also fast die Hälfte der Summe, um die sich insgesamt die Sparkasseneinlagen in Preußen im Jahre 1908 vermehrten, wäre danach auf die Bücher mit mehr als 10 000 M. Einlage entfallen! Nehmen wir vollends die Klasse f mit 3000 bis 10 000 M. Einlage hinzu und rechnen wir auf die Einlage die Durchschnittssumme von 5000 M., so macht das für 35 443 Bücher den Betrag von 177 200 000 M. Also allein die Bücher mit mehr als 3000 M. Einlage ergaben eine Mehreinlage von mindestens 250 Millionen Mark, das heißt mehr, als die ganze Zunahme der Sparkassen an reinem Neueinlagenüberschuss betragen hat! Nehmen wir für sämtliche Kontenklassen eine Durchschnittsberechnung vor, so ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der Bücher	Durchschnittliche Einlage	Gesamteinlage
a) 173 433	30	5 200 000
b) 18 120	105	1 900 000
c) 10 599	225	2 400 000
d) 14 222	450	6 400 000
e) 98 788	1500	148 100 000
f) 35 443	5000	177 200 000
g) 7 814	über 10 000	100 000 000
In Summa		441 200 000

Wir haben diese Summe rechnerisch zu ermitteln suchen müssen, weil uns leider das statistische Landesamt die genauen Zahlen nicht mitgeteilt hat! Daß unsere Durchschnittsberechnung aber ziemlich genau stimmen dürfte, ergibt sich daraus, daß eine genau nach derselben Methode vorgenommene Berechnung der Verteilung der Spareinlagen auf sämtliche Sparkassenbücher überhaupt mit der von der amtlichen Statistik mitgeteilten Gesamtsumme im Endergebnis fast völlig übereinstimmt! Vor allen Dingen dürfen wir uns nicht daran stoßen, daß die Summe der auf die 356 000 neuen Sparkassenbücher entfallenden Einlagen in Höhe von 441,2 Millionen Mark sich so gar nicht deckt mit den 162 Millionen Mark, um die sich in Wirklichkeit die Summe sämtlicher Spareinlagen vermehrt hat. Eine solche Uebereinstimmung ist deshalb ganz unmöglich, weil ja während des Krisenjahres 1908 nicht nur eine Unzahl von Einlagen im ganzen abgehoben worden ist, sondern auch von den Einlagen der nicht-gelöschten Sparkassenkonten ganz erhebliche Beträge abgehoben worden sind. Daß trotz des Ueberschusses von 356 000 neuen Sparkassenbüchern mit ihrer ungenügenden Einlage von 441 Millionen Mark der Gesamtüberschuss aller Einlagen über die zurückgezählten Beträge nur 162 Millionen Mark beträgt, beweist eben, wie erheblich der Rückgang der alten Einlagen gewesen ist!

Unserer Aufmerksamkeit beweist ferner, daß höchstwahrscheinlich die Rückzahlungen auf kleine Einlagen relativ außerordentlich viel beträchtlicher gewesen sind, als der Rückgang der größeren Einlagen. Und diesem von der amtlichen Statistik gleichfalls leider nicht erfaßten Rückgang der Einlagensumme gerade der besitzlosen Klasse steht nur der lächerliche Zuwachs für die Klassen a bis c von kaum 16 Millionen Mark gegenüber! Unsere Aufmerksamkeit beweist ferner, daß höchstwahrscheinlich die Rückzahlungen auf kleine Einlagen relativ außerordentlich viel beträchtlicher gewesen sind, als der Rückgang der größeren Einlagen. Und diesem von der amtlichen Statistik gleichfalls leider nicht erfaßten Rückgang der Einlagensumme gerade der besitzlosen Klasse steht nur der lächerliche Zuwachs für die Klassen a bis c von kaum 16 Millionen Mark gegenüber!

Alle Schönfärbereien der amtlichen Statistik vermögen also die Tatsache, daß gerade die arbeitende Bevölkerung unter der Krise am schwersten gelitten hat, nicht zu verschleiern, sie verraten lediglich ein geradezu täppisches Bemühen, durch Nichtmitteilung gerade der interessantesten Zahlen, durch Vermeidung gerade der wichtigsten Ermittlungen und obendrein noch durch förmlich absurde Kommentierungsversuche die tatsächlichen Verhältnisse tendenziös zu entstellen!

Ebenso wie die Wahlrechtsstatistik des preussischen statistischen Landesamts ist auch die Sparkassenstatistik ein Zeugnis dafür, daß sich auch die amtliche Statistik den Wünschen und den Interessen der herrschenden und besitzenden Klassen zu unterwerfen hat!

Das ergibt sich schließlich auch daraus, daß in der Statistik über die Sparkassen ängstlich jede Ermittlung darüber vermieden wird, welche Beträge denn überhaupt auf die einzelnen Klassen der Einleger entfallen. Wohl finden wir Mitteilungen darüber, wie groß die Zahl der Sparkassenbücher der Einzelklassen ist, aber darüber, wie groß denn eigentlich die auf die einzelnen Klassen entfallende Summe ist, schweigt man sich vorzüglich aus! Diese Vorsicht nützt freilich nichts, denn auch auf Grund der gegebenen Mitteilungen läßt sich mit fast absoluter Sicherheit berechnen, in welcher Weise sich die 9 1/2 Milliarden der preussischen Sparkassenbücherbesitzer auf die einzelnen Klassen verteilen. Wenn wir nämlich dieselben Durchschnittsbeträge zugrunde legen, die wir bereits oben in Anrechnung gebracht haben — für die Klasse a den Durchschnittsbetrag von 30 M., für b von 105 M., für c von 225 M., d von 450 M., eI von 1050 M., eII von 2250 M., f von 5000 M., und den Betrag für g in der gleichen Weise abrunden wie bei unserer Berechnung für die 356 000 neu hinzugekommenen Sparkassenbücher — so ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der Sparkassenbücher	Einlage	Gesamtsumme
a) 3 295 184	Bis 60 M.	102 Millionen
b) 1 842 870	60-150	173
c) 1 454 477	150-300	327
d) 1 691 192	300-600	764
eI) 2 071 545	600-1500	2 175
eII) 927 572	1500-3000	2 088
f) 581 770	3000-10000	2 910
g) 77 478	über 10000	1 000
In Summa		9 534 Millionen

Daß diese unsere Durchschnittsberechnung die Wirklichkeit fast völlig trifft, geht ja daraus hervor, daß der Gesamtbetrag aller Sparkasseneinlagen nach der amtlichen Statistik 9 573 088 000 M. beträgt, von der errechneten Endsumme unserer Durchschnittsberechnung also nur ganz unwesentlich abweicht!

Was ergibt sich aber aus unseren Berechnungen? Daß auf die mehr als 8 Millionen Sparkassenbücher mit Einlagen bis zu 600 M. nur 1366 Millionen Mark Einlagen von insgesamt 9 573 Millionen Mark entfallen! Wodurch ja wohl der törichte Schwindel, daß der größte Teil der Sparkasseneinlagen sich in den Händen der nichtbesitzenden Klasse befinde, ein für allemal erledigt sein dürfte! Denn selbst wenn man noch die 2175 Millionen Mark der Klasse eI als Einlagen der nichtbesitzenden Klasse in Anrechnung bringen wollte, ergäbe sich noch immer das Resultat, daß auf die mehr als 10 Millionen Sparkassenbücher der großen Masse des nichtbesitzenden Volkes nur 3541 Millionen Mark

entfielen, während der Anteil der Besitzenden an den Sparkasseneinlagen 5993 Millionen Mark beträgt!

Nach diesen Ergebnissen begreift man, warum das statistische Landesamt sich bis auf den heutigen Tag so ängstlich davor gehütet hat, die Zahlen mitzuteilen, die wir hiermit zur weitesten Verbreitung der Öffentlichkeit übergeben.

Das Ende einer Partei.

Anno domini 1910, am Tage der Heiligen drei Könige, 6. Januar, wurde in Stuttgart die alte württembergische Volkspartei zu Grabe getragen. Die Trauerfeier, „Landesversammlung der württembergischen Volkspartei“ benannt, war stark besucht. Die Grabrede hielt Herr v. Payer selbst. Mit Recht. Denn niemand hat wohl soviel dazu beigetragen, das Ende der alten Volkspartei zu beschleunigen, als gerade der Präsident des württembergischen Landtags, Ritter hoher Orden, Reichs- und Landtagsabgeordneter Herr v. Payer.

Bevor die eigentliche Trauerfeier begann, mußte Nebaktuar Schmidt den Parteibericht vom letzten Jahr erstatten. Er redete einem Bloß der Linken mit Einschluß der Sozialdemokratie das Wort, — weil bei den letzten Gemeinderatswahlen in Württemberg in einigen Orten Volkspartei, Nationalliberale und Sozialdemokratie zusammengegangen sind. „Diese Konstellation liegt auch immer mehr in der politischen Notwendigkeit, je mehr sich Zentrum und Konserervative zu ihrem reaktionären, selbsthätigen Treiben verbinden,“ führte er unter starkem Beifall der Versammlung aus. Daß die Sozialdemokratie die Reaktion stets und mit aller Kraft bekämpft hat, ohne auf den „Großbloß“ zu warten, hingegen die Volkspartei sich oft genug als Schutengel der reaktionären Parteien ausgespielt hat, verschwieg Herr Schmidt.

Den Landtagsbericht gab Abgeordneter Liesching. Im Verlauf seiner Rede kam er auch auf das preussische Wahlrecht zu sprechen. Sehr richtig führte er aus, daß auch Preußen der Strömung auf Schaffung eines freisheitlichen Wahlrechts zum Landtag auf die Dauer nicht werde widerstehen können, andernfalls der föderative Charakter des Reiches eher als Rückschritt, denn als Fortschritt betrachtet werden müsse. Die schwächliche, nicht selten rückschrittliche Haltung der Volkspartei im Landtag, besonders bei der Volksschulreform, suchte der Referent mit der nachgerade berüchtigten Ausrede zu begründen, daß halt die anderen Parteien auch einen Willen hätten, daß man das Mögliche nehmen müsse, und daß die Leute außerhalb des Parlaments im Grunde genommen nichts von der parlamentarischen Arbeit und dem Kräfteverhältnis der Parteien verständen. Daß die Sozialdemokratie nicht jeden Verzicht der Volkspartei auf grundsätzliche Schulforderungen mitmachte, hat die Unzufriedenheit des Herrn Liesching in besonders hohem Grade erregt. Sparfamkeit in der Staatsverwaltung verlangte der Redner, eine Forderung, die sich im Munde eines Volksparteilers ganz besonders merkwürdig ausnimmt, hat doch — um nur einen Fall herauszugreifen — die Volkspartei z. B. den gänzlich überflüssigen Gesandtenposten in München in zweiter Etatsstellung gerettet, nachdem die Ausgabe in erster Lesung mit großer Majorität (die Mehrheit der Volksparteiler eingeschlossen) gestrichen worden war.

Reichstagsabgeordneter Konr. Haugmann gab den Reichstagsbericht. Der Bloß — so begann er — sei im Lauf der politischen Entwicklung zertrümmert worden. Er werde in diesem und auch im nächsten Reichstag nicht wieder aufstehen. (Beifall.) Der Bloß sei zugrunde gegangen, weil seine Mehrheit nicht homogen war. Der Gedanke, der dem Bloß zugrunde lag, sei aber konstitutionell, sei gesund gewesen. Es war die Absicht, eine feste Regierungsmehrheit zu schaffen. An Stelle des alten Bloßes müsse nun etwas Festes und Solides geschaffen werden. Der Redner besprach weiter die auswärtige Politik, den Zwangsarbeitsnachweis für die Bergarbeiter, die Unterschiefe auf der West in Kiel, die Reichsfinanzreform, die Neugruppierung der Parteien nach der Durchpeitschung dieser Reform und am schließlich auch auf den neuen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu sprechen, den er sehr abfällig kritisierte. In Anspielung auf die Eosinfärbung der West meinte Herr Haugmann zum Schluß, die neuen „Eosin-Steuer“, die die Agrarier dem Volke eingeben hätten, würden hoffentlich dazu führen, daß die Wähler inwendig rot würden (Beifall und Heiterkeit), aber nicht „feuerrot“, sondern „morgenrot“. (Stürmische Heiterkeit.)

Run endlich konnte Herr v. Payer über die „Fusion der linksliberalen Parteien“

reden. Die alte württembergische Volkspartei soll in der „deutschen freisinnigen Volkspartei“ aufgehen. Nicht nur die Äuhere Selbständigkeit muß die württembergische Partei aufgeben, sondern auch einen großen Teil ihrer prinzipiellen Forderungen. Die Leichtigkeit, mit der diese Partei eine ganze Reihe alter bedeutungsvoller Programmpunkte über Bord warf, zeigte so recht deutlich, daß sie mit diesen Forderungen längst gebrochen hatte und sie nur als lästigen Ballast noch mitschleppte. Herr v. Payer führte etliche der abgelegten Programmpunkte auf. Nicht aufgenommen in das neue Einigungsprogramm wurde die Forderung auf Abfürgung der Legislaturperioden, das Referendum (Gesetzesannahme) und Verwerfungsrecht des Volkes, die Öffentlichkeit der Bundesratsitzungen, Unentgeltlichkeit der Lernmittel, Verantwortlichkeit der einzelstaatlichen Minister, Trennung von Staat und Kirche usw. Letztere Forderung — so meinte Herr v. Payer — sei in ihre Einzelforderungen aufgelöst im Programm aufgenommen worden. Die Forderung auf Abschaffung der Todesstrafe ist ausgemergelt worden. Dafür ist ein „humanes Strafsystem“ eingeführt worden. Wenn man will, kann

Man darunter auch die Abschaffung der Todesstrafe verstehen, fragte Herr v. Bayer seine Zuhörer. Abgesehen habe man auch von der Aufnahme der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinden ins Programm. Mit ebendemselben Hohen behandelte Herr v. Bayer die Forderung auf völlige politische Gleichberechtigung der Frauen. Diese Forderung sei zwar von einem Frankfurter Delegierten vorher mit Erfolg vertreten worden, ob er aber in diesem Saale den gleichen Erfolg erzielen werde, möchte er (Bayer) bezweifeln. Man habe noch Jahrzehntelang zu ringen, um nur die Gleichberechtigung der Männer durchzusetzen. Auch seien noch längst nicht alle seine Parteigenossen von der Berechtigung dieser Forderung der Frauen überzeugt. Sie müsse sich sozusagen erst von innen durchringen. Im Verein für Frauenstimmrecht habe man geraten, auf die alten Führer der linksliberalen Parteien kein Vertrauen zu setzen, sondern auf die Jüngeren. Er würde es auch so machen. Und nicht einmal den Jungen solle man vertrauen, sondern erst deren Kindern. (Stürmische Heiterkeit.) Die Frauen sollten sich an dem wesentlichen Fortschritt genügen lassen, den das neue Programm aufweist.

Damit war die Frauenfrage in Bayer's Sinne und dem der volksparteilichen Landesversammlung unter tosendem Gelächter erledigt. Herr v. Bayer konnte in der Aufzählung der zum alten Gerümpel gehörigen volksparteilichen Programmforderungen fortfahren: Falls möglich habe man auch die Forderung, daß die Volkvertreter der Festsetzung der Post- und Eisenbahntarife mitzureden. Diese Zurückstellung „einiger radikaler Forderungen“ werde aber aufgehooben durch die Aufnahme anderer radikaler Forderungen. Welche das sind, berichtet der Redner leider nicht. Dieses neue Programm — so sagte Herr v. Bayer — sei nun fleißig zum demokratischen Fleiß und Geist von ihrem Geist. In längerer Rede erläuterte der Referent dann noch das neue Organisationsstatut, die längste Zeit wurde dazu verwendet, den neuen Kampf, den sich die drei „geinteten“ Parteien zulegen werden. „Deutsche freisinnige Volkspartei“, den „Deutschen Arbeiterverein“ und die „Deutsche Arbeiterpartei“.

In der Diskussion wagte es ein Redner, an dem Programm einen Vorwurf zu üben. Es belam ihm aber schlecht. Der Redner führte unter anderem aus, er habe in Berlin die freisinnigen Parteien kennen gelernt. Für seine demokratischen Anschauungen habe er beim Freisinn Entgegenkommen nicht gefunden; in dieser Hinsicht sei er schwer enttäuscht worden. Und nun erkenne man im neuen Programm überall den Finger des Berliner Freisinns. Demokratische Gedanken hätten in dem Programm die Oberhand nicht. Die Mehrheit des norddeutschen Freisinns sei nun einmal nicht demokratisch gesinnt. Die Begriffe „Freisinn“ und „Demokratie“ deckten sich keineswegs. Er wolle nicht davon reden, daß dieser Freisinn, um die Sozialdemokratie zu schwächen, den konservativen Mandate ausgeliefert habe. Er erinnere aber daran, daß dieser Freisinn im preussischen Landtag, um die Wahl von ein paar sozialdemokratischen Abgeordneten gunstiger zu machen, einen formellen Fehler benützt habe, um vier Mandate für ungültig erklären zu lassen. Solch einen Streich hätte der Freisinn ruhig den reaktionären Parteien überlassen sollen. Er glaube doch, daß viele, besonders ältere Demokraten, diese Einigung nicht mitmachen würden. Die Probe werde bei der nächsten Reichstagswahl gemacht werden. Gute man den Demokraten zu, demokratische Gedanken zu verleugnen, so werde man seiner Wege gehen, auch wenn man eine Zeitlang politisch heimatlos sein sollte. Nicht blinden Autoritätsglauben brauche die Partei, sondern Kritik. Im ganzen Programm spüre man nur zu sehr den Berliner Geist.

Der Redner konnte kaum zu Ende sprechen. Immer wieder überdünnt Schlußrufe seine Ausführungen. Die beiden größten Kämpfer der Volkspartei, Konrad Haußmann und Bayer selbst, bemühten sich nacheinander, den Eindrud der Worte des Redners zu verwischen. Beide höhnten über die Jugend des Redners in höchst unfeiner Weise. Mittlerweile war die Unruhe so groß geworden, daß kaum noch ein Wort zu verstehen war. Eine Resolution, die den Führern Dank und Anerkennung ausdrückt und sich mit der Einigung einverstanden erklärt, wurde verlesen, abgeändert, nochmals verlesen, blieb aber fast unverständlich.

In der Abstimmung wagten es nur noch zwei Mann, gegen die Resolution zu stimmen. (Beifall.) Der Vorsitzende wollte ein Telegramm des nationalliberalen Führers hierher verlesen, konnte sich aber nicht mehr verständlich machen.

So wurde die Württembergische Volkspartei beistimmend.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar 1910

Regierung und Episkopat.

Der elsass-lothringische Klerus hat allem Anschein nach die Absicht, den Konflikt mit der dortigen Staatsverwaltung auf die Spitze zu treiben. Zu dem schroff zurückweisenden Schreiben der Bischöfe von Metz und Straßburg kommt eine Demonstration des Straßburger Domkapitels hinzu. Unter Führung des Weihbischöfs Jörn v. Dulach, eines Bruders des Staatssekretärs Jörn v. Dulach, hat das Domkapitel eine Zustimmungadresse an den Bischof Dr. Frigen beschossen. Dem Bischof wird darin der Dank dafür ausgesprochen, daß er die Rechte der Kirche in so entscheidender Weise gewahrt habe.

Offenbar hält man in den Kreisen des hohen Klerus die Position der Regierung für eine sehr schwache. Dafür spricht, daß die vom Episkopat inspirierte Zentrumspresse bereits die schärfsten Töne gegen den Reichskanzler anschlägt und ihn beständig absichtlich den furor protestantius aufzustacheln, um die protestantischen Elemente des Reichstages zu einer antikatolischen Mehrheit zusammenzuschweißen. So schreibt die „Kerikale“, Märk. Volksztg.:

„Der neue Reichskanzler und preussische Ministerpräsident ist für diese Entwidlung verantwortlich. Und was ist sein Ziel? Der Philosoph auf dem Kanzlerposten ist viel zu klug, als daß er von dem Kulturkampf erwarten sollte, durch ihn die Unabhängigkeit der katholischen Kirche zu brechen. Sein Ziel ist der festere Zusammenschluß des evangelischen Volksteils in einem neuen politischen Block, und er hofft dies dadurch zu erreichen, daß er die Katholiken durch Angriffe auf ihre Ehre, wie wir sie in Kattowitz und in den Reichslanden erlebt haben, zu Unbesonnenheiten reizt, die den furor protestantius von neuem wecken. Die protestantischen Elemente sollen einig gemacht werden durch die Kampfstellung, in die man die Katholiken zwingt.“

Die Taktik des neuen Kanzlers tritt ziemlich unbehindert zutage. Man betrachte die Vorgänge in Kattowitz. Schwelende Ungerechtigkeit wird gegen katholische Beamte verübt. Die Regierung verteidigt kaltblütig ihre Haltung mit Plebejensart. Sie hat die Macht in Händen. Das katholische Volk ist empört; es erhebt leidenschaftliche Proteste. Was soll nun weiter geschehen? Wird der Gerechtigkeitsinstinkt der Parteien des Reichs-

tages und der Parlamente Preußens und der Reichslande stark genug sein, daß er eine starke Mehrheit zusammensetzt, die den Protest des katholischen Volkes unterstützt? ... Ein so großer Teil des Volkes, wie wir ihn darstellen, ein so fest zusammengehaltener Block staatsreuer Bürger, die festeste Stütze des deutschen Kaiserthrones kann von keinem Staatsmann auf die Dauer mißhandelt werden, ohne daß diese Politik für den Staatsmann selbst zum Verhängnis wird. Das hat Bismarck erfahren, daran wird Bethmann-Hollweg glauben müssen. Seine Veruche, die ruhige Mitarbeit der Katholiken in den gesetzgebenden Körperschaften durch Verletzung ihrer Gefühle und Rechte zu unterbinden und dadurch die protestantischen Elemente zu einem neuen Block zusammenzuschweißen, wird scheitern an der klugen Einsicht der Katholiken.“

Die „Germania“ hat ihre Entrüstung vorläufig noch zurück; doch leidet immerhin auch sie sich schon eine recht heftige Sprache:

„Der Fall ist wichtig genug, um die Solidarität der Katholiken von ganz Deutschland, ja der ganzen Welt wachzurufen. Erkantet man sich im katholischen Lager, ob in Elsas-Lothringen ein Kulturkampf der schlimmsten Art im Anzuge sei. Und das unter einem katholischen Staatssekretär, für den gegenüber dem Besseltreiben der Heher vom Evangelischen Bund und vom Antideutschen Verband die katholischen Blätter so oft eine Lanze gebrochen haben! Sollte sich auch in den Reichslanden bewährten, was man im preussischen Kulturkampf von einzelnen katholischen Beamten erfahren mußte? Wir sind gespannt, zu welchen weiteren Taten das Schreiben des Staatssekretärs an die beiden Bischöfe die Einleitung sein soll.“

Der Episkopat muß sicher auf die Nachgiebigkeit der Regierung rechnen, da sich seine Presse eine derartige drohende Sprache gestattet.

Postkonferenz.

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kraetke ist heute mittag im Reichspostamt eine Konferenz zur Erörterung verschiedener Vorschläge und Klagen über das jetzige Postwesen zusammengetreten. Außer Kraetke beteiligten sich daran Ministerialdirektor Kobelt, Geheimrat Postrat Hofmann. Zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen waren, wie berichtet wird, insgesamt 26 Mitglieder des Deutschen Handelstages, Deutschen Landwirtschaftsrats und Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsvereins.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Die Gründe gegen eine Wiedereinführung des Anfunftssteuers bei gewöhnlichen Briefen, die Mitwirkung des Publikums bei der Ausfüllung von Posteinlieferungsbescheinigungen für Pakete, Einführung von Postlagerarten, die Reichslande im Nachnahmeverkehr.

Der Staatssekretär ist mit der freiwilligen Enderufung dieser Postkonferenz einem Vorschlag des Reichstages zuvorgekommen. Der bedauerliche Rückgang, in dem sich unser Reichspostwesen befindet, hat im Reichstag den Antrag gestellt, einen ständigen Postbeirat zu schaffen, damit die Postbureaunkratie nicht auch fernerhin weitreißt weiter wirtschaften kann. Diefem Antrage wollte Herr Kraetke offenbar die Spitze abbrechen. Daß er die Aufgaben dieses Postbeirates nicht zu weit gesteckt wissen will, ergibt sich schon daraus, daß auf der Tagesordnung der jetzt stattfindenden Konferenz die Frage der Verteuerung der Telephongebühren nicht steht.

Der Reichstag wird voraussichtlich trotzdem den ständigen Beirat für das Post- und Telegraphenwesen beschließen und auch gleich bestimmen, daß dieser Beirat bei allen Verkehrsfragen von einiger Wichtigkeit zu hören ist. Jedenfalls ist es auch angebracht, nach dem Muster des Beirates für Arbeiterstatistik, einige Mitglieder des Reichstags in diesen Beirat zu delegieren.

Die Steuerbetrügereien der Besitzenden.

Professor Hans Delbrück hat am 6. Januar im Berliner „Bund der Zeitbeobachter“ einen Vortrag über die Veranlagung zur Einkommens- und Vermögenssteuer gehalten, in dem er erneut ausführte, daß in Preußen nur 91/2 Milliarden Vermögen versteuert seien, 63 Milliarden weniger, als steuerpflichtig sind. Selbst diejenigen, die diese Angabe als übertrieben bezeichneten, hätten zugeben müssen, daß diese Summe mindestens 50 Milliarden betrage. Das bedeute allein an Vermögenssteuer eine Einbuße von 25 Millionen Mark, dazu kämen noch die schwerer nachweisbaren, aber vielleicht noch krasserem Minderdeklarationen bei der Einkommensteuer, so daß in Preußen 120 Millionen, im Deutschen Reich über 200 Millionen Mark an Steuern zu wenig bezahlt werden. — Die Steuerhinterziehungen verteilen sich in gleicher Weise auf Stadt und Land, es sei nur Torheit der Agrarier gewesen, die Veranschlagungen auf sich allein zu beziehen. Ihre Haltung gegenüber der Erbschaftsteuer habe sie allerdings sehr verdächtig gemacht. Von agrarischer Seite wurde nun nachgerechnet, daß von 80 Milliarden mobilen Kapitals nur 88 versteuert seien. Das möge richtig sein, entlaste aber die agrarischen Steuerdefraudanten nicht. Wer den Schaden trage, seien neben dem Staate die Beamten und Arbeiter, deren Einkommen bis auf den letzten Heller versteuert werde. Wenn schon die Angehörigen der Arbeitgeber über die Einnahmen ihrer Angestellten dem Fiskus einen Gewinn von 15 Millionen gebracht habe, welche Summen würden dem Staate zufallen, wenn auch die Besitzenden gezwungen werden könnten, ihr Vermögen und Einkommen richtig anzugeben. Mittel dazu gebe es.

Delbrück verlangt, daß Sparkassen, Banken usw. verpflichtet werden sollen, alle Depots anzuzeigen, und daß die Einkommungskommissionen anders zusammengesetzt werden. Viel wirkungsvoller dürfte indessen sein, wenn den Steuerdeklarationen der Charakter eidesstattlicher Versicherungen beigelegt wird. Die Furcht vor dem Justizhause dürfte die Steuerbetrügereien der Besitzenden doch etwas eindämmen.

Pimpell-Wichtig.

Der freisinnige Abgeordnete Müller-Reinigen, der wegen seiner besonderen unangenehmen Eigenschaft, sich in alle möglichen Dinge einzumischen, in parlamentarischen Kreisen „Pimpell-Wichtig“ genannt wird, hat auch, wie wir bereits berichteten, bei der Kandidatenfrage im Eisenacher Kreise wieder eine unruhigende Rolle gespielt. Er hat sich die größte Mühe gegeben, einen möglichst reaktionären „liberalen“ Kandidaten aussändig zu machen, der selbst dem im Eisenacher Kreise gewiß nicht vermögenden Freisinn zu weit rechts stand. Herr Müller-Reinigen wird deswegen auch von der liberalen „Tagesspost“ in Eisenach bei den Oben genommen. Das Blatt schreibt:

„Wir schätzen und kennen Herrn Dr. Müller-Reinigen als freisinnigen Abgeordneten. Wir bedauern aber — und wir müssen das endlich ungedungenen einmal aussprechen — seine fortgesetzte Einmischung in die Angelegenheiten der Thüringer Wahlkreise, ein Einmischen, das er leider wiederholt zugunsten von und politisch fernstehenden Persönlichkeiten und Bestrebungen in die Waagschale warf.“

Ob diese Abrüstung bei der ausgeprägten Wichtigkeit des Müller-Reinigen viel helfen wird, ist recht zweifelhaft.

Die hohen Luftbarkeitssteuern.

Die Sucht mancher Gemeindeverwaltungen, die sogenannten Luftbarkeitssteuern immer mehr auszubehnen, löst, wie es scheint, selbst bei der Regierung auf Bedenken; denn in einem Ministerialerlaß wird ziemlich dringend eine Beschränkung der Luftbarkeitssteuer befürwortet.

Nach der „Schles. Ztg.“ ist ministeriell angeordnet worden, daß bei der Einführung neuer und der Aenderung bestehender Luftbarkeitssteuerordnungen die zur Zustimmung Berufenden Behörden es sich ernstlich angelegen sein lassen sollen, darauf zu achten, daß die kommunalen Luftbarkeitssteuern nicht in einer Höhe bemessen werden, daß sie zu einer Unterdrückung der berechtigten Gewerbebetriebe führen. Es soll auch seitens der Aufsichtsbehörden sorgfältig geprüft werden, ob die Steuerhöhe der bestehenden Luftbarkeitssteuerordnungen noch für angemessen erachtet werden können. Gegebenenfalls soll auf die Gemeinden eingewirkt werden, daß sie zu einer Aenderung der Tarife sich entschließen. Dabei bemerkt der Minister, daß für den Betrieb von Orchesterinstrumenten, Phonographen, elektrischen Klavieren usw. vielfach Steuerhöhe gefordert werde, die zu den Anschaffungs-, Verzinsungs- und Amortisationskosten in keinem Verhältnis stehen. In anderen Fällen werde die Darbietung von Klavier- und Gesangsvorträgen so hoch besteuert, daß dem Veranstalter die Möglichkeit ausreichender Erwerbes ohne weiteres genommen werde.

Der Kölner Polizeikampf gegen Kindergefang.

Wir berichteten in der letzten Donnerstagsnummer, daß die königliche Regierung die Schulkollegen in Köln erlucht habe, den Schulkindern die Teilnahme an den Gefangensingen des von dem Arbeitergefangenenverein „Lyra“ eingerichteten Kinderchors zu verbieten.

Die Kölner Schulverwaltung ist gehorsam über den ihr von der Regierung hingehaltenen Stock gesprungen. Sämtlichen Schulen der Stadt Köln ist folgende Verfügung der städtischen Verwaltung zugegangen: „Polizeilichersits ist festgestellt, daß der Arbeitergefangenenverein „Lyra“, dessen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören, einen Kinderchor gebildet hat, dem zurzeit etwa 90 Kinder im Alter von 8 bis 10 Jahren angehören. Dirigent dieses Chores ist der Gefangener H. Faber. Die Proben finden jeden Mittwoch von 4—6 Uhr in einem Saale des Volksbundes, Severinstraße 109, statt. Im Auftrage der königlichen Regierung werden Sie hierdurch ersucht, den Kindern Ihrer Schule die fernere Teilnahme an den Gefangensingen des Kinderchores des genannten Vereins unerbittlich aufs strengste zu verbieten.“

Auf welche Befehlsbestimmungen sich die Regierung bei diesem Eingriff in die Elternrechte zu stützen gedenkt, ist in der Verfügung nicht gesagt. Den Kinderchor zu einem politischen Verein zu stampeln, wird man wohl nicht wagen, obwohl in Köln mit dem 1. Januar die Karnevalsfeiern begonnen hat.

Eine echte Köpenickade.

hat sich auf dem Rathaus in Belsenkirchen abgespielt. Kam da vor einiger Zeit ein schneidiger Herr, stellte sich beim Oberbürgermeister Dr. Machens als Dr. jur. Reinhardt vor und bat um die Erlaubnis, sich in die kommunalverwaltungen einzuarbeiten zu dürfen. Er wurde darauf den höheren Beamten vorgestellt und erhielt ein Arbeitszimmer angewiesen. Dort hat er vier Wochen lang „gearbeitet“. Ueber seine Tätigkeit wird erzählt, daß ihm die Erledigung von Wirtschaftskontrollen und Steuerreklamationen übertragen worden seien. Die betreffenden Geschäftler und Reklamanten soll er gehörig geschröpft haben, wodurch endlich die Sache aus dem Amt kam. Auch hohe Schulden hat der Schwindler in Belsenkirchen hinterlassen. Seine Verhaftung ist in Kaden erfolgt.

Die Schädlichkeit des Cofins.

Die Regierung macht die possierlichsten Anstrengungen, um zu beweisen, daß das Cofinrot den deutschen Volkrentieren durchaus nichts schadet. Durch das Wolfische Teleg.-Bureau läßt sie folgende Mitteilung verbreiten:

„Gesamtlich schweben im Kaiserlichen Gesundheitsamt Untersuchungen über die Frage der Gesundheitschädlichkeit des Cofins für Schweine. Die Versuche bestehen einerseits in der Verfütterung teilweise oder vollständig gefärbter Gerste, andererseits in der Verabreichung sehr großer Mengen von Cofin, um auch die direkte Einwirkung dieses Stoffes auf den tierischen Organismus festzustellen. Während die Fütterung sich selbstverständlich auf einen längeren Zeitraum erstrecken muß, läßt sich aus den anderen Versuchen schon jetzt mitteilen, daß es nicht gelungen ist, selbst mit einer an einem und demselben Tage von dem Schwein aufgenommenen Menge von 300 Gramm Cofin, also mit weit mehr als dem Tausendfachen dessen, was einem Schwein bei normaler Fütterung mit gefärbter Gerste zugeführt wird, Krankheit oder gar eine tödliche Wirkung zu erzielen.“

Möglich, daß es Schweinemagen gibt, die selbst ein halbes Pfund Cofin vertragen, wie es auch Menschenmagen gibt, die schädliche Stoffe in ansehnlichen Mengen verdauen; aber daraus folgt noch nicht, daß nun auch allen weiteren Schweinen das Cofin, und zwar die andauernde Aufnahme dieses Farbstoffs in ihren Körper, nichts schadet. Um diese Frage zu beantworten, sind jedenfalls viel weiter ausgedehnte, sorgfältigere Beobachtungen nötig. Zudem handelt es sich aber gar nicht allein darum, ob die Cofingerste gesundheitsschädlich ist, sondern auch zugleich um die Feststellung, ob die Schweine die Cofingerste willig fressen und bei diesem Futter ebenso gut gedeihen wie bei ungefärbter Futtergerste.

Wohlfahrtskolonien der Kohlenbarone.

Auf Veranlassung der Verwaltung der Zeche „Germania“ wurde 40 Familien die Kolonialwohnung gesündigt. Gründe wurden nicht angegeben. Es stellte sich aber bald heraus, daß sämtliche Familienväter der Gesündigten bei der unlangst in Lütjenhorst stattgefundenen Gemeinderatswahl nicht den von der Rechenpartei ausgeschickten Kolonienwagt gewählt, sondern dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hatten.

Der Ruf der sogenannten Rechenwohnungen — für die Zeichenbesitzer wird dadurch wiederum drastisch nachgewiesen.

Oesterreich-Angarn.

Die ungarische Krise.

Budapest, 7. Januar. Dem Ministerpräsidenten von Lutzacs ist die Bildung des Kabinetts nahezu gelungen. Er selbst übernimmt das Präsidium, das Finanzministerium und das Ministerium am Allerhöchsten Hoflager. Minister des Innern wird der ehemalige Abgeordnete des Abgeordnetenhauses Jaksch, Staatssekretär Graf Szereghy wird Handelsminister und vertritt interimsweise das Ressort des Ackerbauministeriums. Honvedminister wird Generalmajor Szalai; Justizminister der Senatspräsident am obersten Gerichtshof Bela Havel. Falls sich das Verhältnis des Ministerpräsidenten zu den Parlamenten und den Parteien späterhin klären wird, werden die jetzt bloß provisorisch verwaltesten Ministerressorts endgültig besetzt werden. Der Ministerpräsident dürfte die Ministerliste am Sonntag dem Könige vorlegen.

England.

Der Wahlkampf.

London, 5. Januar. (Fig. Ver.) Nach verlässlichen Berechnungen werden jetzt etwa 4000 Versammlungen täglich im Lande abgehalten. Western sprachen fast sämtliche Korporationen der bürgerlichen Parteien und außerdem an die dreißig Vereine. Je näher die Wahlen heranrücken, desto mehr macht sich die Tendenz bemerkbar, an Stelle sachlicher Argumente Suggestionen, unfotografierbare Meldungen und direkte Lügen zu verwenden. Als Beispiel diene die von Chamberlain ausgehende und von ihm mehr als einmal wiederholte Behauptung, daß in Deutschland die Schutzollpolitik die Lebenshaltung des Volkes nicht verteuert habe. Die Zeit der Meinungsäußerung ist vorüber; man appelliert nur noch an das Gefühl der Wähler, was die beiden reichen bürgerlichen Parteien so leichter können, als ihnen eine mächtige Presse und ein unerschöpflicher Wahlfonds zu Gebote steht.

Die großen Städte sind jetzt ein großes Bilderbuch. In allen Ecken sieht man Dutzende von politischen Karikaturen und anderen Bildern in bunten Farben, die an den Humor, das Rüllet und an die nationalen Vorurteile der Wähler leicht appellieren und die beständig von einer Menge Kinder, die gerade Schulferien haben, umlagert und bewundert werden. Die Tarifreformer haben in einigen Städten Plakate gemietet, in deren Schaufenstern sie ausländische und englische Produkte ausstellen, die erklären sollen, in welcher Weise die englische Industrie von der ausländischen unterboten wird. Während sich die konservative Presse bemüht, das Los der deutschen Arbeiter als ein ideales hinstellen, um dadurch für den Schutzoll Propaganda zu machen, befolgt die liberale Presse die entgegengesetzte Methode und schildert das Elend der deutschen Arbeiter in herzerweichenden Worten. In dem Spiel der maßlosen Uebertreibungen ist Deutschland der Trumpf. In der liberalen Presse erscheinen in großen fettdruckten Buchstaben Mahnrufe wie zum Beispiel: „Die Tarifreform bedeutet eine Verringerung der Zahl der Pferde und Hunde!“ Das soll natürlich bedeuten, daß die Einführung des Schutzollsystems in England ähnliche Zustände wie in Deutschland hervorgerufen würde, wo nach der Versicherung der liberalen Agitatoren die Arbeiter hauptsächlich von Pferde- und Hundfleisch leben.

Die ersten Wahlen werden jedenfalls Sonnabend, den 15. Januar, stattfinden. Das ist für die Arbeiterklasse ein günstiger Tag; denn am Sonnabendnachmittag wird gewöhnlich in England nicht gearbeitet. Für das meist konservativ wählende Aramertum ist es hingegen der denkbar ungünstigste Tag, und man kann sich daher leicht denken, daß die Konservativen über die Festsetzung des Tages der Parlamentsauflösung sehr erbost sind. Am dem ersten Wahltage wird auch in vielen Wahlkreisen ein Wahlkampf gewählt werden. In London werden die Konservativen wohl eine Reihe von Sitzen gewinnen. Im Gegensatz zu anderen Hauptstädten Europas ist London mit seiner großen Masse des reaktionär gestimmten Aramertums und seinem Mangel an Handelsangelegenheiten schon seit langem ein Ort der Reaktion und dürfte seinen nicht beneidenswerten Ruf auch bei dieser Wahl nicht gefährden. In London interessieren uns besonders die Wahlkämpfe der Genossen William Thorn und Herbert Burrows in Haggerston; der erstere wird jedenfalls wieder mit großer Majorität gewählt werden.

Gegen die konservative Wahldemagogie.

Die englischen Konservativen machen verwegene Versuche, die Aufmerksamkeit der Wähler von der Steuerfrage der Großgrundbesitzer und Kapitalisten abzulenken. Sie müssen aber bemerken, daß ihre Behauptungen, der Schutzoll würde eine neue Ära der Handelsblüte und eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter herbeiführen, keineswegs Glauben finden. So greifen sie denn zum letzten Mittel, die Massen der Wähler einzuführen, zur Erregung chauvinistischer und nationalistischer Stimmungen nach dem probaten Rezept, das Bismarck bei den Facklings- und Bismarck bei den Portentottenwahlen so erfolgreich angewandt haben. Es erweist sich nicht der geschichtlichen Ironie, daß dabei gerade Deutschland herhalten muß, um dem englischen Wähler die Angst einzujagen, die ihm das gesunde Urteil über die Raubpolitik der konservativen Imperialisten verwirren soll.

Dieser verlogenen Agitation — und das ist der Unterschied gegenüber Deutschland — tritt aber die liberale Regierung mit aller gebotenen Schärfe entgegen. Auf die Demagogie Balfours, der die Kriegesfahr drohend an die Wand gemalt hatte, haben gestern drei englische Minister geantwortet. In Bath sagte der Ministerpräsident Asquith, alle Anstrengungen, die gemacht worden seien um Schrecken vor Deutschland und dessen Marine heraufzubeschwören, seien recht matt ausgefallen. Balfour habe in Ganzen mit gewohnter Koketterie die Zunahme dieser Macht geschildert, ohne jedoch selbst eine Verantwortung zu übernehmen. Was die Behauptungen Balfours betreffend die Meinung der Diplomaten der kleineren Mächte über die Unberechenbarkeit eines Krieges betreffe, so sei es sehr vorläufig von Balfour gewesen, hinzuzufügen, daß er diesen Ansichten nicht zustimme. Denn keine einzige Macht, weder große noch kleine, rechne in ihrer Politik mit der Annahme, daß ein Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland unvermeidlich oder auch nur wahrscheinlich sei. Auch könne er nirgend am politischen Horizont irgend etwas finden, das direkt oder indirekt zu einem Streite zwischen England und der großen befreundeten Nation Anlaß geben könnte. Asquith kam dann auf Balfours Behauptung zu sprechen, Deutsche — nicht Männer der Regierung, aber Leute an der Spitze bedeutender Unternehmungen — hätten gesagt: „Wacht Ihr, daß wir je zulassen werden, daß England eine Tarifreform annimmt? Wenn wirklich, fuhr Asquith fort, solche Unterhaltungen mit Balfour selbst hundertmal wiederholt, so ist es seltsam, daß sein Sinn für Humor so völlig eingeschlafen sein sollte, daß er nicht bemerkt hätte, daß seine deutschen Freunde ihm einen Wären aufhängen. Warum sollte die öffentliche Meinung in beiden Ländern, die eifrig und aufrichtig bestrebt ist, ein besseres gegenseitiges Verstehen zustande zu bringen, dadurch erregt werden, daß ein herabgewandter Staatsmann öffentlich aller Welt Kenntnis von albernen Drohungen gab, die, ob im Scherz oder Ernst getan, nicht wert waren, auch nur einen Augenblick beachtet zu werden? Offenbar wird durch die Drohungen der konservativen Agitatoren den Führer einer großen Partei, in dieser Weise vor-

zugehen. So, wie Balfour, über eine große europäische Macht zu sprechen, sei gefährlich für den Frieden der Welt und schmachvoll für die britischen Politiker.

Auch der Kolonialminister Earl of Crewe spottete über die konservativen Kriegsdemagogen.

Dänemark.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Nachdem der Genosse B. Knudsen infolge seiner Wahl zum Bürgermeister sein Folkethingmandat niedergelegt hatte, fand am Dienstag im 10. Wahlkreis Kopenhagens die Ergänzungswahl statt. Gewählt wurde der Genosse Dr. Gustav Bang mit 3189 Stimmen der Sozialdemokraten und Radikalen gegen 1956 konservative Stimmen. Bei den allgemeinen Folkethingwahlen im Mai vorigen Jahres hatte B. Knudsen 3761, der Konservative 2901 Stimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung war also jetzt, wie das in der Regel bei Ergänzungswahlen der Fall zu sein pflegt, geringer als damals, für den sozialdemokratischen Kandidaten um 15 Proz., für den konservativen um 25 Proz. Bei unseren Parteigenossen ist aber der Rückgang der Stimmzahl offenbar darauf zurückzuführen, daß Hunderte von Arbeiterwählern des Kreises gegenwärtig im Auslande ihr Brot verdienen, weil sie in der Heimat keine Arbeit finden konnten. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist die Zahl der sozialdemokratischen gegenüber der Wahl im vorigen Jahre von 59 auf 62 Prozent gestiegen. Das ist ein gutes Vorzeichen für die allgemeinen Folkethingwahlen, die wahrscheinlich schon in diesem Frühjahr stattfinden werden, da das neue Ministerium, wenn es sein demokratisches Reformprogramm zur Geltung bringen will, darauf bedacht sein muß, sich eine zuverlässige Mehrheit im Parlament zu verschaffen.

Rußland.

Zur Vorgeschichte des ostasiatischen Krieges.

Paris, 7. Januar. (Privatdepesche.) Aus den in der „Monde Illustrée“ veröffentlichten Dokumenten über die Vorgeschichte des russisch-japanischen Krieges ist interessant ein Bericht des Grafen Lambdorsdorff, früheren russischen Ministers des Auswärtigen, sowie Mitteilungen aus einem geheimen Gelbbuche. Das Gelbbuch enthält Auszüge von Dokumenten über die Verhandlungen mit Japan von 1903 bis 1904. Der Bericht Lambdorsdorffs ist ebenfalls ein geheimer. Durrheiß zufolge hat der Zar in Person ohne Mitwissen seiner Minister und der Gesandten Verhandlungen mit Japan gepflogen sowie dem Vizekönig Alexejew geheime Befehle über die koreanische Frage erteilt. Das Blatt veröffentlicht hierüber mehrere Dokumente, unter anderen eine Order an Alexejew, welche beweist, daß, wenn die Japaner nicht ihrerseits mit der Ueberrumpelung begonnen hätten, die russische Regierung dies in gleicher Weise getan hätte.

Das interessante Dokument hat folgenden Wortlaut: Dokument Nr. 39. Von seiner kaiserlichen Majestät an den General Alexejew. Telegramm mit der eigenhändigen Unterzeichnung des Kaisers. St. Petersburg, 26. I. 1904.

Es ist wünschenswert, daß die Japaner und nicht wir die Feindseligkeiten eröffnen. Deshalb dürfen Sie, falls die anderen nicht anfangen, die Ausschiffung japanischer Truppen im südlichen Korea oder an der Ostseite bis Henson inklusive nicht verhindern. Aber wenn ihre Flotte westlich von Korea mit oder ohne Truppentransporte den 38. Breitengrad überschreitet, so ist es Ihnen gestattet, sie anzugreifen, ohne ihren ersten Schluß abzuwarten. Ich verlasse mich auf Sie. Gott helfe Ihnen.

Ein echt-russischer Streich.

Petersburg, 7. Januar. In Odessa ist der Redakteur der Zeitung „Golos Dnjes“ verhaftet worden, weil er, ohne vorher die Polizeigenur um Erlaubnis gefragt zu haben, bekannt machen ließ, daß er die ganzen Bruttoeinnahmen vom Einzelverkauf seiner Zeitung zum Besten unbenutzter Studenten stifte. Die Einnahmen sind konfisziert.

Türkei.

Die Besorgnisse der Jungtürken.

Konstantinopel, 2. Januar. (Fig. Bericht.)

Etwas von tragischer Stimmung liegt über Schicksal und Werten der jungtürkischen Partei. Sie sind Herren und Meister der Lage im ganzen Lande, ihre Parteigenossen stehen an der Spitze der Regierung, die auf diese Weise als vollziehendes Organ des Komitees für „Einheit und Fortschritt“ erscheint; dennoch möchten sie uns fast eines nehmütigen Mitgeföhls würdig erscheinen. Einst hofften sie, mit dem Sturze der Tyrannie Hamids und der Einberufung des Parlaments sei die Türkei gerettet. Doch verkünden die Tatsachen, daß die höchste Leistung nicht darin besteht, die Konstitution zu erobern, sondern darin, sie zu bewahren. Und die Jungtürken, die so viele schwere Opfer für die Freiheit gebracht haben und deren redliche Gesinnung keinem Zweifel unterliegt, stehen nun erschrocken und zaudernd vor den Hindernissen, die sich der Vollendung ihres Werkes entgegenstellen. Man denke nur an die sogenannten Kapitulationen. Sie verletzten die Türkei in ihrer Würde als selbständiger Staat und verursachten zugleich dem türkischen Fiskus schweren Schaden. Man denke an die von den ehemaligen Beherrschern der Türkei mit dem Ausland abgeschlossenen herabwürdigenden Handelsverträge und an die ausländischen Gesellschaften gewährten Konzessionen, die einerseits dem Staate viele Einkommensquellen entzogen haben, andererseits das Wachstum der Produktionskräfte des Landes anhalten und dadurch die Entwicklung der nationalen Industrie verhindern.

Zu all diesen von der Vergangenheit vererbten Uebelständen gesellt sich in letzterer Zeit auch die Ungewißheit des morgenden Tages. Nach der Konterrevolution des 13. April, trotz ihres günstigen Ausgangs, scheint es den Konstitutionalisten (und nicht ohne Grund), daß im Herzen des Landes ein Nebel reif wird, das um so mehr gefährlich, als es unsichtbar und nicht fassbar ist, und das früher oder später hervorbrechen wird. Dann wird das ganze Reich als Opfer einer furchtbaren Erschütterung fallen. Und hier sind alle überzeugt, daß eine neue Empörung, welches auch ihr Ausgang wäre, für das neue Regime und überhaupt für das Land verderblich sein wird. Entweder wird die Konstitution im Falle des Sieges der Reaktionen zugrunde gehen oder es werden die europäischen Mächte, deren Interessen bei solchen Erschütterungen leiden, sich einmischen und über die Türkei ihr berückeltes Protektorat verhängen. Das ist's, worüber sich die türkischen Konstitutionalisten besonders fürchten. Sie wissen sehr wohl, die Großmächte werden der Konstitution niemals verzeihen, daß sie ihnen die Beute, den Nachlaß des kranken Mannes, sozusagen aus den Händen gerissen hat.

So kennen die Jungtürken und ihre politischen Freunde die Tragik ihrer Lage sehr wohl, aber sie sind vorläufig machtlos, die ganze Absurdität der Behauptung zu beweisen, die Türkei sei der Wiedergeburt unfähig. Sie sind machtlos, weil sie noch nicht das notwendige Kontingent der Staatsmänner besitzen, durch die sie

die Beamten des hamidischen Regimes ersetzen können; weil es auch unter den Führern der Partei an solchen Persönlichkeiten fehlt, die Macht hätten auf die Phantasie des Volkes. Die türkische Revolution war das Werk eines engen Kreises und hatte ebensowenig gemein mit den Volksmassen wie die Leiter der Revolution selbst, die ihre Lösungen aus Paris oder Kgypten ausgingen ließen. Das Volk, ihr eigenes Volk mit seinen Interessen war ihnen ganz fremd, sie hatten nicht den festen Grund, auf dem eine aus dem Leben der Massen hervordringende Partei ruht. So ist der innere Zerfall, der an der Partei für „Einheit und Fortschritt“ immer sichtbar wird, ebenso natürlich, wie daß sich neben den Progressisten im Lande auch wieder die Reaktionen ereignen.

Vor allem aber schwebt den Jungtürken stets die Gefahr vor, die vom Ausland droht. Darum die tiefe Aufregung über die Arzestfrage, über die Nachschiffen der Bulgaren in Mazedonien, über den Vertrag, der die Fluchtschiffahrt in Mesopotamien den Engländern ausliefert. Und die allgemeine Meinung ist hier, daß nur die Herausbildung eines starken konstitutionellen Kernes, den die intelligenten Schichten darstellen sollen, und die energische Propaganda der Idee der Konstitution unter den Volksmassen imstande wären, die Grundlage zu schaffen, auf der sich das neue Regime allmählich in haltbaren Formen aufbauen könnte.

Doch wenn hier ein Werk der Zukunft mit ausdauerndem Fleiß zu errichten wäre, so zwingen drängende Sorgen des Augenblicks zu rascher Abwehr. Die Ausschreitungen der Reaktionen in Konstantinopel hören nicht auf. Neulich sind wieder einige geistliche Personen verhaftet worden, weil sie Flugblätter unter den Mohammedanern zu verbreiten versuchten, in denen sie aufgefordert wurden, sich gegen die neue Ordnung im Osmanischen Reich zu erheben. Die Regierung findet gegen die Mänke dieser Feinde der Freiheit keine besseren Mittel, als die mit solcher Propaganda getroffenen und erschütterten Militärabteilungen aus der Residenz ins Innere des Landes zu schicken und auf ihren Platz frische Abteilungen zu bringen.

Das Kabinett Haffi Bey.

Konstantinopel. Dem Drängen des Komitees für Einheit und Fortschritt nachgebend, hat der Generalissimus Mahmud Scheffet Pascha eingewilligt, das Kriegspostkontingent zu übernehmen. Das Kabinett Haffi Bey erhält dadurch eine vorläufige Befestigung.

Amerika.

Eine Botschaft des Präsidenten.

Washington, 7. Januar. Die Sonderbotschaft des Präsidenten Taft an den Kongress empfiehlt die Schaffung eines Handelsgerichtshofes für die Vereinigten Staaten (United States court of commerce) zur Behandlung aller Eisenbahnstreitigkeiten, die sich aus Verfügungen der zwischenstaatlichen Handelskommission ergeben. Taft erklärt, die Notwendigkeit eines solchen Gerichtshofes sei durch die Jahresberichte der zwischenstaatlichen Handelskommission erwiesen, in denen festgestellt wird, daß die Wirksamkeit des zwischenstaatlichen Handelsgesetzes durch die Verzögerungen beeinträchtigt wird, welche mit der gegenwärtigen Methode der Eisenbahnen, an irgend ein Bundeskreisgericht zu appellieren, verbunden sind. Der in Aussicht genommene Gerichtshof soll aus fünf hierzu ernannten Richtern der Bundeskreise bestehen, gegen seine Entscheidungen soll nur noch der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten angerufen werden können. In der Botschaft wird ferner der Ansicht Ausdruck gegeben, daß gegen Tarifabmachungen zwischen den Eisenbahnen nichts einzuwenden sei.

Präsident Taft schlägt ferner vor, der zwischenstaatlichen Handelskommission die Befugnis zu geben, Klagen gegen eine unbillige Klassifizierung der zu befördernden Waren einzubringen, die Tarife festzusetzen, sobald die Klage eingebracht ist und die betreffenden unbilligen Klassifizierungen wieder gut zu machen. Die Kommission soll weiter das Recht erhalten, aufzuschließen, zu verändern und ungültig zu erklären solche Veränderungen der Tarife oder anderweitigen Transportbestimmungen, welche den Reedern eine ungebührliche Belastung auferlegen. Die Kommission soll ferner den zwischenstaatlichen Eisenbahnen verbieten, Aktien von Konkurrenzbahnen zu erwerben und neue Aktien oder Bonds auszugeben, außer mit Genehmigung der zwischenstaatlichen Handelskommission. Ueberdies dürfen Aktien nicht unter pari und Bonds nicht unter dem mittleren Marktwert ausgeben werden.

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

Der Senator Crawford von Süd-Dakota hat den Staatssekretär für Gewerbe und Arbeitsangelegenheiten um die Feststellung der genauen Tatsachen hinsichtlich der erschreckenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse ersucht. Sollte der Staatssekretär die geforderte Auskunft nicht geben, so wird der Senator die Anstellung von Erhebungen durch die Arbeitskommission beantragen.

Das statistische Amt des Staates New Jersey hat eine Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts seit 18 Jahren um 97,18 Proz. festgestellt. Eine Familie von vier Köpfen braucht für den bloßen Lebensunterhalt wöchentlich 11,17—15,93 Dollar. Dabei beträgt nach der „New Yorker Volkszeitung“ der Durchschnittslohn eines Arbeiters dort nur 9,10 Dollar.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Das vorchristliche Vergernis

spielte eine Rolle in einer Verhandlung wegen Gotteslästerung gegen den bekannten Genossen Boleslaus Strzelewicz, die am 6. Januar vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. In der Wohnung des Angeklagten war eines Tages ein Herr erschienen, der sich seiner Frau als Freund und Genosse des Mannes vorstellte und hat, Strzelewicz möge in einem geschlossenen Vereine von Gesinnungsgenossen einige Reden vortragen. Er hat sich ein Heft der in Betracht kommenden Texte aus und erhielt Heft 11 der von Strzelewicz herausgegebenen Sammlung von Reden, Couplets usw. Mit einem Gruße an ihren Mann verabschiedete sich der Fremde von Frau Strzelewicz, ließ aber nichts weiter von sich hören. Nach einiger Zeit erfolgte eine Anklage wegen Gotteslästerung, weil ein Polizeisekretär Mannst, in dessen Hände das Heft durch den geheimnisvollen Freund gekommen war, an drei Stellen Vergernis genommen hatte. In der Verhandlung bestreitet der Angeklagte, sich schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine führte aus, daß hier weder eine öffentliche Äußerung, noch eine Beschimpfung und Lästerung Gottes vorläge. Spott sei noch keine Lästerung, dieser Spott aber werde sich auch ausschließlich gegen Menschen, die den Gottesbegriff zum Deckmantel egoistischer Zwecke verwendeten, und gegen ihre niedrige Auffassung. Das Gericht wollte aber doch in zwei Gedichten eine Gotteslästerung erblicken, nahm auch die Deffenzfreiheit der Handlung an und erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Gewerkchaftliches.

Ein neuer Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung!

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission kann in seiner neuesten Nummer einen Ueberblick über die zu erwartenden Mitgliederzahlen der freien Verbände für das Jahr 1909 geben.

Nach den vergleichenden Ziffern von 38 Gewerkschaften vom Schlusse des 3. Quartals 1909, die insgesamt 1 418 283 Mitglieder zählen, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Diese Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1 409 051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 9032. Von drei weiteren Verbänden liegen noch vergleichbare Ziffern vom Ende des 2. Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 65 493, dagegen Ende Juni 1909 67 151 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1658 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben danach binnen Jahresfrist um 10 890 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 1908 (3. Quartal) 80,6 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13 500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Abrechnungen ausstehen, günstigere Ergebnisse mitteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahreschlusse 1908 bis zum Jahreschlusse 1909 die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervortreten lassen wird.

Ist dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß es nicht bloß einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwunge teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben verwertet werden, weisen 25 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Die Gewerkschaften sind also über den toten Punkt hinweggelangt und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch die Reihen derselben füllen und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge wird ihren Einzug halten.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifverhandlungen der Maler.

Die gestrige Sitzung wurde ausgefüllt durch Erörterungen über die Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung. Die Bezirksführer des Malerverbandes begründeten eingehend die von den Orten ihrer Bezirke gestellten Forderungen mit dem Hinweis auf die gesteigerten Ausgaben für den Lebensunterhalt, die Erhöhung der Arbeitsleistung und den Eintritt einer besseren Konjunktur, die es den Arbeitgebern ermöglichen, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen. — Die Vertreter der Arbeitgeber wandten sich gegen alle diese Forderungen. Sie verharteten auf ihrem Standpunkt, keine Lohnerhöhung zu bewilligen. Sie sagten, sie könnten nichts bewilligen, denn das Gewerbe befinde sich in einer so schlechten Lage, daß die Meister selber zu kämpfen hätten, um überhaupt zu existieren. Herr Benner aus Barmen versicherte, in Rheinland-Westfalen werde keine Lohnerhöhung bewilligt. Die Meister würden auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken.

Die Angaben über die schlechte Lage des Gewerbes beantwortete Tobler, der Vorsitzende des Malerverbandes mit der Bemerkung: Solche Klagen hätten die Meister schon seit jeher, auch bei allen früheren Verhandlungen erhoben. Trotzdem existieren dieselben Meister immer noch. Ja, einige von ihnen hätten es sogar soweit gebracht, daß man sie zu den Hausagrarierern rechnen könne. Also die Möglichkeit einer Lohnaufbesserung könne nicht bestritten werden und ausreichend begründet sei sie auch.

Im Laufe der Verhandlung stellten die Meister einen Antrag, dem auch die Arbeitervertreter zustimmten. Danach sollen in allen Orten, wo die Tarife jetzt noch nicht abgelaufen sind, aber in diesem Jahre enden, die Bestimmungen des neuen Tarifs in Kraft treten. Dasselbe soll auch für die Orte gelten, die sich erst während der Vertragsdauer der Organisation anschließen. In den Orten, wo noch keine Tarife bestehen, sollen die zu ermittelnden durchschnittlichen Löhne die Grundlage für die Festsetzung der tarifmäßigen Löhne bilden.

Nachdem die Vertreter der Arbeitgeber sich während der ganzen Dauer der Sitzung bemüht hatten nachzuweisen, daß keine Lohn-erhöhung gewährt werden könne, bereitete einer von ihnen, Herr Hansen aus Hamburg, den Arbeitern kurz vor Schluß der Sitzung eine gewisse Ueberraschung. Er machte als Vizepräsident des Arbeitgeberverbandes das Angebot, den Malergehilfen in Osnabrück den Stundenlohn um — einen Pfennig zu erhöhen. Danach würde der Lohn in Osnabrück von 38 Pf. auf 39 Pf. steigen, und das soll nach Auffassung des Herrn Hansen ein Ausgleich sein zwischen dem Lohn in Osnabrück und dem Lohn in den benachbarten Städten Bielefeld, wo 45 Pf., und Münster, wo 48 Pf. gezahlt werden. — Dieser „Ausgleichsvorschlag“ rief bei den Arbeitervertretern Heiterkeit hervor. Die Arbeitgeber aber nahmen das Angebot ihres Kollegen Hansen so ernst, daß sie sich zur Beratung darüber zurückzogen und mit dem Beschluß wieder in den Saal traten: der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes kann die Erklärung des Herrn Hansen nicht vertreten, sein Antrag besteht für den Hauptvorstand nicht. — Hierauf zog Herr Hansen seinen Antrag zurück.

Also selbst den einen Pfennig, der auf die 38 Pf. in Osnabrück zugefanden werden sollte, um die Osnabrücker Maler ihren mit 45 und 48 Pfennig entlohten Kollegen in den Nachbarstädten näher zu bringen, gönnt der Hauptvorstand der Arbeitgeber den Arbeitern nicht. Hiernach darf man gespannt darauf sein, wie sich die Arbeitgeber zu einem Schieds-spruch stellen werden, der doch vielleicht Lohnerhöhungen in gewissem Maße für recht und billig erklären könnte.

Die Verhandlungen sind nunmehr zu Ende. Am Sonnabend soll der Schiedspruch verkündet werden.

Die Lohnbewegung der Fliesenleger.

Am 1. Januar ist der Tarifvertrag für das Fliesenlegergewerbe Berlins abgelaufen, ohne daß ein neuer zustande gekommen war. Die Arbeitnehmer hatten sich frühzeitig genug um die Erneuerung des Tarifverhältnisses bemüht, aber die Arbeitgeber fanden nur zu einer Besprechung bereit, die zu nichts anderem führte, als zu einer vorläufigen Verlängerung des alten Vertrages.

Am Donnerstag hielten die Fliesenleger und ihre Hilfsarbeiter im Klubhause in der Kommandantenstraße eine öffentliche Versammlung ab, um über die Lage zu beraten. Sie waren außerordentlich zahlreich erschienen, die Fliesenleger wie die Hilfsarbeiter; der große Saal war gefüllt bis auf den letzten Stehplatz, und die Versammlung bot ein Bild ungezügelter Einmütigkeit, obwohl nicht weniger als vier Organisationen vertreten waren. Der Streit über die Organisationsform ist für die Dauer der Lohnbewegung gänzlich ausgeglichen. Der Referent H. Waltheim gab zunächst einen Rückblick auf die verfloffene Vertragsperiode. Der abgelaufene Vertrag ist vor ungefähr 2 Jahren zustande-

gekommen, zu einer Zeit, wo die Arbeitnehmer, wollten sie nicht einen wenig aussichtsreichen Kampf riskieren, sich genötigt sahen, ihn anzunehmen. Er brachte zwar den Achtstundentag für das Fliesenlegergewerbe, aber die außerdem erzielte Erhöhung der Stundenlöhne von 85 Pf. erst auf 87 1/2 Pf., dann für das zweite Vertragsjahr auf 90 Pf. für die Fliesenleger, vermochte den Ausfall, den die Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge hatte, nicht auszugleichen. Man hatte also trotz der steigenden Teuerung mit geringerem Wochenverdienst zu rechnen. Auch der Umstand, daß durch den Vertrag die früher übliche Frühstückspause in Wegfall kam, wurde von den Arbeitern, namentlich wenn sie einen weiten Weg zur Arbeitsstätte hatten, als ein schwerer Uebelstand empfunden. In einem Teil der Geschäfte hielten die Arbeitgeber allerdings nicht so genau auf die strikte Durchführung dieser Bestimmung, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß der geringe Zeitverlust beim Frühstücken durch erhöhte Leistungsfähigkeit bei der Arbeit reichlich wieder ausgeglichen wird. Einzelne Firmen waren aber dieser Erkenntnis nicht zugänglich und wollten es nicht einmal dulden, daß bei der Arbeit ein Stüchden Brot gegessen wurde. Auf Arbeitgeberseite sind mancherlei Vorstöße gegen den Tarifvertrag vorgekommen. Man hat es auch fertig gebracht, hier und da Sonderverträge abzuschließen, die mit dem Tarifvertrag nicht im Einklang standen. Das Subunternehmertum entwickelte sich dermaßen, daß die Arbeitnehmer sich genötigt sahen, im letzten Sommer eine kräftige Bewegung dagegen zu entfalten, die guten, wenn auch nicht durchschlagenden Erfolg gehabt hat. Lohnfragen wurden innerhalb der Vertragsperiode 38 anhängig gemacht; davon endeten 18 mit, 2 ohne Erfolg für die Arbeiter und in 20 Fällen steht die Entscheidung noch aus. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter mit Rücksicht auf die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in ihren Vorschlägen zum neuen Vertrag Lohnerhöhungen verlangen. In der Hauptsache sind ihre Forderungen: Erhöhung des Stundenlohnes der Fliesenleger auf 1 M., des Stundenlohnes der Hilfsarbeiter, der jetzt 65 Pf. beträgt, auf 75 Pf. An Subunternehmer sollen künftig keine Arbeiten mehr übertragen werden. Die Frühstüdpause soll wieder eingeführt werden. Die Forderungen, die nun den Unternehmern vorliegen, sind in der Weise zustande gekommen, daß zunächst in den verschiedenen Organisationen des Berufs darüber beraten wurde, dann die Tarifkommission das Ergebnis zusammenstellte und die so erzielte Vorlage Bezirksversammlungen zur Begutachtung überwiesenen wurde, so daß alle Berufsangehörigen ohne Unterschied der Organisationsform ihre Meinung geltend machen konnten.

Auf Anfrage an den Arbeitgeberverband, wann die Tarifverhandlungen stattfinden sollten, hatte dessen Vorsitzender Herr Kusler zunächst die Zeit vom 19. bis 26. Dezember in Aussicht gestellt, als aber bis zum 22. Dezember noch keine Einladung zu einer Sitzung eingelaufen war, wurde auf wiederholte Anfrage der 31. Dezember, also der letzte Tag des Tarifvertrages, zur Verhandlung bestimmt. Die Arbeitnehmervertreter waren pünktlich zur Stelle, wurden aber von Herrn Kusler allein empfangen. Später kamen noch zwei Arbeiter dazu. Die Besprechung verlief, wie ja schon bei der unzureichenden Vertretung der Arbeitgeber und dem späten Termin zu erwarten war, ergebnislos. Der Arbeitgebervorsitzende hatte den Maurervertrag vor sich, als ob dieser zur Grundlage der Verhandlungen dienen sollte, was nicht auf ein Entgegenkommen der Arbeitgeber schließen ließ, denn die Fliesenleger haben ja schon lange bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit als die Maurer. Die Arbeitgeber erklärten denn auch, daß an eine Lohnerhöhung nicht gedacht werden könne; höchstens sei es möglich, wenn ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen werde, im zweiten oder dritten Jahre einen kleinen Aufschlag zu gewähren. Auch sollten die Arbeiter nicht daran denken, daß die Arbeitgeber die Subunternehmer ohne weiteres beiseite schieben würden. Wenn die Arbeitnehmer die Frühstüdpause wieder haben wollten, so müßten der Reun-tenduntag und die alten Löhne wieder eingeführt werden. — Das Ende der Besprechung war, daß der abgelaufene Vertrag bis zum 15. Januar verlängert wurde. Am 12. und 13. Januar soll weiter verhandelt werden. Die Arbeitgeber erklärten, früher keine Zeit zu haben. Eine Verschleppung wollten sie nicht herbeiführen. Die Arbeitnehmervertreter hatten zunächst höchstens einer achtstündigen Verlängerung des Vertrages zustimmen wollen, sich jedoch schließlich mit dem Vorschlage der Arbeitgeber in dieser Sache einverstanden erklärt. Der Referent ließ seinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter einer weiteren Verzögerung nicht zustimmen können. Die Versammlung nahm nach reifer Diskussion folgende Resolution an:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der eingeleiteten Verhandlungen. Die Tatsache, daß seitens der Arbeitgeber nicht rechtzeitig die nötigen Schritte getan wurden, um vor Ablauf des alten Vertragsverhältnisses ein neues anzubahnen und zum Abschluß zu bringen, berechtigt zu der Annahme, daß die Absicht vorliegt, die Angelegenheit bis zu einem für die Arbeitnehmer ungünstigen Zeitpunkt hinauszuziehen. Nur aus den seitens unserer Leitung angeführten Gründen wird die in der Verhandlung vom 31. Dezember vereinbarte Tarifverlängerung gebilligt, der Tarifkommission jedoch anheimgegeben, eine weitere Verlängerung entschieden abzulehnen. Sollten die in der nächsten Woche angebotenen Verhandlungen über unsere Forderungen kein befriedigendes Resultat ergeben, so ist in möglichst kurzer Zeit wiederum eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die über die weiter zu unternehmenden Schritte zu beraten und zu beschließen hat.“

Deutsches Reich.

Der „große Unbekannte“ als Terrorist!

Während des Tischerstreiks in Rathenow streifte der streikende Holzarbeiter W. beim Vorübergehen einen auf der Straße stehenden Arbeitswilligen. Obgleich der Arbeitswillige durch die Verührung nicht den geringsten Schaden erlitten hatte, wurde gegen W. Anklage wegen körperlicher Mißhandlung erhoben, die am 5. d. M. vor dem Schöffengericht in Rathenow zur Verhandlung kam. Daß der Angeklagte den Arbeitswilligen absichtlich gestreift hatte, wurde nicht festgestellt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bemerkte in der Verhandlung, daß die Anklage an sich eine ganz geringfügige Sache sei, so daß erst die Absicht bestand, den Straf-antragsteller auf den Weg der Privatklage zu verweisen. In Verbindung mit anderen Tatsachen sei aber dann ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtet worden. Diese „anderen Tatsachen“ bestanden in einer Behauptung des Arbeitswilligen, er sei von den Streikenden öfter belästigt und einmal von einem Unbekannten ins Gesicht geschlagen worden, worauf er sich genötigt sah, seine Arbeit wieder aufzugeben. Das beantragte Strafmaß lautete auf 20 M. Geldstrafe. Das Gericht ging darüber hinaus und erkannte auf 50 M. Es unterstellte dem Angeklagten, daß er, weil der Arbeitswillige nicht mitstreifte, diesen „mißhandelte“.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

Die Lutzenwälder Tischlermeister suchen durch die „Berl. Volks-Zeitung“ wieder Arbeitswillige, nachdem während der Feiertage eine größere Anzahl dieser Elemente den Ort verlassen haben.

Auch in anderen Orten werden die Unternehmer versuchen, Streikbrecher zu fangen. Die Holzarbeiter werden darum ersucht, Obacht zu geben.

Die Bauhener Waggonfabrik hat jetzt Streikbrecheragenten nach Böhmen geschickt, um dort tüchtige Arbeiter anzuwerben, nachdem die Firma mit Auguste Müller und den Berliner Kaufleuten böse Erfahrungen gemacht hat. Ein größerer Trupp böhmischer Arbeiter wurde bereits an der Grenze zur Rückkehr veranlaßt. Die Agenten müssen nun aufs neue sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, die nötige „Ware“ zu finden. Die Arbeiter allerorts, insbesondere unsere böhmischen Parteigenossen, werden dringend gebeten, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß es diesen Leuten nicht gelingt, Stellmacher, Tischler und Holzarbeiter nach Bauen zu verschleppen.

In Juffenhäusen, wo der Vertrag am 1. Januar schon abläuft, ist bisher eine Einigung noch nicht erzielt. Die Unternehmer lehnen jedes Zugeständnis ab und verlangen die Verlängerung des alten Vertrages bis zum 31. Dezember 1913. Die Firma W. B. & F. hat bereits die Aussperrung vom 8. Januar ab in Aussicht gestellt, und der Vorsitzende des Schlichterverbandes hat die Aussperrung für den 10. Januar angekündigt, wenn nicht die in der ersten Januarwoche angelegte Verhandlung noch eine Einigung bringt.

Die Gärtnereiarbeiter von Bremen und Umgebung haben in einer allgemeinen Versammlung am 28. Dezember beschlossen, den für das dortige Wohngebiet bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, so daß dieser am 31. März sein Ende erreicht. Der Vertrag ist der erste, der im Bremer Gärtnereigewerbe zustande gekommen ist; er läuft seit dem 1. April 1907 und war zunächst auf zwei Jahre abgeschlossen worden, ist dann aber, da er von keiner Seite gekündigt wurde, auf ein weiteres Jahr verlängert. Der Tarif erstreckt sich über alle Branchen der gewerblichen Gärtnerei und sieht für Baumschul- und Handelsgärtnereibetriebe für acht Monate des Jahres eine zehn-, für zwei Monate eine zehneinhalb- und für zwei Monate eine neuneneinhalbstündige Arbeitszeit vor, bei einem Wochenlohn von 23 M., für Junggehilfen 21 M. Für die Landschaftsgärtnerei beträgt die Arbeitszeit während sechseinhalf Monaten des Jahres 10, während eines halben Monats 9, während zwei Monaten 8 1/2 und während eines Monats 8 Stunden; der Lohn pro Stunde 45 Pf.; für Junggehilfen 41 Pf. und für Arbeiter, die noch nicht drei Jahre im Beruf tätig, 40 Pf. Die hier angeführten Lohnpositionen betragen seit dem 1. April 1908, das Jahr zuvor betrug der erwähnte Wochenlohn noch eine Mark darunter. — Diese Löhne sind recht niedrig. Hätte sich im vorigen Jahre auch in der Gärtnerei die Krise nicht so stark bemerkbar gemacht, so wäre schon damals von Seiten der Arbeitnehmer die Kündigung des Vertrages ausgesprochen worden. Die neuen Forderungen sollen dem Unterehmerverbande dieser Tage unterbreitet werden.

Ausland.

Eine Konferenz der schwedischen Regierung mit den Gewerkschaften.

Die schwedische Regierung hat durch den Chef des Staatsbureaus für Statistik die Hauptvorstände sämtlicher Gewerkschaftsverbände zu einer Konferenz eingeladen, um gemeinsam mit ihnen eine allgemeine Arbeitslosenzählung vorzubereiten, die am 31. Januar im ganzen Lande stattfinden soll. Weiter handelt es sich bei der Konferenz darum, regelmäßig Monatsberichte über den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit zu erhalten. Die Regierung hat gleichzeitig durch Rundschreiben die Landeshauptmänner im ganzen Lande aufgefordert, dafür zu sorgen, daß öffentliche Arbeiten in so großem Umfange wie nur möglich in Angriff genommen werden, um nach besten Kräften der großen Arbeitslosigkeit, die sich jetzt in ganz Schweden bemerkbar macht, entgegen zu wirken.

Die argentinischen Gewerkschaften, die infolge des kürzlich mit gutem Erfolge abgehaltenen Einigungskongresses ein starkes Vertrauen in die Regierung erwarteten, hatten nicht mit der Brutalität der Regierung gerechnet, die soeben einen blutigen Belagerungszustand verhängte, unter nichtigen Vorwänden alle anarchistischen, sozialistischen und Gewerkschaftsblätter unterdrückte, die Bureau schloß und alle bekannten Führer verhaftete. Inzwischen weniger Tage nach dem Attentat auf den Polizeipräsidenten in Buenos Aires waren schon über 4000 Personen unter dem Vorwande, Anarchisten zu sein, angeklagt. — Doch werden im Bürger-tum jetzt schon einzelne Stimmen laut, die von den Maßnahmen der Regierung das Gegenteil des Gewünschten befürchten, und zwar eine um so größere Erbitterung und einen stärkeren Widerstand der Arbeiterschaft.

Versammlungen.

Der Verband der Hausangestellten, Ortsgruppe Berlin, hielt am Donnerstagabend im Neuen Klubhause seine Generalversammlung ab. Hr. Arndt gab einen Ueberblick über das verfloffene Geschäftsjahr, das durch die Gründung des Zentralverbandes eine besondere Bedeutung für die Organisation gewonnen. Der Berliner Verband hat ein eigenes Bureau eingerichtet, zum großen Vorteil der Organisationsbestrebungen. Eine eigene Stellenvermittlung besitzt der Verband nicht, sondern er hat sich mit dem von der Stadt Berlin subventionierten Zentralverein für Arbeitsnachweise in Verbindung gesetzt und empfielt seinen Mitgliedern, diese Stellenvermittlung allein in Anspruch zu nehmen. Dort sind sie vor jeder Ausbeutung, wie sie die privaten Vermittlungsbureaus treiben, sicher, und zugleich wird ihren persönlichen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Nach dem Kassenbericht, den Hr. Lude erstattete, ist ein Bestand von 1470,48 M. vorhanden. Die Zahl der Mitglieder ist auf 681 angewachsen. Im letzten Vierteljahr sind 249 gewonnen worden, während 16 ausgeschieden sind. Zahlreich waren die Gesuche um Aufnahme, Rat und Hilfe, die an das Bureau, Michaelkirchplatz 1, auch von Nichtmitgliedern, gerichtet wurden. Im Laufe des Jahres fanden 10 Vereinsversammlungen, 10 öffentliche Versammlungen, 7 Lesende und eine Reihe von Veranstaltungen statt, die der Unterhaltung dienen, zugleich aber auch der Agitation für den Verband.

In der Diskussion, die den Berichten folgte, gaben die Mitglieder noch mancherlei Wünsche Ausdruck. Besonders Gewicht wurde auf die stärkere Heranziehung der Reinmachefrauen zur Organisation gelegt. Die Fortschritte der Berliner Ortsgruppe fanden Anerkennung. Mit der Führung der Verbandsschritte erklärten sich die Mitglieder zufrieden.

Die vorgenommenen Remouvalen ergaben das folgende Resultat: 1. Vorsitzende Hr. Arndt, 2. Vorsitzende Hr. Göttel, 1. Kassiererin Hr. Lude, 2. Kassiererin Hr. Förster, Schriftführerinnen Hr. Walster und Clara Schröder, Berichtserinnen Hr. Uhlend, Baudis und Michaelis, Beisitzerinnen Hr. Joppich, Jäkel und Wehler, Delegierte zur Berliner Gewerkschaftskommission Hr. Arndt, Mitglied des Zentralvorstandes Frau Busch.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein großer Schadenfeuer in der Panikstraße.

Ein großer Brand kam am Freitagabend um 7 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in der Panikstraße 22 an der Weddingstraße nahe der Panke zum Ausbruch und beschäftigte die 4. Kompanie längere Zeit. Als der 16. Lösckzug aus der Panikstraße 1 an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl des Hauses, das von vielen Parteien bewohnt wird, schon in großer Ausdehnung in Flammen. Dichter Qualm füllte die Bodenträume und Treppenaufgänge. Aber diese und eine große mechanische Leiter wurde der Angriff mit mehreren Schaufelungen von einer Dampfspritze eröffnet. Die Flammen, von dem Inhalt der Bodenverläge genährt, konnten erst nach längerer Lösckarbeit erstickt werden. Die Entstehung konnte nicht ermittelt werden. Der Schaden ist erheblich.

Begen Unterschlagung verhaftet.

Trier, 7. Januar. (R. S.) Im lothringischen Ort Koblingen wurde der Postagent Hammelmann und seine Frau wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Fälschung von Postanweisungen verhaftet. Die unterschlagene Summe soll 6000 M. betragen.

Verurteilung des Handelsministers.

Die Gesetlichkeit, deren sich insbesondere durch Sozialdemokraten verwaltete Ortskrankenkassen befleißigen und das durch...

Eine solche ministerielle Unterstützung ist am Donnerstag als dem Gesetz zuwider vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben.

Der sehr zuungunsten des Handelsministers vom Ober-Verwaltungsgericht entschiedene Fall liegt folgendermaßen:

Seit Jahren veranstaltet die Ortskrankenkasse für den Gewerbetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder.

Kleines Feuilleton.

Die neuesten „Beiwiese“ des Herrn Vode. Seit einigen Tagen drückt die Vodepresse bereits mit neuen „Beiwiesen“, die für die...

Zunächst ist auch hier zu wiederholen, daß die ganze Untersuchung nicht von einem unabhängigen Komitee, sondern teils von den Angestellten des Kaiser-Friedrich-Museums, teils von den von Herrn Vode ausgesuchten Gutachtern geführt wird.

Diesmal kommt Prof. Niethe mit der Feststellung zu Wort, daß die noch an der Wüste feststellbare Bemalung größtenteils auf der Photographie von (ca.) 1890 nachzuweisen sei.

Das zweite Gutachten ist von Prof. Raehmann (Weimar) erstattet und befaßt sich mit der mikroskopischen und mikrochemischen Untersuchung einiger vom Museum zugestellter Farbstoffen.

sich im Laufe der Jahre nicht nur für das Proletariat, sondern für die gesamte Bevölkerung Berlins herausgebildet haben.

Die Aufsichtsbehörde hatte nie etwas eingewendet, obwohl die Berichte ihr zugingen. Den Hausbesitzern waren sie aber ein Dorn im Auge.

Die Vorstandsmitglieder sagten und erzielten, daß der Bezirksausschuß die angeforderte Verfügung außer Kraft setzte.

Der Magistrat legte, wohl auf Anweisung des Handelsministers, Revision ein. In der Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht am 6. Januar waren die Vorstandsmitglieder durch Rechtsanwalt Dr. Oskar Rohm vertreten.

Der 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts bestätigte das Urteil des Bezirksausschusses mit folgender Begründung: Sicherlich

zuwenden, die für die Renaissance charakteristisch sein soll. Herr Raehmann hat auch unterlassen, andere, unbefristete Werke von Lucas, oder überhaupt neuere farbige Wachsewerke zum Vergleiche zu unterziehen.

Lucas jun. hat bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts genaue Angaben über die Farben der Florabüste gemacht.

Da Herr Vode keine objektive, die Behauptungen der Augenzeugen berücksichtigende Untersuchung vornimmt, müssen wir ihm bei der Erforschung der Wahrheit wieder einmal helfen.

Solange mögen seine neuen „Beiwiese“ bei seinen Anhängern in Geltung bleiben.

Münchener bildende Kunst. Der Zeitgenosse, der Zeit und Geld, Bildung und künstlerische Empfängnis genug besitzt, die Werke der bildenden Kunst zu genießen, der kann wirklich jetzt in München von Begier zu Genuss taumeln und eine volle Woche lang die verschiedensten Eindrücke malerischer Persönlichkeiten und Massen auf sich wirken lassen.

sei die Feststellung der Wohnungsverhältnisse der erkrankten Krankenkassenmitglieder, um die Einwirkung der Wohnung auf den Kranken festzustellen, eine zulässige Tätigkeit der Krankenkassen.

Es erübrigt sich eine Polemik gegen die Gründe des Ober-Verwaltungsgerichts, die annehmen, der Rahmen der Aufgabe der Schrift werde überschritten, wenn sie einen allgemeinen wissenschaftlichen Charakter erhalte.

Aus der Partei.

Eine neue Polizeibeamte in Oberschlesien.

Mit einem kläglichen Fiasko endete die mit großem Geschrei eingeleitete Polizeiaktion gegen den von der sozialdemokratischen ober-schlesischen Agitationskommission herausgegebenen polnischen Oberschlesischen Volkskalender für 1910.

Ein anderer Zeuge, ein Lehrer Ohn (Vorsitz), fand den Inhalt des Kalenders so aufreizend, daß er ein Exemplar sofort

früh verstorbenen Stuttgarter Otto Reiniger, in dem die moderne deutsche Landschaft einen ihrer besten Meister verloren hat. In fünf Eilen sieht man 132 Werke von Hugo v. Habermann, dem populärsten der Münchener Bildnis-maler.

Die Zunahme der Krebskrankheit. Während fast alle Krankheiten unter dem Einfluß der modernen Hygiene und dank den Fortschritten der Heilkunst eine Abnahme und eine günstigere Gestaltung des Verlaufs erfahren haben, macht die bösartige Gewebeneubildung, genannt Krebs, hiervon eine Ausnahme.

Notizen.

Musikchronik. Das Wäthner-Orchester bringt am dritten Sinfonischen Musikabend unter Stronachs Leitung Felix Draeseles große Symphonie tragica zur Ausführung.

— Schackleton in Berlin. Der erfolgreiche Erforscher des Südpolkontinents hielt Freitag abend in einer von der Gesellschaft für Erdkunde im Krollen Stabtheater veranstalteten Versammlung einen Vortrag über seine Expedition.

diese fast nur aus Frauen bestehende Organisation ist gut, umfänglich, taktisch klug geleitet. An der Spitze der Zentralorganisation steht ein besoldeter Obmann. Dem Vorstand gehören in der Mehrzahl Frauen an, und auch die Vertrauenspersonen in den Fabriken sind Frauen. Die Provinzgruppen werden fast immer von Frauen geleitet. Ausgezeichnete Kräfte haben sich für die Arbeiterbewegung entwickelt. Vielfach sind die leitenden Genossinnen der Gewerkschaft auch die Vertrauenspersonen der politischen Organisation.

Die Tabakarbeiterinnen haben es nicht leicht. Ueberall arbeiten ihnen die Christlichsozialen entgegen. Diese haben auch eine Fachorganisation gegründet und sie besitzen ein eigenes Fachblatt. In einigen Orten steht der Kaplan an der Spitze der Organisation. Christlicher Tabakarbeiterinnen. Manche Fabrikvorstellungen begünstigen unerbittlich die christlichsoziale Organisation. So oft die sozialdemokratischen Tabakarbeiterinnen Erfolge erreichen, versuchen die Christlichsozialen es so hinzustellen, als wäre das Erreichte ihr Verdienst. Dennoch geht die Organisation vorwärts und schreitet von Erfolg zu Erfolg. Ein Hauptgewicht wurde immer auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Die 48-Stundenwoche ist das Ziel und es ist nicht mehr sehr weit entfernt. Seit Neujahe besteht die 51-Stundenwoche und am Sonnabend ist um 12 Uhr mittags Arbeitsschluss. Der freie Sonnabendnachmittag ist also für die sterblichen Tabakarbeiterinnen erreicht. Die Invalidenversorgung ist wesentlich verbessert worden. Seit die Organisation besteht,

sind die Arbeiterinnen wiederholt bei der I. I. Generaldirektion der Tabakregie und auch beim Finanzminister vorstellig geworden, um zu erreichen, daß die höchste Dienstzeit zum vollen Bezug der Invalidenversorgung von 40 auf 35 Jahre herabgesetzt werde. Das ist jetzt erreicht. Und schon nach fünfjähriger Dienstzeit kann die niedrigste Invalidenrente bezogen werden. Auch eine Witwen- und Waisenversorgung wurde eingeführt, die aber auf dem barbarischen Standpunkt steht, die unehelichen Kinder schlechter zu behandeln als die ehelichen. Ein guter, ausreichender Wöchnerinnenschutz steht ebenfalls im Vordergrund der Bestrebungen der Tabakarbeiterinnen. Da für sie auch nur die vierwöchentliche Schutzfrist gilt, die durch die Gewerbeordnung vorgeschrieben ist, so hat die Generaldirektion vor einem Jahre probeweise einen zwölfwöchigen bezahlten Urlaub für jene Wöchnerinnen eingeführt, die nach ärztlichem Zeugnis noch erholungsbedürftig sind. Durch diese bedingte Urlaubsgewährung ist es aber zu argen Mißständen gekommen. Bei einer Konferenz, die am 1. und 2. Januar d. J. gelang hat und bei der 24 Fabriken vertreten waren, wurde berichtet, daß manche Ärzte keiner Wöchnerin den Urlaub gewähren, weil sie finden, daß „wenn eine Urlaub bekommt, ihn jede haben will“. Andere wieder haben in hundert Fällen nur dreimal den Urlaub für notwendig befunden. Andere wieder haben den Standpunkt eingenommen, daß jede Wöchnerin die zwölf Tage Urlaub notwendig hat. Die Arbeiterinnen verlangen nun, daß vor und nach der Niederkunft zwölf Tage bezahlter Urlaub obligatorisch gewährt werde.

Sie verlangen weiter, daß im Anschluß an alle Fabriken Säuglingsheime errichtet werden, wo stillfähige Mütter die Kinder stillen können und wo geschulte Wärterinnen die Kinder tagsüber betreuen. Bei zwei Fabriken bestehen schon solche Säuglingsheime und werden muntergültig geleitet. Weiter verlangen die Arbeiterinnen die Anstellung von weiblichen Ärzten, mindestens in den großen Städten. Dann sollen Kindergärten errichtet werden, damit die Kinder der Tabakarbeiterinnen nicht in häßlichen Anstalten untergebracht werden müssen. Schwere Anlagen wurden gegen die dort herrschenden Mißstände erhoben.

Bei den Betriebskrankenkassen wollen die Arbeiterinnen Einfluß und wirkliche Rechte haben. Heute werden die Interessen der Arbeiterinnen in den Krankenkassen selten gewahrt, weil nur die Hälfte der Vorstandsmitglieder gewählt werden, die andere Hälfte wird ernannt, und das sind fast immer Christlichsoziale. Diese haben dann zusammen mit der Fabrikvorstellung die Mehrheit und: „die Christlichen verlangen nichts“. So erklären die Arbeiterinnen. Sie streben jetzt die Gründung eines Verbandes sämtlicher Krankeninstitute der Tabakfabriken an. Davon erhoffen sie sich mehr Einfluß. Sie wollen die Gründung eines Tuberkuloseheimes für die Tabakarbeiterinnen durchsetzen und eine Besserung des Arztverhältnisses. Den Verhandlungen der Tabakarbeiterinnenkonferenz hat auch ein höherer Beamter als Vertreter der I. I. Generaldirektion beigewohnt. Das sagt wohl, daß es den Tabakarbeiterinnen gelungen ist, sich die Beachtung des staatlichen Arbeitgebers zu erringen.

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Schumacher Ludwig Eulitz** am Mittwoch, den 6. Januar, plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 8 Uhr, von der Wohnung des Verstorbenen, **Qadenbergstraße 29**, aus statt.
Die Genossen, die sich an der Beerdigung beteiligen, treffen sich 1/8 Uhr im Lokal von **H. Kaul, Wilmersdorfstraße 16**.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Achtung, Lerche!
Die Beerdigung des Sangesbruders **Krauskopf** findet Montag 2 1/2 Uhr statt.

Am Mittwoch verstarb im Krankenhaus **Dudow** unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Kutscher Reinhold Spiller**.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle des **Altdorfer Friedhofes** am **Wariendorfer Weg** aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. **Best 5.**
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Ernst Kuske** am 6. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 8. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom **Trauerhaus Eisenbahnstr. 22** aus nach dem **Simonskirchhof** in **Altdorf, Hermannstraße**, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.**

Wer-Stoff-hat!!
Herzige Herrenanzug oder Valetot von 50 M. an, feinste Zutaten auf Kopfhaar, zwei Knöpfen, für guten Sitz besamt gold. Medaille. Bitte zum Wahnehmen um Ihren Besuch, da keine Vertretung.
Ludwig Engel, Preislauser Str. 23, II, Alexanderplatz. Begr. 1892.
Siehe auch Adressbuch L. Teil, 1910, Seite 552, unter E. 8/1

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 5. d. Mts. starb im Alter von 56 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer **Ernst Kuske**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom **Trauerhaus, Eisenbahnstraße 22**, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Enorm billiger Verkauf
eleganter **Ronaldgarderoben** früher 50-90 M., jetzt 12-28 M.
Deutsches Bekleidungshaus, Große Frankfurterstraße 89, Nur 1 Treppe, kein Laden.
Fahrgeld wird vergütet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Groß-Berlin. **Nachruf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Dampfbuschler Hermann Wetzel** am Montag, den 3. Januar, im Alter von 42 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltung.

Jugend-Liederbuch

Preis: kartoniert 20 Pfennig gebunden 30 Pfennig
Zu beziehen durch: **Expedition des „Vorwärts“ Lindenstraße 69 (Laden).**

Billiger als Kaffee... Besser als Surrogat... Gesünder als Alkohol... Salamander
A. I. G., Berlin SW. 60, **Barzer-Strasse 53.**

Salamander
Oberleder, Sohlen und alle anderen Zutaten für den Salamanderstiefel werden von Fachleuten sorgfältig ausgewählt. Daraus erklären sich seine Vorzüge. Fordern Sie Musterbuch V
Einheitspreis... M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50

Zentrale: **W. 8, Friedrich-Strasse 182**
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse
Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 80

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung toller elegante fertige **Herren-Garderoben**
Erlaub für Maß, Anfertigung nach Mass. Labels und Maß.
Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurterstr. 37, II Eingang Kreuzberger Weg, II. Gesch. Turmstr. 18, I. Stock, kein Laden.

Wenn Sie von hartnäckigem **Hautjucken** befallen sind, so daß Sie, durch den übermäßigen Reiz gereizt, Arme und Beine mit den Nägeln bearbeiten müssen und keinen Schlaf finden, verschafft Ihnen **Dr. Kochs Kühlalbe** sofort Erleichterung. Loos a 3 Mark Berlin O.; Reichsadler-Apoth., Große Frankfurter Str. 134; W.; Kronen-Apoth., Friedrichstr. 160; SW.; Elefant-Apothek, Leipziger Str. 74.

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders
Grösstes Bekleidungs-Spezialhaus
Kaiser Wilhelmstr. 41-42 • Spandauerstr. 70-71

Billige Inventur-Verkäufe
8. bis 23. Januar cr.
in den Abteilungen
Herren-Konfektion | Knaben- und Mädchen-Garderobe | Damen-Konfektion
Wäsche und Herren-Artikel | Schuhwaren f. Damen, Herren u. Kinder
Ausserordentlich hervorragende **Gelegenheitskäufe** in allen Abteilungen.

Der Ausstoß von **SCHULTHEISS' BOCK** hat begonnen

Nochmals die Polizei vor Gericht.

Gestern konnten wir über zwei Gerichtsverhandlungen berichten, welche das unberechtigte, gewalttätige Vorgehen von Polizeibeamten gegen harmlose Versammlungsbesucher grell beleuchteten. Auch am gestrigen Freitag wurde vor den Schranken des Schöffengerichts Berlin-Mitte wieder ein Fall derselben Art erörtert, der das Bild, welches am Donnerstag vor Gericht von der Verhandlung des Publikums durch die Polizei entworfen worden, ergänzte und vervollständigte. Wie in den beiden vorgestrigen Prozessen, so handelte es sich auch in dem gestern verhandeltem um Vorgänge, welche sich nach Schluß der von bürgerlichen Frauen am 19. Oktober d. J. in der „Neuen Philharmonie“ abgehaltenen Herrer-Versammlung auf der Straße abspielten.

Angeschuldigt war der Tischler Weibinger. Er wird beschuldigt, Anordnungen der Polizeibeamten nicht Folge geleistet und ihnen bei rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes Widerstand geleistet zu haben. — In den Versammlungsbefugnissen gehörte der Angeklagte nicht. Er kam in Begleitung seiner Frau vom Bahnhof Jannowitzbrücke und war auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Schmiedestraße. In der Ecke der Köpenicker Straße kreuzte den Weg des Angeklagten eine Menschenmenge, die aus der Versammlung kam. Als die Menge vorüber war, übertritt der Angeklagte die Köpenicker Straße. Auf der anderen Seite blieb er einen Augenblick stehen, um sich nach seiner Frau umzusehen, die nicht an seiner Seite geblieben war. Was nun folgte, das stellt der Angeklagte so dar: Als ich stehen geblieben war, kam sofort ein Polizeibeamter auf mich zu und sagte: „Gehen Sie weiter.“ Ich sagte: „Zunächst, Herr Leutnant, ich gehe schon“ und wollte grüßend an meinen Hut fassen. Da stieß mich der Leutnant mit beiden Händen vor die Brust und rief: „Gehen Sie weiter!“ Ich sagte: „Aber, Herr Leutnant, warum stoßen Sie mich?“ Darauf sagte der Leutnant: „Wenn Sie nicht sofort weitergehen, kriegen Sie noch mehr.“ Der Leutnant stieß mich von hinten in den Rücken und gab den Schutzleuten den Befehl, mich nach der Wache zu bringen. Sofort padten mich zwei Schutzleute, jeder an einem Arm. Ich ersuchte die Schutzleute, mich loszulassen, denn ich würde ruhig mitgehen. Aber sie ließen nicht los, sondern hielten mich gepackt und brachten mich so zur Wache. Nach Feststellung meiner Personalien wurde ich wieder entlassen.

Eine in allen wesentlichen Punkten entgegengesetzte Darstellung geben die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten, die mit dem Angeklagten zu tun hatten. Polizeileutnant Altrogge sagte, er habe einen Menschenhaufen, der sich an der Ecke der Köpenicker- und Neanderstraße gebildet hatte, blickig gebeten, fortzugehen. Alle seien dieser Aufforderung gefolgt. Nur der Angeklagte sei stehen geblieben und habe dadurch der Aufforderung „passiven“ Widerstand entgegengesetzt. Diese Ansicht, daß ein Mann, der einen Augenblick auf der Straße stehen bleibt, um seine hinterher kommende Frau zu erwarten, dadurch der Polizei passiven Widerstand leistet, wollte selbst dem Vorsitzenden des Gerichts nicht einleuchten, denn er bemerkte, unter solchen Umständen würde auch er stehen geblieben sein. — Polizeileutnant Altrogge will den Angeklagten nochmals zum Weitergehen aufgefordert haben, und als er dann noch nicht ging, habe er, der Zeuge, den Angeklagten zurückgeschoben. Als sich dann der Angeklagte unwillig gehöhrt habe, sei er im Auftrage des Zeugen durch einen Schuttmann zur Wache gebracht worden. Daß er den Angeklagten gestoßen habe, bestritt Polizeileutnant Altrogge mit großer Entschiedenheit. „Stoßen und schlagen tue ich nie“, sagte Polizeileutnant Altrogge mit großem Nachdruck. „Ich bin“ — sagte er weiter — „da das Gewerkschaftsbüro in meinem Revier liegt, bei den Arbeiterführern als ein sehr ruhiger Beamter bekannt.“

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, wollte, nachdem Polizeileutnant Altrogge mit so großer Bestimmtheit seine große Ruhe und nie verjagende Korrektheit betont hatte, feststellen, daß nach jener Versammlung unter den Polizeibeamten, die auf der Straße Dienst hatten, eine ungewöhnliche Aufregung herrschte, die zu Ausschreitungen gegen das Publikum führte. — Der Vorsitzende schritt diese Beweisführung ab mit der Begründung: Was andere Beamte getan haben und ob andere Beamte aufgeregter waren, das habe für den vorliegenden Fall keine Bedeutung.

Der Zeuge Schuttmann Schröder ist einer der beiden Beamten, die den Angeklagten auf Anordnung des Leutnants Altrogge nach der Wache brachten. Schröder behauptet, er sei allein an den Angeklagten herantreten, habe ihn zunächst noch mehrere Male aufgefordert, fortzugehen, und ihn, da er der Aufforderung nicht folgte, abführen wollen. Der Angeklagte habe aber so heftigen Widerstand geleistet, daß ein zweiter Schuttmann zu Hilfe kommen mußte, um den Angeklagten zur Wache zu bringen.

Nachdem auch Polizeiwachtmeister Müller die Angaben der Zeugen im allgemeinen bestätigt hatte, trat eine unbeteiligte Zeugin, Dentistin Frau Leonardi, vor die Schranken. Ihre Äußerungen und ihre Aussagen machten den Eindruck einer gebildeten Frau, die in hohem Grade die Fähigkeit besitzt, Vorgänge ruhig zu beobachten, sicher aufzufassen und objektiv darzustellen. Diese Zeugin behauptete: Als ich, aus der Versammlung kommend, nach der Neanderstraße zu ging, hörte ich, daß reitende Schutzleute hinter und her galoppiert kamen. Alles sah vor ihnen auseinander. Ich dachte: Das kann hier böse werden. Um unangenehme Erfahrungen aus dem Wege zu gehen, wollte ich in die Neanderstraße einbiegen. Da sah ich den hier anwesenden Polizeileutnant (Altrogge) in großer Erregung. Sein Gesicht war vor Aufregung verzerrt. Als ich einige Schritte weitergegangen war, hörte ich hinter mir rufen: „Warten Sie, das Sie weiter kommen.“ Ich drehte mich um und sah, daß der Polizeileutnant einen Mann (den Angeklagten) hielt, und als dieser dagegen Einwendungen machte, rief der Leutnant: Wenn Sie nicht gehen, kriegen Sie noch mehr! Dann sah ich, daß zwei Schutzleute gleichzeitig den Angeklagten packten und ihn auch nicht losließen, nachdem er sie darum ersucht und versichert hatte, er werde ruhig mitgehen, denn er wisse ja, daß er mitgehen müsse. Widerstand hat der Angeklagte nicht geleistet. Die beiden Schutzleute hielten ihn ja so fest, daß es ihm gar nicht möglich war, eine Bewegung des Widerstandes zu machen. Ich hielt es für meine Menschlichkeit, mich dem Manne, der so von den Beamten behandelt wurde, als Zeugin zur Verfügung zu stellen. Ich wollte dem Manne meine Karte geben, aber der Polizeileutnant riß mir die Karte mit großer Gewalt aus der Hand und warf sie auf die Straße.

Polizeileutnant Altrogge bezeichnete diese Angabe der Zeugin als eine grobe Entstellung. Er habe sich mit der Dame gar nicht beschäftigt. Sie habe, wie er gesehen habe, versucht, dem Angeklagten ein Blatt Papier zu reichen, was aber, da der Angeklagte es nicht erfassen konnte, auf die Erde gefallen sei.

Die Zeugin Leonardi blieb bei ihrer Darstellung und versicherte, daß ein Irrtum aus ihrer Seite ausgeschlossen sei.

Da die Aussage dieser Zeugin geeignet war, das Gebährde der Anlage in seinen Grundbeis zu erschüttern, so hatte natürlich der Vertreter der Anklagebehörde ein Interesse an ihrer Diskreditierung. Er richtete deshalb die Frage an sie, ob sie Sozialdemokratin sei. — Der Vorsitzende wies diese Frage als nicht zur Sache gehörig zurück. Doch hatte die Zeugin die Frage sofort mit nein beantwortet. — Ob die Zeugin eine Animosität gegen die Behörden habe, wollte der Staatsanwalt wissen. Auch das wurde verneint. Dann kam der Staatsanwalt mit dem Einwand, die Zeugin habe doch aus Furcht den Schwaupf der Handlung verlassen wollen. Damit stimme es doch nicht überein, daß sie sich durch Angebot ihres Zeugnisses in eine für sie unangenehme Angelegenheit gemischt habe! — Gewiß! — sagte die Zeugin — gebe ich unangenehmen Dingen gern aus dem Wege, aber hier handelte es sich um die Erfüllung einer Menschlichkeit. Für Recht und Gerechtigkeit lasse ich mein Leben, wenn es sein muß.

Die folgenden Zeugen, Frau Goldschmidt und Walschankalbsbesitzer Guttsche haben den Vorgang nur teilweise beobachtet. Soweit sie Angaben darüber machten, stimmen sie mit denen der Zeugin Leonardi vollkommen überein.

Frau Minna Gauer macht allgemeine Angaben über das Verhalten der Polizei. Sie sei erstaunt und entsetzt gewesen, als sie beim Herausstreiten aus dem Versammlungsort so viele Schutzleute erblickte. Das Publikum sei völlig ruhig gewesen, es habe kein Grund zum Einschreiten der Polizei vorgelegen, aber unter den Beamten schien Animosität gegen das Publikum zu herrschen. Ohne Grund seien die reitenden Schutzleute unter das Publikum auf den Bürgersteig geritten. Sie, die Zeugin, habe zu einem Polizeioffizier gesagt: Sie provozieren ja das Publikum. — Da die Zeugin keine unmittelbar mit dem Verhalten des Angeklagten in Beziehung stehende Angaben zu machen hatte, so schritt der Vorsitzende die Fortsetzung ihrer Aussage ab.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hielt es jedoch für unerlässlich, daß um ein richtiges Bild des vorliegenden Falles zu gewinnen, auch über das Verhalten der Polizei an jenem Abend Beweis erhoben werden müsse. Er beantragte deshalb die Ladung des Grafen Hoensbroech, der auch an dieser Stelle seine Wahrnehmungen über das Vorgehen der Polizei, die er in den beiden Vorprozessen machte, wiederholen sollte. — Das Gericht aber lehnte den Beweisantrag ab, weil sich die Tatsachen, die Graf Hoensbroech bekunden sollte, nicht auf den vorliegenden Fall bezögen.

Somit war die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt bezeichnete die Angaben der Polizeibeamten als nicht widerlegt und beantragte, den Angeklagten mit 10 M. zu bestrafen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld begann sein Plädoyer mit der durchaus zutreffenden Bemerkung, daß auch in diesem Falle ein Unrichtiger auf die Anklagebank gekommen sei. Die Polizei gehöre auf die Anklagebank. Denn auf ihre Eingreifen, auf ihre ungesetzlichen Maßnahmen sei es zurückzuführen, daß im Publikum Erregung Platz griff. An der Hand der Zeugenaussagen wies der Verteidiger nach, daß die Beamten keinen Grund hatten, gegen den Angeklagten einzuschreiten, daß sie sich nicht in berechtigter Ausübung ihres Amtes befanden und der Angeklagte schon aus diesem Grunde nicht bestraft werden könne, selbst wenn er Widerstand geleistet haben sollte. Daß er dies aber nicht getan habe, sei ja durch einwandfreie Zeugen festgestellt worden. Der Verteidiger beantragte, den Angeklagten nicht nur freizusprechen, sondern auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. — Das Verhalten der Polizei sei sowohl in diesem wie in den beiden Vorprozessen in einer Weise beleidigt worden, daß er beabsichtige, Strafverfolgung gegen die betreffenden Beamten zu stellen. Er wünsche, daß alle Leute, welche Angaben machen können über Ausschreitungen der Polizeibeamten nach der Herrer-Versammlung in der „Neuen Philharmonie“, so handeln, wie Frau Leonardi, das heißt, sich als Zeugen für das Strafverfahren gegen die Polizeibeamten melden, damit festgestellt werden könne, daß, wenn Zusammenstöße stattgefunden, es immer die Schutzleute seien, welche die Zusammenstöße verschuldeten.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil die entgegenstehenden Angaben der Zeugen kein klares Bild der tatsächlichen Vorgänge ergäben und der Vorgang deshalb als nicht aufgefärlt gelten müsse. Da das Gericht zu einem non liquet (bleibt unauferklärt) gekommen sei, habe die Frage, ob die Beamten rechtmäßig handelten, nicht geprüft werden brauchen. Deshalb sei dem Antrag, die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzuerlegen, nicht stattgegeben worden.

Daß nicht nur Polizeibeamte in Ausübung ihres Amtes, sondern auch Richter manchmal nervös werden können, bewies ein Zwischenfall, der sich während der Verhandlung ereignete. Der Verteidiger wandte sich zu dem Angeklagten, um leise mit ihm einige Worte zu wechseln. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Löffler, unterlegte ihm das, weil es die Verhandlung störte. Der Vorsitzende verlangte, der Verteidiger solle, wenn er mit dem Angeklagten sprechen wolle, eine kleine Pause beantragen, die ihm ohne weiteres, gewährt werde. — Rechtsanwält Rosenfeld bezeichnete es als sein ungeweisbares Recht, jederzeit, auch ohne Pause, mit dem Angeklagten zu sprechen. Die Verhandlung werde dadurch nicht gestört. — Als sich der Verteidiger bald darauf wieder zu dem Angeklagten umwandte, wandte sich der Vorsitzende an den Staatsanwalt. Dieser beantragte, der Verteidiger in eine Angehörstrafe von 20 M. zu nehmen, die das Gericht nach längerer Beratung auch verhängte. Beschwerde gegen diesen Beschluß ist natürlich sofort eingelegt.

Auch gegen das Urteil legt hoffentlich der freigesprochene Angeklagte Berufung ein, weil nicht auch die ihm erwachsenen notwendigen Ausgaben der Staatskasse aufgelegt sind. § 499 Str.-Pr.-O. gibt freilich dem Gericht nur die Befugnis, legt ihm also nicht die Pflicht auf, auch diese Lasten im Fall eines Freispruchs der Staatskasse aufzuerlegen. Aber der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht es zum mindesten, in all den Fällen auch die dem Angeklagten erwachsenen Ausgaben der Staatskasse aufzuerlegen, in denen die totale Unschuld des Angeklagten so wie hier sich evident herausgestellt hat. Der Vorfall zeigt, wie außerordentlich bedenklich es ist, auf Grund der Angaben von Polizeibeamten, die infolge der höchst überflüssigen unter dem Titel „zur Aufrechterhaltung der Ordnung usw.“ erteilten Befehle naturgemäß aufgeregter sind, Anklage zu erheben. Hielt das Polizeipräsidium das Massenaufgebot an Schutzleuten aller Gattungen für erforderlich, so hätte es die nicht gar so große Mühe nicht scheuen sollen, durch Aufstellung von Sinematographen und Phonographen die Vorfälle selbst zu fixieren. Diese objektiven Zeugen hätten dem Präsidium selbst das von den Zivilzeugen gezeichnete Bild so klar präsentiert, daß auch dem anklageberechtigten Polizeipräsidenten und Staatsanwalt die Lust zur Erhebung einer Anklage gegen die Mitglieder der Zivilbevölkerung wohl vergangen wäre. Die Verhandlung hat wie die am Donnerstag stattgehabte reichliches Material zur Anklage und Verurteilung der Polizei beigebracht. Jureit beklagt sich der Polizeipräsident und mehrere Polizeikommissare, wie wir neulich bereits erwähnten, darüber, daß das Publikum auch in nichtpolitischen Fällen, in denen es sich um polizeiliches Vorgehen gegen Einbrecher, Zuhälter usw. handelt, so selten zugunsten der Polizei einschreite. Vielleicht befehlet der gestrige und vorgestrige Prozeß auch die Polizeibeamten über die Gründe zu dieser Abstinenz. Werden harmlose Bürger polizeilich so attackiert und provoziert, wie die Verhandlungen zeigten, — wer soll annehmen, daß die danach so gemeingefährliche Polizei auch einen Kampf gegen wirklich gemeingefährliche Elemente führt?

Partei-Angelegenheiten.

Die Kreisgeneralversammlung für Niederbarnim findet am Sonntag, den 9. Januar 1910, mittags 12 Uhr, in Rummelsburg, „Café Bellevue“, statt. Auf der Tagesordnung steht: „Berichterstattung vom Preussischen Parteitag“. Für Mitglieder, die den Verhandlungen beiwohnen wollen, dient als Legitimation das Mitgliedsbuch.

Britz-Budow. Dienstagabend 1/9 Uhr findet im Landhaus, Chausseestraße 97, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Referent: Genosse E. W. H. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Stralaun. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 9. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Steinigte, Alt-Stralaun 5, statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung und der Funktionäre. 2. Neuwahl der Bezirksleitung und der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Abtreshof. Dienstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wöllstein, Wismarstr. 24: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Warum sind wir für die Eingemeindung mit Köpenick?“ Referent: Genosse H. Hildebrandt. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Den Genossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß die Bibliotheksstunde am Sonntag, den 9. Januar, vormittags von 10—11 Uhr, stattfindet. Die Bibliothekskommission.

Reinickendorf-Ost und West. Sonntag, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitungen.

Berliner Nachrichten.

Blindenarbeit und Blindenverdienst.

Für Blinde unterhält die Stadt Berlin einige Fürsorgeeinrichtungen. Zu ihnen gehört eine Beschäftigungsanstalt, die den Blinden Gelegenheit gibt, durch Arbeit ihr Brot zu verdienen.

Die Beschäftigungsanstalt für Blinde ist untergebracht im Hause Oranienstr. 26. Die Blinden müssen täglich zur Anstalt kommen, um dort die ihnen zugewiesene Arbeit auszuführen. Für ihre Führung nach und von der Anstalt haben in der Regel sie selber zu sorgen, doch kann denen, die in entfernteren Stadtteilen wohnen, aus Stiftungsmitteln ein Führer gestellt oder Fahrgeid gewährt werden. Die Arbeit, die durch Vermittlung dieser Anstalt gegeben wird, besteht für männliche wie für weibliche Blinde hauptsächlich im Stuhl- und Korblekten und im Bürsten- und Besenbinden; mit Nadelarbeit und mit Blindenschriftsdruck werden nur einzelne Personen beschäftigt. Im Etatsjahr 1908/09 hatte die Beschäftigungsanstalt zu Beginn des Winters 175 Teilnehmer, 90 männliche und 85 weibliche. 162 davon arbeiteten täglich von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr in den verschiedenen Betrieben der Anstalt, 13 wurden nur an drei Tagen jeder Woche für einzelne Arbeitsstunden beschäftigt. Diese 13 Blinden, nur weibliche, leisteten Nadelarbeit. Die anderen 162 wurden in folgender Weise beschäftigt: mit Stuhlflechterei 30 männliche und 23 weibliche, mit Korblecterei 33 männliche, mit Bürstenbinderei 5 männliche und 23 weibliche, mit Besenpuderei 22 männliche und 24 weibliche, mit Blindenschriftdruck 2 weibliche.

Wie viel verdienen die Blinden mit diesen Arbeiten? Im Etatsjahr 1908/09 wurden den Teilnehmern 55 874 M. Lohn ausbezahlt, für 53 Stuhlflechter 8434 M., für 33 Korblechter 11 043 M., für 28 Bürstenmacher 8880 M., für 46 Besenmacher 25 956 M., für 13 Handarbeiterinnen 388 M., für 2 Druckerinnen 1174 M. Die Lohnbeträge wurden dem Erlös vom Verkauf der gefertigten Waren entnommen. Bei gleichmäßiger Verteilung auf alle 175 Teilnehmer ergäbe sich für jeden ein Lohn von nur 26,60 M. pro Monat, bei gleichmäßiger Verteilung innerhalb der verschiedenen Arbeitsbetriebe ergäbe sich als durchschnittlicher Monatslohn: für jeden Stuhlflechter 13,45 Mark, für jeden Korblechter 29,78 Mark, für jeden Bürstenmacher 22,86 Mark, für jeden Besenmacher 44,26 Mark, für jede Handarbeiterin 7,46 Mark, für jede Druckerin 58,70 Mark. Die 13 Handarbeiterinnen konnten, wie schon gesagt, immer nur für einige Stunden pro Woche beschäftigt werden. Dagegen verweilen alle anderen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Anstalt täglich 8 Stunden, wovon nach Angabe des Verwaltungsberichts der Blindendeputation 7 Stunden als Arbeitszeit anzusehen wären. Selbstverständlich haben nicht alle das volle Jahr hindurch zu den Teilnehmern gehört, auch wird vielleicht nicht immer für alle Teilnehmer Beschäftigung vorhanden gewesen sein. Der Bericht sagt leider nichts hierüber.

Manche Teilnehmer der Beschäftigungsanstalt für Blinde werden gewiß noch privatim sich nach Arbeit umtun. Es ist indes zu vermuten, daß durch Vermittlung der Anstalt es ihnen erleichtert wird, regelmäßige Beschäftigung zu finden.

Wie wir hören, sollen die Bezüge der Blinden für ihre Tätigkeit im kommenden Etatsjahre eine Besserung erfahren. Das tut auch dringend not.

Die Arbeiter-Bildungsschule

beginnt am morgigen Sonntagvormittag um 10 Uhr in ihrem eigenen Schullokal, Grenadierstr. 37, mit der Nationalökonomie die Kurse dieses neuen Unterrichtsquartals. Dem Sonntagskursus in Nationalökonomie, den wieder Genosse Grunwald abhält, folgt am Montag der Kursus in Naturkunde vom Genossen Oskar Cohn, am Donnerstag die Rednerschule des Genossen Grunwald, am Freitag Gewerkschaftswesen vom Genossen Dittmer und Sonnabend Geschichte vom Genossen Bloch. Außerdem hält die Schule wieder einen Fortschrittskursus in Nationalökonomie durch den Genossen Julius Vorhards ab, der erst am 27. d. M. beginnt, und in Lichtenberg-Rummelsburg einen Kursus über Geschichte durch den Genossen Kahrenstein, der am 13. d. M. anfängt.

Wie dieser Lehrplan zeigt, hat sich die Schule auch in dem neuen Quartale aus guten und oft erprobten Gründen wieder auf das wesentlichste und notwendigste Wissen für die klassenbewußte Arbeiterschaft beschränkt. Die Schule hat damit auch in steigendem Maße ihre Aufgabe erfüllt und sich den Dank der Arbeiterschaft von Groß-Berlin immer wieder reichlich verdient. Dieser Dank soll aber nicht so sehr in der innerlichen Anerkennung sich betätigen, als vor allem in einem immer stärkeren Besuch der Schule. In dieser Hinsicht ist noch manches zu bessern, und das neue Quartale gibt Gelegenheit, Besserung durch noch stärkeren Besuch zu zeigen.

Der Besuch der Schule wird in dem jetzt beginnenden Quartale auch um deswegen wohl mit Recht einen solchen stärkeren Umfang annehmen, als die Berliner Genossen und Genossinnen in diesem Quartale nicht so sehr von Wahlen und anderen politischen und

gewerkschaftlichen Aufgaben in Anspruch genommen sind. In dieser Erwartung und mit diesem Wunsche begrüßen auch wir den Schulbeginn.

Die Charité wird in diesem Jahre ihr zweihundertjähriges Bestehen begehen. Im Jahre 1710, als in der Karl die Pest zu wüten begann, ließ König Friedrich I. auch in Berlin Vorkehrungen gegen die Epidemie treffen und draußen, an der Peripherie Berlins ein Pesthaus errichten. Es lag an dem, dem Unterbaume aus angelegten Kanal, der seit Einführung der Freischulen in Berlin für den Hof den Weg nach dem Lustschloß Schönhausen bildete. Auf Stadtplänen aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist dieser Kanal, die Neue Panke, noch zu finden; er verschwand erst in neuerer Zeit und ist noch jetzt teilweise in dem Kanal erkennbar, der den Nordhafen mit dem Humboldthafen verbindet. Das Pesthaus hat glücklicherweise bei seiner Gründung nicht in Funktion zu treten brauchen. Die Pest verschonte Berlin und das Gebäude wurde kurz nach Beseitigung der Gefahr zu einem Hospital und Arbeitshaus bestimmt. Im Jahre 1728 richtete Friedrich Wilhelm I. es unter dem Namen „Charité“ als allgemeines Krankenhaus und zu einer Schule für angehende Ärzte ein. Dieser Bestimmung ist das Gebäude bis jetzt erhalten geblieben, wiederholt durch Umbauten und Umbauten vergrößert, so daß es bereits 1785 gegen 1000 Kranke aufnehmen konnte. In dieser Zeit war der erste königliche Leibarzt gleichzeitig der Chefarzt der Charité. Zwei Ärzte wohnten außerdem im Gebäude, während der Krankenpflege von einem Stabs- und drei Pensionärärzten sowie einer Abteilung der Papiere versehen wurde. Die Arzneyen lieferte die Hofapotheke. Alle übrigen Beamten der Charité unterstanden dem Polizeipräsidenten. Bei der Neugründung im Jahre 1728 hatte der König ein Kapital von 100 000 Taler für die Anstalt ausgegeben und ihr als besondere Einnahme den Erlös aus den Lehrbriefen der Handwerker zugewiesen. Zu gleicher Zeit schenkte Graf Bartenleben dem Hause große Ländereien in der Nähe, später freierherr von Groppendorf 60 000, Graf Arnim 12 000 Taler. Vom Bankier Regelin erhielt die Charité zwei Häuser in Charlottenburg, vom König Friedrich Wilhelm III. die ehemaligen Güter der Gräfin Nichtenau, so daß also die finanzielle Lage des Instituts stets eine gesicherte gewesen ist.

Gleichzeitig mit der Charité ist auch die Charitéstraße entstanden. Ursprünglich ein Zugang zu dem als Pesthaus errichteten Gebäude, bewahrt sie in ihrer Form noch die Richtung der alten Stadtmauer, hinter der sie entlang führte. Erst im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts ist indessen der ganze Stadtteil um die Charité zur Blüte gelangt. Die eigentliche Erschließung der Gegend, die als Stadtviertel den Namen Friedrich-Wilhelmstadt erhielt, erfolgte durch den Seifenfabrikanten Schumann, der 1823 zwischen Charité, Tierärztenschule und Schiffbauerdamm die ersten Häuser baute und nach dem die Schumannstraße benannt ist.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Dezember betragen 81 105,80 M. gegen 66 338,25 M. im Dezember 1908, d. h. eine Tageseinnahme von 2618,25 M. gegen 2199,94 M. im Dezember 1908. Es wurden insgesamt 886 129 Personen gegen 710 476 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Dezember gefahrenen Wagenkilometer (Motortaxi und Anhängewagen) ist von 120 012 des Vorjahres auf 148 568 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 55,33 Pf. gegen 52,64 Pf. im Vorjahre.

Bürgerlicher Weihnachtspräsentenschwindel.

Uns wird geschrieben: „August Scherl, der sich um die deutsche Volksbildung schon manches „Verdienst“ erworben hat, offeriert den Lesern seiner bekannten Interatenplantage seit Jahr und Tag zu Weihnachten die Früchte der deutschen Literatur. In welcher Vermählung da die großen Geister der deutschen Literatur dem Volke geboten werden, mag ein Beispiel an seinen diesjährigen Weihnachtspräsentent geben. Unter anderen Werken war auch Lenau wochenlang in ausgiebigster Bekanntheit im „Total-Anzeiger“ offeriert worden. Natürlich mußte man glauben, daß Lenaus Werke in der Originalform geboten wurden. Hatte man das Buch gekauft, so konnte man beim Nachschlagen die schönsten Enttäuschung erleben. Daß einzelne Sachen wie „Bista“ und „Don Juan“ fehlten, war schon schlimm genug, schlimmer war, daß vielfach die kräftigen Ausdrücke, die Lenau beliebte, abgeschwächt waren und einem zahmen deutschen Spieghelwörterbuch Platz gemacht hatten. Geradezu unerträglich aber ist es, wenn im „Sovonarola“, jener Dichtung, wo Lenau mit der Blasenbrut so energisch ins Gericht geht, nahezu 30 Verse fehlen. So fehlt der Absatz „Das Geloge“ in jenem Werke ganz. Ohne diesen Absatz ist aber der ganze „Sovonarola“ nicht verständlich. Also weil der Dichter hier den pfäfflichen Pöbelern gründlich die Wahrheit gesagt hat und speziell das Verhältnis Papst Alexanders VI. zu der Verginia satirisch geißelt, wird seine Dichtung in gemeiner Weise verstümmelt.“

So leben Scherls „Verdienste“ um die deutsche Literatur und Volksbildung aus. Wie sagt doch Lenau selbst: „Das Licht des Dimmels läßt sich nicht versperren durch Purpurmantel oder dunkle Mütten.“

Christliche Sozialistenbekämpfer.

Daß die Diener der Kirche sich als eifrige Bekämpfer der Sozialdemokratie betätigen, ist nicht Neues, obwohl die frommen Herrschaften immer so tun, als könnten sie kein Wasser sehen. Daß sie diesen Kampf vielfach mit unlauteeren Mitteln führen, ist gleichfalls bekannt. Einen Beitrag zu diesem Kapitel liefert folgendes Interat, das wir im „Total-Anzeiger“ finden; es lautet: „Für ein zuverlässiges Ehepaar, welches ein kleines Geschäft hatte, aber durch Verlust von seitens der Sozialdemokratie vollständig ruiniert ist, suchte ich zum 1. April, eventuell früher eine Stellung als Portier, Rosenbote und dergleichen. Pfarrer Lis. Dr. Dietrich, Berlin NW., Wilschstr. 10.“

Hoffentlich erreicht der Herr Pfarrer Dietrich seinen Zweck, dem Ehepaar, das sich seiner bedient, zu helfen. Wenn in solcher Weise Klageklagen angestellt werden, so ist das immer eine Empfehlung. Das muß vor allem ein Verdiger wissen und weiß er auch. Eine andere Sache ist es, ob die Behauptung des Herrn Dietrich stimmt. Wir bestreiten die Richtigkeit der pastoralen Behauptung so lange, bis der Herr uns nicht Gelegenheit zur Nachprüfung gibt.

Wir wollen zugunsten des Herrn Pastors einwilligen annehmen, daß er sich hat beschwindeln lassen und darauf hineingefallen ist, obwohl man nach der Form des Witzgedichtes ihm nur schwer den guten Glauben zubilligen kann.

Ein Straßenbahnunglück.

Ein heftiger Zusammenstoß, bei dem eine Frau getötet, zwei Männer schwer und ein dritter leichter, aber auch erheblich verletzt wurde, ereignete sich in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr vor dem Hause Müllerstr. 108, an der Burgdorffstraße. Dort stieß der Straßenbahnwagen 1708 der Linie 25, Charlottenstraße—Ziegel, der nach Ziegel hinausfuhr, mit dem Kraftomnibus 1807 der Linie Hallesches Tor—Müllerstraße so heftig zusammen, daß beide Wagen schwer beschädigt und viele Insassen verletzt wurden. Die meisten Fahrgäste kamen mit unbedeutenden Wunden davon. Am schlimmsten erging es der Kaufmannsfrau Elise Weismann aus der Müllerstraße 108a. Sie erlitt lebensgefährliche Quetschungen und das linke Bein wurde ihr fast abgerissen. Die Verunglückte liegt im Virchowkrankenhaus bereits gestorben. Der Lazaretier Albert Kroske aus der Turiner Straße 4 erlitt einen Verdenbruch. Der Arbeiter Paul Bernko aus der Buchstr. 6 starke Verletzungen am Schenkel und am linken Arm, der Tischlermeister Adolf Martin aus der Müllerstr. 139 leichte Verletzungen an der linken Hüfte. Alle drei wurden ebenfalls nach dem Virchowkrankenhaus gebracht. Martin konnte, nachdem er einen Verband erhalten hatte, nach Hause entlassen werden, Kroske und Bernko sind so schwer verletzt, daß sie in der Anstalt bleiben mußten. Die Schuld an dem Unglück wird beiden Fahrern zugeschrieben.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und getötet wurde gestern der Müllkutscher Hugo Elmer aus Weihensee. Der Mann stieg während der Fahrt an der Ecke der Seydlitz- und Lehnertstraße auf die Deichsel, um an den Hügeln etwas in Ordnung zu bringen. Er verlor das Gleichgewicht und fiel so unglücklich auf das Pflaster, daß ihm ein Vorder- und ein Hinterrad über Kopf und Brust gingen.

Die Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung wird am Montag, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, auf einem Vortragabend der Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, zur Erörterung kommen. Referieren werden Herr Dr. Brunn, Vorstandsmittglied der Landesversicherungsanstalt Berlin, und Fräulein Margarete Bernhardt. Einladungen zu dem im Gewerbegericht (Zimmerstraße 90/91) stattfindenden Vortragabend versendet die Geschäftsstelle der Ortsgruppe, Berlin SW. 11, Hakenplatz 8 III.

Ein gefährlicher Schlafstellenschwindler treibt gegenwärtig im Norden Berlins und in den nördlichen Vororten sein Wesen. Der Gauner sucht zumist Zimmervermietern auf, die Willen sind und mietet nur solche Schlafstellen, die schon bewohnt werden. Er läßt sich von der Vermieterin gut bewirten, um dann am nächsten Tage unter Mitnahme von allerlei Gegenständen zu verschwinden. Mit Vorliebe eignet sich der Verbrecher Kleidungsstücke seiner Schlafgenossen und deren Papiere an. Derartige Manöver hat der Schwindler in der Brunowstraße, Schloß- und Bahnhofstraße in Zehlendorf, in Reinickendorf und in der Müller- und Paulstraße in Berlin verübt. Der Gauner ist etwa 22 Jahre alt und macht einen vertrauenswürdigenden Eindruck. Er ist etwa 1,70 Meter groß, hat dunkles Haar und einen kleinen hellblonden Schnurrbart. Bekleidet ist er mit braunem Jacketanzug, schwarzem Winterüberzieher, schwarzem steifen Hut und schwarzen Schnürstiefeln. Allem Anschein nach ist der gefährliche Schlafstellenschwindler der aus Jüterburg gebürtige, 20jährige Schlosser Wilhelm Neumann, in dessen in dem Verbrechenalbum der Kriminalpolizei befindlichen Photographie einer der Geschädigten seinen verschwundenen Schlafgenossen erkannt haben will.

Feuertwehnmeldungen. Gestern früh um 7 Uhr kam in den Werkstätten der Holzbearbeitungsfabrik von Windbrodt u. Co., in der Liefenstraße 4, Feuer aus. Angeblich waren dort Späne durch Fahrlässigkeit in Brand geraten. Die Flammen hatten bei Ankunft der Feuertwehr eine solche Ausdehnung erlangt, daß kräftig gelöscht werden mußte, um ein Ueberpringen der Flammen auf die übrigen Betriebe zu verhüten. Der 5. Zug hatte in der Wangelstr. 118 zu tun, wo in einer Fahrerstube Möbel brannten. In Weidenweg 20 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden. Wegen eines Spornschneidens erfolgte ein Alarm nach der Zimmerstraße 80 und wegen eines Zimmerbrandes nach der Neuen Königstraße 12. Bereits über 70 Alarme hat die Berliner Feuertwehr im neuen Jahre zu verzeichnen, das in dieser Beziehung „gut“ angefallen hat.

Ein sehr gefährlicher Brand kam gestern früh um 9 Uhr in der Sebastianstraße 5 zum Ausbruch und verursachte der Feuertwehr viel Arbeit. Als das Feuer bemerkt wurde, stand die Maschinenfabrik von H. Schachtmeier auf dem Hofe des Grundstücks nahe der Prinzenstraße schon in gemaßelter Ausdehnung in Flammen. Die schnell alarmierte Feuertwehr fand bei ihrer Ankunft bereits einen großen Brandherd vor. Der Brandinspektor ließ deshalb gleich mit drei Schlauchleitungen von Dampfströmen kräftig Wasser geben, konnte aber trotzdem nicht mehr verhindern, daß zwei Stockwerke ausbrannten. Der erhebliche Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein. Die Abteilung der Fabrik für Vierdruckapparate, Metallwaren, sowie das Billardlager und das Lager für Billardutensilien blieben erhalten. Erst gegen 8 Uhr war das Feuer gelöscht.

Vorort-Nachrichten.

Weihensee.

Die erste Sitzung der Gemeindevertretung in diesem Jahre war von sehr kurzer Dauer. In der Hauptsache wurde ein Straßenregulierungsvertrag mit den Nachbarn Erben gegen drei Stimmen angenommen, der eine Regulierung und Weiterführung der Straßen Lindenallee und Wegstraße vorseht. In der ersten Lesung wurde dieser Vertrag von einzelnen Vertretern auf das Festigste bekämpft und in den Hausbesitzerversammlungen und den Ortsblättern sehr stark kritisiert. Man war deshalb verwundert, daß in der erneuten Verhandlung der ziemlich ausgedehnte Vertrag fast ohne Debatte angenommen wurde.

Nieder-Schönhausen.

In der ersten Gemeindevertretersitzung im neuen Jahre gab der Bürgermeister bekannt, daß er die Wünsche der letzten Sitzung bezüglich der Verkehrsverbesserungen in den Morgen- und Mittagstunden auf der Siemensbahn der Direktion persönlich übermitteln habe. Die Betriebsverwaltung habe erklärt, daß sie gerne bereit sei, einen zweiten Anhängewagen in den angegebenen Stunden mitzuführen, jedoch habe sie dazu noch nicht die Zustimmung des Polizeipräsidenten erhalten. Bürgermeister Abraham hat sich nun bereit erklärt, in der Angelegenheit persönlich beim Polizeipräsidenten vorstellig zu werden, sollte auch dies ohne Erfolg sein, dann müsse von der städtischen Straßenbahngesellschaft die Einführung eines Anhängewagens verhandelt werden. Der Plan des neuen Friedhofes im Schönholzer Forst wurde in der vorgelegten Fassung genehmigt, zugleich gelangten die bisherigen Friedhofbestimmungen und Gebührensätze, an denen nur wenig geändert wurde, zur Annahme. Für die Weisung von Aischenteilen in die neu zu errichtende Urnenhalle werden noch besondere Bestimmungen erlassen. Auf dem neuen Friedhof sind 2514 Grabstellen vorgesehen. Als Stellvertreter für den Armenratsvorsitzer des zweiten Bezirks wurde Herr Rentier Schladowel gewählt. Hierauf folgte eine nicht-öffentliche Sitzung.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung im neuen Jahre am Donnerstag beschäftigte sich zunächst mit der Einführung von 10 neu- oder wiedergewählten Stadtverordneten; darunter befinden sich auch die Genossen August Weiler und Fritz Göbe. Gleich die zweite Vorlage, die Vorstandswahl, brachte eine Ueberreaktion, welche auf das deutlichste beweist, daß der Spandauer Kommunalfreisinn, der einstmals eine so große Rolle hier spielte, vollständig schlafen gegangen und sich mit den reaktionären Konserwativen ganz vermischt hat. Der bisherige langjährige Vorsteher Schröder, ein Freisinnsmann, wurde nicht wiedergewählt, trotzdem der Alterspräsident Stadtrat Schob noch eine lange für ihn einlegte und seine Wiederwahl empfahl. Diese Empfehlung mutete allerdings an wie eine Satire, denn der Stadtrat Schob ist der Vertreter des konserwativen „Spand. Tageblattes“. Der alte freisinnige Vorsteher Schröder, welcher der älteste Stadtverordnete ist und der neun Jahre den Vorsitz führte, vereinigte von 46 abgegebenen Stimmen nur 14 auf sich. 31 Stimmen fielen auf den konserwativen Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des konserwativen Neuen Wahlvereins, Rechtsanwalt Pädik. Er wurde zum ersten Vorsteher gewählt und damit hat die Verammlung dokumentiert, in welchem Maß Wasser sie jetzt segelt. Konservativ bis auf die Knochen. Verdient hat ja der Freisinn diesen konserwativen Rollenüber in vollem Maße, denn bei allen Wahlen, wo er zwischen Konserwativen und Sozialdemokraten den Ausschlag gab, hat er sich mit Haut und Haaren den Konserwativen verrieben. Zum stellvertretenden Vorsteher wurde der Plauermeister Hülsebeck gewählt. Bekannt ist dieser Herr als ein Sozialist. Erster Schriftführer wurde der konserwative Kriegerehrer Kreympf und zweiter Schriftführer der konservative Obermeister der Geschützlehre Hannemann. In den sechsten Ausschuss, der die Vorschläge zu den verschiedenen Deputationen zu machen hat, wurde u. a. auch der Gemosse Pieper gewählt. Gleichfalls wurde Gemosse Pieper in die gemischte Kom-

mission zur Beratung der Revision der Luftbarkeitssteuer gewählt. Von den sonst noch zur Beratung stehenden Vorlagen sei nur erwähnt, daß die Verammlung 107 000 M. zur Herstellung einer unterirdischen Generalarm- und Fernsprecher-Einrichtung bewilligte. Die Ausführung der Arbeiten wird der Firma Siemens u. Schudert u. G. freihändig übertragen. Einige Nummern der Tagesordnung wurden vertagt.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Zu Tode gefahren.

Wegen fahrlässiger Tötung verhandelte die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber gegen den Kutscher Ludwig Klüber. — Am 27. Oktober vorigen Jahres fuhr der Angeklagte mit einem Kießwagen durch die Adersstraße. Als er einen vor ihm fahrenden Kießwagen überholen wollte, schlug er ein unsinniges Tempo ein. Da der Angeklagte außerdem auch noch angetrunken war, achtete er nicht darauf, daß ihm der Arbeiter Hermann Thimm mit einem Handwagen entgegenkam. Er fuhr vielmehr drauflos und peitschte noch auf die abgehenden Pferde los, als er den Arbeiter schon umgestoßen hatte. Der Unglückliche geriet unter die Räder und wurde zu Tode gequetscht. Als der Angeklagte sah, was er angerichtet hatte, versuchte er die Flucht zu ergreifen. Er wurde jedoch von Passanten angehalten und einem Schuhmann übergeben. — Mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten beantragte Staatsanwalt Professor Kempner eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren, um für derartige leichtsinnige Kutscher ein Exempel zu statuieren. Das Gericht erkannte diesem Antrag gemäß auf zwei Jahre Gefängnis, da derartige unverantwortliche Kutscher als eine öffentliche Gefahr anzusehen sind. Sie sind, fügen wir hinzu, nicht minder eine Gefahr für die übergroße Anzahl verständig fahrender Kutscher, weil solche nicht genug zu verurteilende Ausschreitungen eingeleitet ein durchaus ungerechtfertigtes Vorurteil gegen die Kutscher im allgemeinen wachrufen.

Urteil im Prozeß Friedberg.

Das Reichsgericht verwarf gestern, wie und ein Telegramm aus Leipzig meldet, die Revision des Bankiers Friedberg gegen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 1. Mal, hob aber auf die Revision des Staatsanwalts das Urteil auf, soweit Friedberg von der Anklage wegen Vergehens gegen § 313 Abs. 3 des Handelsgesetzbuches freigesprochen worden ist. Im übrigen wurde die Revision des Staatsanwalts gegen die teilweise Freisprechung Friedbergs und Wobas verworfen.

Vermischtes.

Schloßbrand in Athen.

Ein großer Brand hat vorgestern abend bis in die Nacht hinein den königlichen Palast in Athen verheert. Nach offizieller Angabe ist seine Entstehung auf einen Zufall zurückzuführen. Ein um Mitternacht in Athen ausgegebenes Telegramm berichtet: Zur Bewältigung des Brandes im königlichen Palaste sind Truppen herangezogen worden, die versuchen, das Feuer auf das obere Stockwerk zu beschränken. Auch die Mannschaften der in der Nacht von Thaleron anrudernden fremden Kriegsschiffe sind zur Hilfeleistung herbeigeeilt. Um 11 Uhr abends schien es, als ob das Feuer auf das obere Stockwerk des Mittelbaues beschränkt sei. Man hofft, die königlichen Gemächer zu retten. Die Entstehung des Brandes wird von den einen auf Kurzschluss zurückgeführt, andere sagen, das Feuer sei in der Kapelle ausgebrochen. Um 1¼ Uhr war das Feuer fast gelöscht. Die Seitenflügel des Schlosses konnten gerettet werden, aber der Mittelbau, der den Trophäen-, den Thron- und den Empfangsaal enthielt, ist eingestürzt worden. Die kostbaren Erinnerungen an den Unabhängigkeitkrieg, mit denen diese Säle geschmückt waren, sind jedoch geborgen worden. Das Schloß war gegen Feuer Schaden nicht versichert, wohl aber das Mobilien in Höhe von 1 200 000 Fr.

Töblicher Mord eines Kapitäns. Einer Meldung aus Wittenberg zufolge ist gestern abend im Hafen der Kapitäns des Dampfers „Weiser“ namens Seidel aus Dorstowitz in Sachsen, als er im Begriff war, sich nach dem Dampfer zurückzubewegen, abgefeuert und hat sich dabei das Genick gebrochen. Er stürzte vom Kai auf einen darunter befindlichen Kahn und dann ins Wasser. Hier wurde er bald herausgezogen, doch war der Tod inzwischen eingetreten. Mit den Rettungsbereiten beschäftigt, stürzte ein Heizer des Dampfers ebenfalls in die Elbe. Er konnte aber gerettet werden. Seidel war im Begriff, sich zur Hochzeit seiner Tochter nach Berlin zu begeben.

Opfer des Eises. Wie eine Meldung aus Deuthen besagt, brach auf dem Dampfsteigen Ziegleiteich die Eisdecke ein. Während die meisten Schlittschuhläufer gerettet werden konnten, wurden zwei 16jährige Knaben und ein 13jähriges Mädchen nur als Leichen geborgen.

Unfall beim Brückenbau. Beim Bau der großen Verladebrücken der Altonaer See- und Lagerbahngesellschaft wurden, wie von dort gemeldet wird, durch einen abgleitenden Balken zwei Arbeiter getroffen. Der eine wurde in 20 Meter Höhe zwischen dem Gerüst und dem Balken eingeklemmt. Die Feuertwehr barg ihn nach zweieinhalb Stunden als Leiche. Der andere wurde schwer verletzt in das Krankenhaus geschafft.

Tragik einer Familie. In Esanabpalota, wo eine Diphtherieepidemie herrscht, starben Ludapester Meldung zufolge in der Familie des Grundbesizers Valent Blasko alle fünf Söhne im Alter von 12 bis 10 Jahren an einem Tage in Zwischenräumen von je einer Stunde.

Mühsamer Millionenfund bei einer Leiche. Aus Budapest wird gemeldet: Arbeiter fanden auf dem Wege nach Oberberg und Deutschau an dem Haken einer Telegraphenstange die Leiche eines Mannes aufgehängt. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um einen Mord oder Selbstmord handelt, jedenfalls kann aber kein Raubmord angenommen werden, denn in seiner Handtasche, die neben dem Toten lag, fand man 1½ Millionen Rubel.

Folgen schwerer Eisenbahnzusammenstoß.

Aus Foggia wird gemeldet: Bei dem hierigen Bahnhof stieß Donnerstag abend ein Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen; drei Personen wurden getötet und fünfzehn verletzt.

Opfer des Schneesturms. Londoner Meldung zufolge haben die ungeheuren Schneefürne der letzten Tage zahlreiche Opfer gefordert. So berichtet man aus Waiteheone, daß 42 Menschen im Schneesturm ihr Leben verloren haben. Mehrere Nachrichten kommen aus zahlreichen anderen Orten. Die Mannschaften von 25 Fischerbooten sind jetzt in Gefahr, nachdem sie furtsbare Strapazen und Gefahren durchgemacht hatten. Sie waren zwei Tage von aller Welt abgeschnitten. Trog Hunger und Kälte bewachten sie den größten Mut und die größte Kaltblütigkeit und arbeiteten sich mit übermenschlicher Anstrengung aus den Schneebergen heraus. Sie wurden vollständig erschöpft aufgefunden. Man hofft, sie sämtlich am Leben erhalten zu können.

Glätte in New York. Nach einer Meldung aus New York war gestern die ganze Stadt mit einer Glätte bedeckt. Von 6 Uhr abends fiel ein starker Regen, der bei der großen Kälte sofort froz und das Gehen in den Straßen vollständig unmöglich machte. Der Verkehr stockte gänzlich; viele Fußgänger gebrauchten Schlittschuhe, um nur vorwärts zu kommen. Hunderte von Anfallen fanden statt und 288 schwerer Verletzte wurden in die Hospitäler geschafft, um dort behandelt zu werden. Das Glätte währte glücklicherweise nur eine Stunde, schon nach 7 Uhr trat ein starker Tau ein.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, **Samstag** **abends** von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. **Sonntags** beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Ratgeber ist ein Buchhalter und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Veranwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gültige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

E. S. 100. Eine Unterbrechung im angelegten Sinne ist unzulässig. — **Schmann, Treptow.** Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Vinsingerstr. 66 bei Hing. — **Alter Abonnent 100.** In einer Abhandlung der erbetenen Zeit eignet sich der Briefkasten einer Tageszeitung nicht. Im II. Teil des Berliner Adressbuches finden Sie Fachzeitschriften angegeben, die Ihnen gemäß fachgemäße Bezeichnung angeben lassen. — **Kuh.** Ermitteln Sie zunächst den Kaufpreis des angelegten Tieres und teilen Sie uns denselben dann mit. — **M. C. 50.** Fortsetzung ist Ihre Arbeit Regge, Berlin, Dammstr. 21. — **Vormünder.** Die Vereinsverwaltung ist in Berlin so groß, daß wir wirklich nicht wissen können, ob auch noch Arbeiter-Vereine

„Spielvereine“ existieren. — **E. S. 62.** Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion Geschäftsbüro u. a., Berlin, Mitte Leipzigerstr. — **E. S. 44.** 1. Setzen Sie sich mit dem Rektor der Schule in Verbindung, die Ihr Sohn zurzeit besucht, und mit dessen Empfehlung wenden Sie sich an das Rektoratium des betreffenden Gymnasiums. 2. In der Regel wird der „Lautschlein“ bei der Aufnahme gefordert. — **Question 1.** Die Bezugsbedingungen der Zeitung werden am Kopfe derselben zu finden sein. Uns nicht bekannt. — **E. S. 25.** Der übliche Beruf kann so verschiedene Ursachen haben, daß wir Ihnen empfehlen, einen Sachverständigen zu befragen. — **P. S. 1.** Sie und die Buchhandlung mitteilt, kommt Willes Roman „Die Abendburg“ in den „Freien Stunden“ angefragt zum Ausdruck. — Die literarischen Kritiken im Unterhaltungsblatt sind von denen der „N. Z.“ ganz unabhängig. — **E. S. 38.** Sie würden zunächst Ihre Forderung einbringen und dann die Beizugsnahme beantragen müssen. Dem letzteren Antrage kann stattgegeben werden. — **E. S. 12.** Das neue Reichsteuernempfehlungs ist am 1. Juli 1909 in Kraft getreten. Dies haben wir, ebenso wie die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes, am 1. Juli mitgeteilt und seitdem wiederholt, so im Briefkasten vom 25. Dezember, nochmals die Bestimmungen dargestellt. — **M. S. 46.** Wenn das Gebraue am 1. Februar noch nicht ein Jahr im Dienst war, ja. — **Muh.** Die Reiten richten sich nach der Höhe des Objektes. Nur Ihre Tochter, nicht Sie als Vater, haben für die Kosten aufzukommen. — **M. S. 100.** Zu Lebzeiten können die Eltern über ihr Vermögen verfügen wie sie wollen. Unter Müttervertrag versteht man einen Vertrag, durch den ein Grundstück verkauft wird, dem Käufer aber die Verpflichtung auferlegt ist, bis ans Lebensende des Verkäufers diesem einen Mütter (Wohnung, Geldzahlung, Taschengeld usw.) zu gewähren. — **M. S. 1.** Ja; die Geburtsurkunde ergibt die diesbezügliche Angabe. — **E. S. 13.** Nach dem Inhalt des Vertrages haben allein Sie die Steuer zu zahlen. Die Bestimmung des Vertrages ist gültig. — **Lautschlein.** Die Mutter allein ist in Ihrem Falle berechtigt, darüber zu verfügen, in welcher Religion das Kind getauft und erzogen werden soll. — **M. S. 2.** Nein. — **E. S. 25.** 1. Innerhalb eines Jahres nach der Heirat kann die junge Ehefrau Rückzahlung der Hälfte der Anwaltskosten beantragen, wenn

vor der Heirat mindestens 200 Mark geleistet waren. Erfolgt Rückzahlung, so erlöschen alle weiteren Rechte aus der Versicherung. Diese wird schon dadurch ermöglicht, daß mindestens 40 Mark innerhalb je zwei Jahre geleistet werden. Durch die Beitragsversicherung erhält die Versicherung das eventuelle Recht auf Invalidenrente, Altersrente, Invalidenrente auch für den Fall der 26 Wochen übersteigenden Krankheit sowie auf Aufnahme in eine Heilstätte. 2. Ein Recht auf Naturalisierung hat ein Nichtdeutscher nicht. Die Behörde kann dem Antrag stattgeben, ist aber nicht dazu verpflichtet. — **K. S. Probenzeiler.** 1. und 2. Nein, 3. Ja.

Witterungsüberblick vom 7. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.	Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.
Schwetzingen	776	SW	2	-7	Zaparanda	759	SW	—	-7
Quedlinburg	779	SE	3	-19	Petersburg	772	SE	1	-19
Berlin	777	SE	—	—	Sethi	774	SE	4	—
Kranz. a. M.	778	ND	1	—	Schroben	771	SE	1	—
Rindeln	780	D	3	—	Paris	777	ND	1	—
Wien	779	W	1	—					

Wetterprognose für Sonnabend, den 8. Januar 1910.
Biswäglich mild, zeitweise aufklarend, vielfach neblig bei meist schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 8. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ein Kaskaden-
Königl. Schauspielhaus. Die
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Die Dalkow.
Neues königl. Operntheater.
Geöffnet.
Denkmal. Der Ebersteinigen
Bühnen.
Kammertheater. Das Heim.
Neues Schauspielhaus. Alt-Geibel-
berg.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenpark.
8 1/2 Uhr: Die goldene Märchenwelt.
Abends und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der
Eigenerbaron.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Heineidbauer.
Voltsstück in 3 Akten von Ludwig
Ansgenruber.
Abends 11 Uhr:
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Heineidbauer.
Montag, abends 8 Uhr:
Hilf Hobba.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Lustspiel in 5 Akten v. B. Shafespeare.
Abends 10 1/2 Uhr:
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Montag, abends 8 Uhr:
Gespenster.

Zipkus Schumann
Sonnabend, 8. Januar 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Galavorstellung.
Auftritt des Kommissionsrat
Gustav Stensbeck
als Gast, Direktor des Berliner
Tatterfahrs, mit seinen neuen her-
vorragenden Schulscherden Eisen-
berg, Ten Drugg, Had Dule.
Original-Bagonghi,
der kleinste komische Netter
der Welt.
Sergeant Brennan,
der beste Diabolospieler.
D. Amerikaner de Marlow
in seinen unerreicht. Produktionen.
Um 9 Uhr Abends 11 Uhr
Die drei Rivalen.
Große Fecce in 5 Akten.
Morgen: Zwei Vorstellungen.

Zirkus Busch.
Neu! Sonnabend, den 8. Januar,
abends 7 1/2 Uhr, präz.:
Gal-Vorstellung.
Zum ersten Male:
Herr James Mills, Schulleiter, auf
Wiethrop, engl. Vollblut v. Haima
z. d. Maggio Gray.
Ferner: Die Morandins,
Mons. Colon mit dressierten Affen.
Herr E. Schumann, Orig.-Dress
Reitfamilie Prosper.
Zwergelowa Francois, Kunsttrot.
9 1/2 Uhr:
Die neue russische Fantomime
Marja.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 9. Januar, nachm.:
Kümmere Dich um Amelie.

Volks-Oper.
SW, Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
Nachmittags 4 Uhr bei bedeutend er-
mäßigten Preisen:
Der Kampf um Schneewittchen.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Afrikanerin.

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165, Paschorypal.
Märchen
Indische Witwen-Verbrennung
Täglich 7 1/2 Uhr abends. X Sonntags zwei Vorstellungen.
Heitere Künstler-Abende.
Vom 10. d. M. ab:
BOCKBIERFEST.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 9. Januar 1910:
Die Tochter des Kommerzienrats.
Lustspiel in 4 Akten v. Fr. Stoll.
Reperitorität d. kgl. Schauspielhauses.

**Erster großer Metropol-
Theater-Ball.**
Beginn 11 Uhr.
Morgen nachm. 3 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Abends 8 Uhr:
Hallo!!!
Die große Revue!

Luisen-Theater.
4 Uhr: Große Kinderdarstellung.
Gänzel und Gretel.
Kindermärchen in 5 Bildern.
Abends 8 Uhr:
**Die Reise um die Erde in
80 Tagen.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: Gib mich
frei. 8 Uhr: Die Reise um die Erde
in 80 Tagen.
Montag Premiere: Lolos Vater.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.
Faust.
Kragelbe von Goethe. I. Teil.
Nachm. 4 Uhr: 1000 und eine
Nacht.
Sonntag 3 Uhr: Michael Kohl-
hans. 8 Uhr: Faust.

**Gr. Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.**
U. a. 1. 8866L.
Bar. Muckl's Bauernkapelle | Andr. Hofor-Truppe, Schuh-
Neue Well-Orchester | Die bold. Original-Goasbuam
Vollständig neue Dekoration.
Diensttag und Donnerstag: Elitstage.
Anfang: Sonntag 5 Uhr. Entree: Sonntag 50 Pf.
Wochentags 7. Wochentags 30.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Sacherfolg!
Der Obergauner.
Lustspiel in drei Akten von M. S. L.
Vorher: Das erstklassige bunte
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Trudens Sommerreise.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Leasing-Theater.
8 Uhr: Lantio der Narr.
Sonntag, 8 Uhr: Das Konzert.
Montag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
8 Uhr: Hohe Politik.
Morgen: Hohe Politik.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
**Don Juans letztes
Abenteuer.**
Morgen und folgende Tage:
Don Juans letztes Abenteuer.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der kleine Bauer.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sonnabend, 8. Januar, Anf. 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends 8 Uhr: Die Gaudenlerche.

Gastspiel-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
Neu! Sonnabend 8 Uhr: Premiere.
Lady Florence
Der Polizeihund.
Kriminalstück.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Polizeihund.

WINTERGARTEN
Neues Programm
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-
Abende“
sowie die sensationellen
Januar-Attraktionen!
Morgen
Nachmittags-Vorstellung.
Kleine Preise. Anfang 8 1/2 Uhr.
Herrnfeld
Theater
Romanbantenstr. 57. T. u. 4. 6083.
„So muß
man's machen“
Bücherei mit Gesang in 2 Akten,
Ruf von A. Hül, mit den Autoren
Anton und Oskar Herrfeld in den
Hauptrollen. Dienstag
Ein Rettungsmittel
Komödie v. J. Huna.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis
2 Uhr Theaterkasse.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.

Karl Haverland
Anfang Theater präz. 8 U.
77/79 Romanbantenstraße 77/79.
Das glänzende erstklassige
Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenballei Tor.
Große Extra-Beimlecken-Vorstellung.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Lustspiel in 5 Akten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr Kinder-Vorstellung!
Mag und Moritz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner-Sänger
Der Nachwächler
von Zerpenschenke.
Stadtbild
A. F. Meysel
Anfang:
Wochentags
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

**Apollon
Theater**
Die neuen Spezialitäten.
Lotte Sarrow in ihrer amerc.
Stich:
„Die Ehebrecherin“.
Prolongiert!
Schimppanse
Konrad James Grant.
Prinz Pinco, Singspiel mit
Henry Bender.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Macara-Rossi
Schneider Duncker
Mlle. Farfalla
und das sensationelle
Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

Königstadt-Kasino.
Solgmarktstraße 72.
Gänzlich neues Programm
mit **Franz Sobanski,** Wini
Reumann, Fritz Weidner, Lisa Goltz,
Neubert und Res, Viktor Ritter,
Geschw. Weiss, Alrobat, Fridolin
König, Selon-Abtlet.
Fanny's Witwenschmerz
Schwan in 1 Akt von O. Richter.

Berliner Uik-Trio.
Felix Schoner
Stralanderstr. 1.
Für den Jubel der Jüsterate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börje.
**Das brillante
Januar-Programm!**
Ruth St. Bahda,
Ginubutempantomime,
Otto Müller-Römer,
Brothers Sundermann,
Ilkete MIB Jenny,
Mr. Kroton
mit seinem rednenden Bunderhund
u. a. m.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Helmer.
Sonnabend, 8. Januar:
Große Extra-Vorstellung.
Anf. 8 1/2 Uhr. Cabaret-Abend! 8 Uhr
Auftritt eines urklassigen
Künstler-Personals!
Glänzendes Programm!
Bunt. Teil, Ueber, Burlesken,
Aktuelle Schlager, Solo-
szenen, Einakter.
Morgen: **Großer Ball.**
Morgen Sonntag: Elho-Solero, Tanz.
Mittwoch: Theater-Abend.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstraße 20.
Sonntag, den 9. Januar: Die Grille,
Voltsstück in 5 Akten von Charlotte
Virk-Weißer. Anfang 7 Uhr.
Montag, den 10. Januar: Die Ehe-
brecherin, Schauspiel in 3 Akten
von Schaumberger. Anfang 8 Uhr.

Rippenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
**Alt-Germanisches
Bockbier-Kellerfest**
Die Dekoration ist aus dem
Atelier „Hermann der Chorusker“
aus Teutoburg.
Im oberen Saale: Täglich:
Die glänzenden Spezialitäten.

Verantwortlicher Redakteur Richard Bartz, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Ufede, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsbuchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul
Singer & Co., Berlin SW.

Abzählungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turnstraße 55, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrfährigen Kredit
auf Waren und Möbel.

Credithaus
Gehr. Weber, Neue Königstr. 58.

Lubascher S.
Spandau, Potsdamerstr. 23 I.

Rosenheimer M.
Schöneberg, Kolonnenweg, 9 am Ringbahn.

Weber, Herm., Danzigerstr. 78 I.

Wolter, Carl, Rosenthalerstr. 11.

Zitron & Co., Eckerstr. 10

best. s. 1887. Möbel- u. stoffliche Waren.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick

NO, Landsberger Allee 6/7.

Fernruf VII. 1966 und 1564.

Krüger, E. G. m. b. H., Höchsterstr. 28.

Bäckereien, Konditoreien

Gieschall, Kraftbröt, v. d. Brühl, v. d. Brühl, v. d. Brühl

Extra-Präsente! Bei 10 Fernia-Markten erhält

je 1 Kiste 1 Brotkorb, bei 100 eine Brotkörbe.

Beste und Verste ca. 2000 Niederlagen

Anteilhaber Fabrikant's G. G. Hagen Nachf. Max Hagen, Daldorferstraße 16.

Göken, Brotfabr., Pappelallee 16, Hof.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte

In allen Stadtteilen Berlins

und in Rixdorf.

Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei

Inh.: Paul Hanke.

Läden in allen Stadtteilen.

Herberg, Paul, Amsterdamerstr. 29.

Urodelstr. 17, Burgdorferstr. 14.

Peter's Gross-Bäckerei

In allen Stadtteilen und Östlichen

Vororten: über 50 eigene Geschäfte.

Th. Turban

Landbrotbäckerei, Nieder-

barnstr. 5, Landb. Allee 146.

Ulbrich

Charlottenburg, 24 Filialen.

Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 40/41.

Diana-Bad, Köpenicker Str. 92.

Bad Invalidenstr. 15.

Köpenicker Bad, Köpenicker Str. 178.

Münchener Bad, Münchener Str. 51.

BORUSSIA

Malzbier.

Brauerei „Germania“
Actien-Gesellschaft.
In ca. 100 eig. Ausschanklokale.

4/10 L. Bairisch 10 Pf.,

kl. Weiße 10, gr. Weiße 20 Pf.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenb.

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,

Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Weissensee, G. Endera.

Groterjans

Malzbier.

Hempel, E., Müllerstr. 128/4.

Kahlenberg, A., Müllerstr. 156/6.

Luisenbrauerei Weissensee.

Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern,

N. Prinz-Allee 77, Tel.-A. Moabit, 2021.

Reichler & Co., J. C. A., Weissbierbrauerei,

Berlin C 54, Tel. III, 4317.

Schlossbrauerei Schöneberg.

Schlossbräu - Kronenbräu

in Gebinden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei,

Westend.

Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbier-

brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885.

Strehlow & Co., Weißb., Gerichterstr. 45

Vereins-Brauerei

Rixdorf

Berliner Kindl.

Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle

Friedrichstr. 128, Tel. III, 2542.

Weissbier, C. Breithaupt,

Pallasenstr. 97, Tel.-A. VII, 2634.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

30 Filialen in Berlin O.

Dankler, Otto, 11 Filialen.

Butterhandlung Fritz Muth.

Schulz, Arthur, Rixd., Hermannstr. 25 u. 60

Zu den drei Sternen, 1ahr. Filialen.

Zu den drei Kronen, 23 Filialen.

Cacao, Chocolade

Bier, Gust., Möllerstr. 158.

Cylix, G., Filialen in allen

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.

Hausberg, Willy, Alte Jacobstr. 92.

Heinrich, E., Möllerstr. 13.

Hoppe, Lohringstr. 40.

Krüger, Rich., Köpenickerstr. 116.

Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29.

Liersch, P., Kaiser-Friedr.-Str. 47.

Pohle, Reinb., Schöneberg, Hauptstr. 100

Röpke, G. R., Hohenzollerplatz 15.

Fahrrad-Reiser von Hand um Berlin

Solidaria-Mitglieder Händlerpreise.

Wellmeyerstr. 2. I. Kein Laden.

Schönborn, Willy, Charloug. Schulst. 5.

Färberereien, Wäschereien

Carl Pollnow,

Frankfurter Allee 63.

20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei

Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th.

Osw. Naefe

ärbererei

chem. Wäscherei

Ph. Britz, Rüdowstr. 34

Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 141

Rixd. Kais. Str. 105a, 243

Friedelstr. 24.

Steinmetzstr. 43.

Liebaustr. 23.

Lin. Lausitzerplatz 8.

Warschauerstr. 8.

Schivelbeinstr. 39.

Setzstr. 35, Gröfstr. 82.

Kastanienallee 27.

Bernhardstr. 13.

Bornauerstr. 36.

Goltzstr. 12.

Aksienstr. 4.

Hauptstr. 108.

Stenzel, Paul, in Nord-Berlin.

Fleischhandlungen

Winkler & Bärthold, Bergstr. 5 u. 57,

Kottbuserstr. 28.

Fleischereien u. Wurstw.

Biesold, K. R., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken

kaufen Sie am besten u. billigsten bei

Werner, Erieb, Schüss. Allee 124.

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66.

Belfo, Rud., Chausseest. 55.

Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 120.

Cohn, Simon, Goltzstr. 22.

Frontzel, Albert, Rixdorf, Herz-Str. 226.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer

Str. 118/119.

Haase, Rich., Kastanien-Allee 26.

Jacob, Oskar, Schöneberger Allee 104.

Kehr-Hüte, Friedrichshain 35

(Köpenickerstr. 174).

Krüger, Otto, Prenzl. Allee 210.

Littauer, Fritz, Frankfr. Allee 184.

LOBER-HÜTE

Frankfurter Allee 193

Lucht, Paul, gr. Frankfr. Str. 109.

Mandel's Hutfabrik, Chose. 3.

Nord-Ost, Gr. Frankfr.-Str. 120.

Papst, A., O. 17, Gr. Frankfr. Str. 138.

Parlat, A., Frankfr. Allee 149.

Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27.

Rieck, Em., Geroltestr. 63.

Ring, A., Rosenthaler Straße 99.

Schlesinger, Besikowstr. 43.

Schoer, Herm., Wilmersd. Str. 48.

Vester, E., Damm 18/19.

Wancke, Ernst, Brückenstr. 6a.

Wesner, H., Greifswalderstr. 23.

Zimmer, H., Hermannstr. 108/109.

Zöllner, Julius, Badstr. 22.

Kaufhäuser

Falkenstein, Paul, Hochstädter-

Str. 1.

Emil Hoegner

Schöneberg

Grünwaldstr., Ecke Akazienstr.

Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Siegfried Hirschfeld, Habsgartenstr. 7

Ecke Hohenstaufenstr.

Täglich Eingang von Partien zu

enorm billigen Preisen.

Kaufhaus

Gustav Pinkus

Möllertstr. 155 a,

Möbelmagazine

Balls, Georg, Gubenerstr. 22.

Bauer, R., Landsberger Str. 91a.

Baumgarten, W., gr. Frankfr. Str. 29.

Berliner

Möbelhaus „Norden“, Invalidenstr. 118.

Biesch, Spandau, Schönwaldstr. 11.

Bolle's Möbelstichl., N. Gartenstr. 95.

Bollmann, Carl, Rixd., Boddinstr. 61.

Buchholz, Paul, Stromstr. 45.

Cohn, E., gr. Frankfr. Str. 53.

Coppert, Paul, a. Marheineckeplatz.

Gericke, Fritz, Müllerstr. 143.

Glazeshi, P., Neue Königstr. 24. Gelegen-

heitskäufe L.A.M. No. 5 u. 6, R.

Alexander-

straße 42.

Gorbahn, Landbergerstraße 82,

kein Laden, ev. Teils.

Höhnische, Ad., Brunnenstr. 164.

Hönnicke, Otto, Brunnenstr. 29.

Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.

Janitzkow, F., Turmstr. 45,

Möbelfabrik.

König, A., Rixd., Berlinerstr. 102.

Küchenmöbel, R. L., Berlinerstr. 90.

Lachotzki, L., R., Hermannstr. 15.

Lazarus, L., Petersburgerstr. 52.

Lenner, Hans, Lohringstr. 35,

Möbelgelegenheitsk.

Lüdtke, R. R., Bergstr. 4.

Misch

Siegmund,

Dresdenstr. 15,

auch Teilszahl.

Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a.

Möbel-Gelegenheitskäufe!

Wirtschaften aller Preislagen

Willy Hasemanns Möbel-Haus

Grünwaldstr. 27

Möbel-Kaufhaus, Norden, Möllerstr. 121.

Möbel Krause Möbel

Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude.

Teilszahlungsgestattet

Möbel-Rosien, Allee 57.

Nöbels, Rudolph, Ackerstr. 130.

Nagott, R., Richardplatz 8, Alt, Neu.

Behnke, Marienburgerstr. 11, Lf. Kom.

Conrad, Paul, Frankfr. Allee 171.

Fäse, B., Möllerstr. 163a, Lieferant d.

Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.

Fiebig, C., Winterfeldplatz

Floor, Friedr., Sparr-Str. 17.

Fornmann, E., Yorkstr. 53 am Bahf.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer

Str. 118/119.

Hannes, Gust., Weddingpl. 1.

Horloze, Grassestr. 3, Frankfr. 14.

Heise, Heiner, Badstr. 17. Lieferant

der Konsum-Genossenschaft.

Hübner, C., Rosenthalerstr. 12.

Klein, A., Brunnenstr. 179.

Kuhn, Rich., Frankfr. Allee 118 a.

Masch, Otto, Falisstr. 14, 29, Rabat.

Michling, A., Weidenweg 20.

Oderwald, F., Kottbuserdamm 102.

Oesterling, O., Grüner Weg 107.

Petersen, Osk., Müllerstr. 155.

Räsener, Gelogenheitskäufe

Brunnenstr. 29.

Salomon, J., Petersburgerstr. 53.

Schmidt, Gebr., Fennstr. 45.

Schreier, J., Hermannstr. 52.

Schuhh. Max Koh, Bellealliancestr. 28.

Schönwarenhaus des Westens, York-

Str. 118/119.

Schüler, Wilh., Schönb. Allee 5.

Sommer, Wilh., N. Schönb. Allee 85.

Tauscher, E., Weißb., Köpenickerstr. 51k.

Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 3a.

Wegner, R., Bergstr. 141.

Winter, H., Schönhauser Allee 91.

Zastrow, E. R., Berlinerstr. 71/72.

Stoll, Marie Laender, Brunnenstr. 127.

Teppiche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Rixd., Bergstr. 140.

Graff & Heyn, W

Aus Industrie und Handel.

Schweinepreise.

Von allen Viehpreisen sind die Preise für Schweine im Jahre 1909 am stärksten gestiegen und haben sich für die breite Masse der konsumierenden Bevölkerung höchst unangenehm bemerkbar gemacht.

Table with 4 columns: Year, Berlin (Januar, November), München (Januar, November). Rows for 1907, 1908, 1909.

Der Berliner Preis steht demnach im November um zirka 10 Proz. höher als im November 1908 und um 30 Proz. höher als 1907. In München steht der Schweinepreis um rund 9 Proz. höher als 1908 und um 29 Proz. höher als im November 1907.

Table with 4 columns: City, 1908, 1909. Rows for Breslau, Magdeburg, Dresden, Hamburg, Dortmund, Mannheim, Stuttgart.

Im Jahre 1909 ist nun allerdings in der Art der Preisnotierung eine Änderung eingetreten, die den Vergleich mit den Vorjahren einigermaßen modifiziert.

Annahme des Kohlenverbandes.

Sämtliche deutschen Becken erzielten im Dezember 1909 einen Versand von 947 806 Waggons Kohlen, Koks und Bricketts gegen 818 711 Waggons im Monat Dezember 1908.

Fleischbeschaugebühren. Die Stadtgemeinde Rabensburg hatte — wie viele andere Städte — beschlossen, den Ausfall der Fleischsteuer durch Erhöhung der Schlacht- und Fleischbeschaugebühren zu decken.

Terminhandel mit Getreide.

Durch eine Verordnung des Bundesrats wird demnächst der Terminhandel mit Getreide an der Mannheimer Getreidebörse zugelassen werden. Bekanntlich ist im Jahre 1896 auf Betreiben der Agrarier das Vörsen-Termingeschäft an den deutschen Börsen im großen und ganzen beseitigt worden.

Die überseitsige Auswanderung. Jetzt liegen die Zahlen für die Auswanderung im vergangenen Jahre vor. Es betrug danach die Beförderung von Personen in 1909 gegen 149 647, während im Jahre 1908 nur 78 878 Personen auswanderten.

Eisenproduktion in den Vereinigten Staaten in 1909. Die Eisenproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika betrug im Dezember 1909 insgesamt 2 636 000 Tonnen gegen 2 548 000 Tonnen im November 1909 und 1 741 000 Tonnen im Dezember 1908.

Table with 3 columns: Year, Tonnen. Rows for 1907, 1908, 1909.

Im Monat Dezember 1909 wurde die höchste Produktionsziffer während der drei letzten Jahre erreicht. Die Produktion des Jahres 1909 geht um rund 75 000 Tonnen über die von 1907, um fast 10 Millionen über die des Krisenjahres 1908 hinaus.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Mt. Wedding bei Schulz, Wagstraße 13b. Mt. Wiedorf bei Stahmann, Reuterstr. 48. Mt. Röhrenborfer Straße bei Böhl, Röhrenborfer Str. 25.

Wassersands-Nachrichten

der Landesamt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 6 columns: Wasserland, am 6. 1., seit 5. 1., Wasserland, am 6. 1., seit 5. 1. Rows for Remel, Fregel, Weichsel, Ober-Rathor, Franfurt, Barthe, Rege, Eibe, Dredde, Dardg, Magdeburg.

1) + bedeutet Hoch. — Fall. *) Unterpegel. *) Elbstand. *) eistfrei.



Irrevertur = Ausverkauf.

Beginn heute!

Die bei der stattgehabten Lageraufnahme festgestellten Ueberfüllungen geben uns Anlaß, eine große Anzahl Genres auszusortieren und gewaltige Mengen zum Teil streng moderner Waren zum forcierten Verkauf zu bringen.

Beispiellos billiger Inv.-Ausverkauf folgender Artikel:

- Herren-Anzüge, Herren-Hosen, Phantasie-Westen, Herren-Hüte, Wäsche-Kragen, Schüler-Anzüge, Loden-Joppen, Pelz-Joppen, Geh-Pelze, Gummi-Paletots, Pelerinen-Mäntel, Schaufenster-Piècen, Herren-Paletots, Herren-Ulster, Loden-Havelocks, Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, Knaben-Hosen.

BAER SOHN

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 38 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

An die arbeitende Jugend!

Der Jugendausschuss für Groß-Berlin veranstaltet für die arbeitende Jugend

Sonntags-Veranstaltungen

mit belehrenden Vorträgen. Diese Veranstaltungen sollen aber auch der Unterhaltung und fröhlichen Geselligkeit dienen. Im Anschluss an die Vorträge findet daher ein geselliges Beisammensein mit Rezitationen, Liedern und ersten Instrumental-, Gesangsvorträgen, Konzertvorführungen usw. statt. Folgende Veranstaltungen sind geplant:

- Sonntag, den 16. Januar 1910, abends 6 Uhr, in den Unten-Festhallen, Grenadierstr. 37/38:** Vortrag von Frau Therese Schlegel: „Die Zukunft der Jugendbewegung“.
- Sonntag, den 30. Januar 1910, abends 6 Uhr, im Schützenhaus, Lichtenstr. 5:** Vortrag des Arbeitersekretärs Robert Schmidt: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“.
- Sonntag, den 20. Februar 1910, abends 6 Uhr, bei Naabe, Nichtestr. 29:** Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Franke: „Die Ursachen der französischen Revolution“.
- Sonntag, den 6. März 1910, abends 6 Uhr, in den Prachtzügen Nordwest, Nichtestr. 24:** Vortrag des Herrn Professor Dr. Blaschke: „Jugend und Gesundheit“.
- Sonntag, den 20. März 1910, abends 6 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 58/59:** Vortrag.

Sonntag, den 3. April 1910, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Lufer 15, aus Anlass der Schulentlassung:

Jugend-feier.

Der systematischen Einführung in einzelne Wissensgebiete sollen folgende

Vortragskurse dienen:

Sonntag: Einführung in die theoretische Nationalökonomie (Vortragskursus). II. Teil. Wiederholung des I. Teiles. Begriff und Inhalt der Nationalökonomie. — Entwicklung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Ware. — Wert. — Geld. — Preis. — Die Verwandlung von Geld in Kapital. — Fortsetzung (II. Teil). Die Erscheinungsformen des Kapitals. — Mehrwert. — Die Akkumulation und Konzentration des Kapitals. — Arbeitskraft und Arbeitslohn. — Die Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Produktionsweise. Mit mündlichen und schriftlichen Übungen der Teilnehmer. Einige neue Teilnehmer werden noch zugelassen. Vortragender: Max Grunwald. Lokal: Berliner Arbeiter-Bildungsschule, O. 54, Grenadierstr. 37. Beginn: Sonntag, den 9. Januar, um 12 Uhr mittags.

Montag: Praktische Nationalökonomie. Tatsachen der Weltwirtschaft. Die Entwicklung zur Weltwirtschaft. — Produktion und Konsum der wichtigsten Nahrungsmittel- und Genussmittel- und der wichtigsten Rohstoffe: Getreide, Fleisch, Zucker, Salz, Kaffee, Tabak, Bier, Kohle, Eisen, Baumwolle, Wolle. — Handel und Verkehr: Schifffahrt, Eisenbahnen, Post, Telegraphie, Telefon, Luftschiffahrt. — Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt. Vortragender: Max Grunwald. Lokal: „Jugendheim“, Brunnenstr. 115. Beginn: Montag, den 31. Januar, abends 8 Uhr.

Dienstag: Schöne Literatur (10 Vorträge). Lessing. — Goethe. — Schiller. Vortragender: Frau Wally Pfeiler. Lokal: Stad. N.W., Waldstr. 8. Beginn: Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr.

Donnerstag: Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts. Die Ursachen der Märzrevolution. — Der Verlauf und die Folgen der Märzrevolution. — Nationalkriege. — Die Anfänge der Arbeiterbewegung. — Das neue Deutsche Reich. Vortragender: Heinrich Schulz. Lokal: Naabes Festhalle, Nichtestr. 29. Beginn: Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr.

Sonabend: Gewerkschaftsbewegung. Theorie und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. — Arbeiterorganisationen in früherer Zeit. — Das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht. — Die freien Gewerkschaften. — Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften und christliche Gewerkschaftsorganisationen. — Die gelben Organisationen. — Die Kampfsmittel der Gewerkschaften (Streik, Aussperrungen, Boykott, Sperrten). — Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung von 1890 bis 1908. — Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Vortragender: R. Wiffel. Lokal: Gewerkschaftshaus, Engel-Lufer 15, Zimmer 9. Beginn: Sonabend, den 5. Februar, abends 8 Uhr.

Im Anschluss an die Kurse sollen Wanderungen durch die Museen, unter wissenschaftlicher Leitung, unternommen werden. Die Teilnahme an den Kursen ist unentgeltlich. Aufsticht von Getränken findet nicht statt. Einer besonderen Anmeldung bedarf es nicht. Der Jugendausschuss erwartet, dass die arbeitende Jugend Berlins durch recht zahlreiche Beteiligung an den Kursen und Sonntagsvorlesungen den Beweis erbringt, dass sie Bildung und Wissen zu schätzen weiß.

Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Actiengesellschaft

vormalig W. A. Boese & Co., Berlin.
In Ausführung der Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 18. Dezember 1909 fordern wir hiermit unsere Herren Vorzugsaktionäre auf, ihre Vorzugsaktion nebst Dividendenbogen und Zalon in der Zeit vom 5. bis 19. Januar d. J. einschließlich mit einem doppelten Nummernverzeichnis und unter gleichzeitiger Zahlung von 400 M. auf jede zusammengelegte Vorzugsaktie in Berlin bei Herrn Bercht u. Sohn, Berlin N.W., Roonstr. 8, Herrn G. Altmittel, Berlin W., Jägerstr. 27, oder bei der Gesellschaft, Berlin S.O., Köpenicker Str. 154, in Frankfurt a. M. bei Herrn Jacob Wolff u. Co., Frankfurt a. M., Neue Rainer Str. 82 I, einzuliefern, an welchen Stellen auch die Formulare für die Nummernverzeichnisse erhältlich sind.

Für diejenigen Einzahlungen, welche vor dem 19. Januar d. J. geleistet werden, werden 5 Proz. Zinsen vom Tage der Zahlung bis zum 19. Januar d. J. vergütet.
Von je drei berechneten eingereichten Vorzugsaktien wird eine Vorzugsaktie nebst Dividendenbogen und Zalon zurückbehalten und vernichtet, die beiden anderen dagegen nach Ausbringung folgenden Stempel- und Druck- und Generalversammlungs-Beschlusses vom 18. Dezember 1909 in Vorzugsaktie Lit. A umgewandelt den Einreichern baldmöglichst zurückgegeben.

Von den Nummernverzeichnissen wird das eine quittiert zurückgegeben, und gegen Umtausch desselben werden die Vorzugsaktien Lit. A scheinzeit ausgetauscht.
Berlin, den 4. Januar 1910.
Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Actiengesellschaft vormalig W. A. Boese & Co.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

bei Schmidt, Pringel-Allee 33.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Brückner über: Invaldengesetz.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 3. Bericht des Genossen 144/1.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

bei Hoppe, Hermannstr. 49.

Tages-Ordnung:

Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Groß-Berlin.

Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Nachdem die von der Krankenkasse der Personen-Lohnführer-Vereinigung auf den 15. November d. J. einberufene Wahl- und General-Versammlung infolge des Nichterscheinens der Kassennmitglieder ergebnislos verlaufen war, wird auf

Freitag, den 21. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, nach dem Prälaten, Dirschstr. 110, abermals eine

Versammlung

einberufen, in der die Wahl von 15 Delegierten der Krankenkassennmitglieder stattfinden soll.

Nach erfolgter Wahl der Delegierten findet am 9. Uhr abends die

Ordentl. General-Versammlung

der Delegierten statt. 270/3

Erscheinen zu der Versammlung die Kassennmitglieder nicht, so wird die Wahl als verweigert angesehen werden und werden die Delegierten von uns als Kassennmitglieder ernannt werden. (§ 33 des R.-B.-G.)

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Krankenkassen-Vorstandes § 37 und 38 des Krankenkassen-Statuts.
2. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-Kommission.
3. Konstituierung des Krankenkassen-Vorstandes.
4. Statutenänderung § 11, 12 und 29 des Statuts.

Wahlberechtigt sind alle diejenigen, welche das 25. Lebensjahr erreicht, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und bei einem Zunftangehörigkeit beschäftigt sind.
Berlin, den 4. Dezember 1909.
Magistrat der Residenzstadt Berlin, geg. 3 Unterschriften.

7938. Gem. II/09.

Gezogene eleg. Damengarderobe

(pottdilig. Reichensbergerstr. 104, pt.

A. B. Koch

Kohlen-Briftgrosßhandlung

Gegründet 1893.

Haupt-Kontor Berlin O. 34,

Petersburger Straße 1

(gegenüber Warschauer Straße).

Telephon Nr. 7 Nr. 3010 u. 3096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen

I. O. 34. Odb. Güterbahnhof,

Einig. Händelbörse Str. 71,

fr. Cthbepart.

II. O. 17. Odb. Güterbahnhof,

Pruchstr. 13.

III. Weissenhof, Güterbahnhof,

Greifswalder Straße 80a.

IV. N. 113. Schmitzstraße 28-34,

Ecke Schöneberger Straße.

V. N. 65. Antonstraße 36-41,

Ecke Ruhleplatzstraße.

Preise für nur 10 Marken ab Platz

von 10 Ztr. an:

Prima Halbhirne

Berlinand Str. 88 Pf.

Halbsteine Rfr. Str. 95 Pf.

Berlinand-Brif. Str. 90 Pf.

Anna und Wald-

mannsheil Str. 97 Pf.

Flämmerstraße Str. 99 Pf.

la Diamant-Salon

geleglich gefüllt

(pr. Str. 110-120 St.) Str. 105 Pf.

Alte u. Kubalt.

Kohlenwerte Str. 105 Pf.

la Anthrazit-Gade Str. 2,30

Kohls, Holz, Steinföhlen usw. zu

den billigsten Tages-u. Konventions-

preisen. Anlieferung frei Keller je

nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf.

mehr. — Bei Originalwaggon und

größeren Abhängen verlangen Sie

meine Spezial-Offerte.

Apotheker Käferpulver

verflügt Russen, Schwaben, Ameisen

usw. Sicherer Erfolg. Verp. gegen

60 Pf. in Marken durch

Schwaben-Pharmacie, Osnabrück.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu I.

Lehrplan für das I. Quartal 1910.

Montag: Naturerkenntnis. (Zweiter Teil.)

Die Entstehung der Erde. Die Erdzeitalter. Die Entwicklung des Lebens und die Urzeugung. Darwin und der Darwinismus. Die Entstehung der Arten. Die Beweise für die Abstammungslehre. Die Entwicklung des Menschen.
Vortragender: Emanuel Wurm.

Mittwoch: Gesetzeskunde (Strafrecht, Strafprozess und die jetzigen Reformbestrebungen).

1. Aufgabe des Strafrechts. Strafrechtstheorien. — 2. Aus der Geschichte des Strafrechts und des Strafprozesses. — 3. Verbrechen. Vergehen. Uebertretungen im allgemeinen. — 4. Strafe. Strafverfahren. Strafzumessung. — Vollziehung der Strafe. — 5. Staatsanwalt. — Verteidiger. — Volksgerichte. — Gelehrte Richter. — Klassenjustiz. — 6. Straftaten des politischen und wirtschaftlichen Kampfes.
Vortragender: Dr. Oskar Cohn.

Donnerstag: Rednerschule.

1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionalelehre. — 2. Technische Hilfsmittel: Das Manuskript. Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. — 3. Das Vereins- und Versammlungs-wesen. Die Geschäftsordnung. — 4. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.
Vortragender: Max Grunwald.

Freitag: Gewerkschaftswesen. (Aus Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung.)

1. Geschichtlicher Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. 2. Grundsätze der modernen Gewerkschafts-Organisation. — 3. Demokratie und Disziplin im Gewerkschafts-leben. — 4. Taktik. — 5. Kartelle und Unternehmerverbände. — 6. Tarifverträge. — 7. Die Gewerkschafts-Internationale. — 8. Gewerkschafts-Literatur.
Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: Geschichte. (Geschichte des 15. Jahrhunderts.)

1. Der politische und wirtschaftliche Zustand Deutschlands zu Ausgang des 15. Jahrhunderts. — 2. Die Städte. — 3. Die Kirche und die geistlichen Strömungen. — 4. Die Anfänge der Reformation. Luther, Zwingli. — 5. Sickingen und Hutten. — 6. Thomas Münzer. — 7. Calvin. Beginn der Gegenreformation. — 8. Spanien und die Niederlande. Frankreich. Italien. — 9. England. — 10. Deutschland am Ausgang des 16. Jahrhunderts.
Vortragender: Hans Block.

Sonntag: Nationalökonomie. (Die Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. I. Teil.)

Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft, ihre Einteilung und Objekt. — Die Entwicklung zur kapitalistischen Weltwirtschaft; Entstehung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Die Ware als Elementarform der kapitalistischen Produktionsweise. — Der Gebrauchswert und der Tauschwert der Ware. — Geld, Preis. — Die Verwandlung von Geld in Kapital. — Die Erscheinungsformen des Kapitals. — Die Grundrente.
Vortragender: Max Grunwald.

Fortschrittsskursus.

Donnerstag: Nationalökonomie. (Gemeinsame Lektüre von Marx' „Theorien über den Mehrwert.“)

Vortragender: Julian Borchardt.

Lichtenberg-Rummelsburg.

Donnerstag: Geschichte. (Geschichte der Reichsgesetzgebung und der Sozialpolitik.)

1. Die Verfassungen von 1867 und 1871. Die gesetzgebenden Gewalten. — 2. Bürgerliche Rechte. Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit. — 3. Gewerbegesetzgebung. Gewerbefreiheit. Zunftgesetzgebung. — 4. Bürgerliches Recht. Arbeitsvertrag. — 5. und 6. Arbeiterschutz. Koalitionsrecht. — 7. und 8. Arbeiterversicherung. — 9. Vereins- und Versammlungsrecht. Presse-recht. — 10. Strafrecht.
Vortragender: Simon Katzenstein.

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie: am

Sonntag, den 9. Januar; Naturerkenntnis: Montag, den 10. Januar;

Gesetzeskunde: Mittwoch, den 12. Januar; Rednerschule:

Donnerstag, den 13. Januar; Gewerkschaftswesen: Freitag,

den 14. Januar; Geschichte: Sonabend, den 15. Januar.

Fortschrittsskursus: Donnerstag, den 27. Januar; 2. Abend:

Montag, den 31. Januar.

Dieser Kursus findet bei L. Lier, Grenadierstr. 35, statt.

Jeder neue Teilnehmer muß eine schriftliche Arbeit über die Mehr-werththeorie bis zum 8. Januar an den Vorsitzenden eingereicht haben.

Der Unterricht in Rummelsburg-Lichtenberg findet

statt im Lokal von Gebrüder Arnold, Frankfurter

Chaussee 5/6. Beginn: Donnerstag, den 13. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt

pünktlich um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der

Sonntagskursus beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich

um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr. In Lichtenberg-Rummelsburg beginnt er Punkt

9 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden

von 7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$ Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro

Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgehalt für jedes Fach pro Kursus

1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten

bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstr. 37, Hof

geradezu I Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen:

Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel,

Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch,

Engel-Lufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann

Lammé, Berlin-Rixdorf, Steinmetzstraße 51 III, Geld-

sendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasen-

heide 50, zu senden. Der Vorstand.

Ardath
Splendo
Cigarettes
London
5 Pfennig
As supplied to
the House of Lords

Generaldepot M. Setze, Berlin N., Brunnenstr. 27. Tel. III. 8229.

Kautabake
der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047.

Heizt Koacht Beleuchtet mit „DAPOL“ garantiert rein amerikanisches Petroleum. DAPOL rußt nicht! DAPOL gibt eine helle Flamme! DAPOL verbrennt geruchlos! Erhältlich in allen Geschäften, wo das nebenstehende Plakat mit dem Indianerkopf aushängt. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizisch) Petroleum. 258/1*

Hier wird nur DAPOL verkauft.
DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

Vorort - Nachrichten.

Rigdorf. Eine Beschönigung ihres am 17. Dezember 1908 unternommenen Wahlrechtsraubes...

Die Stadtverordneten, welche am 17. Dezember für die Abänderung des Wahlrechts stimmten...

Man und deutlich geht aus vorstehendem hervor, in welcher heillosen Verlegenheit sich die Wahlrechtsräuber befinden...

Für letztere bedeutet die Abänderung des Wahlrechts die Verlängerung ihrer einseitigen Interessenpolitik...

Und so etwas noch beschönigen wollen, heißt die Wähler einfach begaunzen.

„Waldschranke“ an der Arbeit. Durch den Kellerschacht nahmen Geldschrankebrecher, die der Kartonnagenfabrik von Rode...

Charlottenburg.

Aus dem Eheleben der Charlottenburger Bevölkerung erzählen die Zahlen des statistischen Amtes über Eheschließungen...

Zumeist heirateten die Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren, und fast die Hälfte aller im Jahre 1908 statigehabten Eheschließungen...

Die geschiedenen Ehegatten spielen überhaupt eine immer bedeutendere Rolle in den statistischen Zahlen des Standesamtes...

Natürlich ist zumeist „Er“ der schuldige Teil, der zum Bruch getrieben hat. Das ergeben schon die Zahlen über die Arten der geschiedenen...

Groß-Lichterfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Wenzel den Bericht des Vorstandes. Danach fanden elf Mitglieder-

sitzungen, davon vier mit den Funktionären, und fünf Agitations-touren statt. Der Mitgliederbestand ist 250 männliche und 45 weibliche...

Sanktvis.

In der letzten Gemeindevorversammlung wurde der Errichtung eines Wochenmarktes zugestimmt. Derselbe soll Montags und Donnerstags...

Steglitz.

Die heutige Gemeindevorsetzung von Steglitz sprach sich gegen eine Namensänderung, wie sie der Gemeindevorstand beantragt hatte...

Ober-Schöneweide.

Die freie Jugendorganisation veranstaltet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr, bei Barnede, Wilhelmshofstr. 18...

Aldershof.

Hat der Schöffe Vach sein Amt seit Mai 1908 rechtmäßig ausgeübt? Das ist die Frage, welche die am Donnerstag stattgehabte Gemeindevorversammlung hauptsächlich beschäftigt hat...

Nowawes.

Der zweite Vortrag des von den vereinigten Bildungsausschüssen Nowawes und Potsdam veranstalteten wissenschaftlichen Lichtbilder-

vortragskursus über die Geschichte unserer Erde findet am kommenden Dienstag im Restaurant „Volksgarten“...

Potsdam.

Die Massenkundigung bei der Potsdamer Feuerwehr ist vom Magistrat zurückgenommen worden, nachdem die gekündigten Feuerwehrlente ihren Austritt aus dem Verbande deutscher Feuerwehrlente erklärt haben...

Vermischtes.

Am Neujahrsmorgen. In der „Musikete“ (Wien) erzählt Frankh folgende Geschichte von einer Familie und unverhältnismäßig viel Kanalräumen...

Vom Schlachtfelde der Arbeit in Japan. Der amerikanischen Presse entnehmen wir eine Nachricht, die durch einen Dampfer vom Lande der aufgehenden Sonne überbracht wurde...

Eingegangene Druckschriften.

- Electro-Ingenieur-Kalender 1910. Herausgegeben von A. S. Hirsch und A. Wiking. 2,50 M. D. Gollner, Berlin W. 30.
Universal-Taschenkalender 1910. Von Prof. A. L. Vilmann, Geographisch-Statistisches Reichsanlagebuch. 3,50 M. G. Freytag u. Berndt, Wien VII.
Bericht des Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen Wiens...

Amthlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel in den Großhandels- und den Central-Markthallen. Marktliste: Preis für Futur reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert...

Bruch-Pollmann

empfehlen sehr Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geraschalteln, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege...

!Reste!

Damentuche, Shawarj und farbige Kostüme, neueste Muster, Samt, Seide, Filz, Astrachan, Krimmer, Kamagarn - Cheviot und sämtliche Futterstoffe.

Teilzahlung 50 Pf. an. Herr-Paletots, -Anzüge, Damen-Jackotts, Röcke, Blusen, Pelzstolsen, Botten, Tischdecken, Wäsche, Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Spiegel, Bilder, Uhren. F. & H. Schmidt, Potsdamer Straße 23, nur 1. Etage.

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG S. LEVY CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.

Inventur-Räumungs-Verkauf

Kolossale Preisherabsetzung * In allen Abteilungen * Enorm billige Preise

Kleider- und Seidenstoffe.

Engl Kostümstoffe, früherer Preis jetzt 98 Pf. 78 Pf.
 Kostümstoffe, ca. 110 cm. früherer Preis jetzt Mtr. 1.45
 Diagonal in vielen Farben, früher Mtr 1.85, jetzt 1.35
 Kinderschotten, große Auswahl, Mtr. 98 Pf. 85 Pf. 58 Pf.
 Blaugrüne Schotten reine Wolle, früher 1.65, jetzt 1.10
 Blusen-Samte in großer Auswahl . . . jetzt Mtr. 75 Pf.
 Blusenseide, neue Streifen, früher M. 1.75 . . . jetzt 1.45
 Blusenseide, bedeutend unter Preis . . . 1.25 95 Pf.

Damen-Konfektion.

Oberhemdblusen in Velour Stück
 Matinees, türkisch 1.95 M.
 Jupons in verschied. Ausführungen
 Kinderkleidchen 50 bis 60 cm

Elegante Tüllblusen Stück
 Wollene Blusen ohne Futter 2.75 M.
 Kostüm-Röcke
 Flauch-Matinees

Damen-Paletots Stück
 Unterröcke mit breitem Volant 3.95 M.
 Wollene Kinderkleider
 Golf-Capes, 110 cm lang

Wollene Damen-Blusen, elegante Ausführung Stück
 Unterröcke mit elegantem Volant 5.75 M.
 Damen-Paletots in bester Ausfüh.
 Golf-Jacken
 Kinderkleider in Samt und Wolle

Ein großer Posten
 eleganter Spitzen-Unterröcke,
 Nachthemden u. Frisiermäntel
 leicht angestaubt, M. 4.75 3.50 2.95

Ein Posten
 Stickerei- und Spitzen-Abschnitte
 ganz enorm billig.

Leinen- u. Baumwollwaren.

Hemdentuch, 80 cm br. . . . Meter 38 33 28 22 Pf.
 Louisianauch, 80 cm br. . . . Meter 45 40 35 28 Pf.
 Dimiti, Kissenbreite Meter 65 60 55 48 Pf.
 Dimiti, Deckbettbreite Meter M. 1.05 95 90 85 Pf.
 Stubenhandtücher, Drell, 1/2 Dtzd. 2.25 1.75 1.45
 Stubenhandtücher, Jaquard, 1/2 Dtzd. 3.25 2.95 2.65
 Taschentücher, Linon, 1/2 Dtzd. 75 65 55 48 Pf.
 Taschentücher, Rein Leinen, 1/2 Dtzd. 1.95 1.75 1.45

Ein Posten Oberhemden mit Manschetten, bunt und weiß, angestaubte Fensterhemden, M. 2.95 2.45 1.95

3 Küchenhandtücher 95 Pf. 2 Stubenhandtücher 95 Pf. Gerstenkorn gebil. Drell

In der Tapissiererei-Abteilung
 Decken, Läufer und Handtücher
 bedeutend unter Preis.

Gardinen - Steppdecken.

Gardinen, abgepaßt, Fenster, 2 Flügel M. 5.25 3.75 2.45
 Mohair, Plüsch-Tischdecke M. 13.50 10.25 7.75
 Filztuch-Tischdecke M. 5.50 3.75 1.35
 Steppdecken, Handarbeit, doppelseitig M. 9.75 7.25 6.75
 Wollene Schlafdecken M. 5.75 4.50 3.45

Damenhemden mit Stickerei, An- und Ein-sätzen und Banddurchzug. Stück
 Beinkleider aus Renforcé od. Croise-Barch. mit reicher Stickerei-Garnierung. 1.65 M.
 Untertaillen mit gediegenen Stickereien und Banddurchzug. Stück

Zur Einsegung schwarze u. weiße Stoffe 95 Pf. an sehr preiswert Meter von

Ein Posten bw. Musseline m. Bord. Mtr. 26 Pf.

Ein großer Posten Spitzen- u. Band-Reste ganz enorm billig.

Schürzen - Korsetts.

Kinder-Schürzen enorm billig 98 68 48 Pf.
 Damen-Mieder-Schürzen M. 1.28 98 Pf.
 Herren-Normalhemden M. 1.25 90 Pf.
 Herren-Trikot-Beinkleider M. 1.25 90 Pf.
 Gold-, Gummi-Gürtel 98 78 48 Pf.

Damenhemden aus prima Hemdentuch mit Hohlsaumbesatz. Stück
 Beinkleider aus Renforcé oder Barchent mit Langette oder Stickerei. 1.35 M.
 Nachtjacken aus Wäschetuch oder Barchent, mit Hohlsaumlangette.

Berlin W., Kaufhaus Wilhelm Joseph Schöneberg, Großgörschenstr. 1. Hauptstr. 163.

Kaufhaus F. Nahrstedt

Wrangelstraße 39/41.

Lübbener Straße 15.

Großer Inventur-Verkauf

aussortierter und zurückgesetzter Restbestände sämtlicher Läger

in der Woche vom Sonnabend, den 8., bis Sonnabend, den 15. Januar.

Abteilung Kleiderstoffe.

Kleiderstoffe für Haus, Straßen u. Gesellschaften in Serien eingeteilt, ohne Rücksicht auf den früheren Wert

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4
jetzt Mtr. 75 Pf.	Mtr. 95 Pf.	Mtr. 1.45	Mtr. 1.95

Reinwollener Cheviot, 110 cm breit, Marine, Mtr. 95 Pf.
 Baumwollen-Musseline Mtr. 25, 38, 45 Pf.
 Wollmusseline Mtr. 50, 60, 75 Pf.
 Rips, Frühjahrsneuheit, mit und ohne Bordüre, Mtr. 45, 55, 65 Pf.
 Deutsche u. engl. Kleiderstoffe Wert bis 2.75, jetzt Mtr. 1.25
 70 cm breit reinwoll. engl. Flanell Wert bis 2.00, jetzt Mtr. 90 Pf.
 Schwarze Kleiderstoffe (klein gemustert) Wert 2.25 u. 2.50, jetzt Mtr. 1.50
 Hauskleiderstoffe Wert Mtr. 1.00 1.60 2.00
 Prima Kleider-Satin in reizenden Mustern, Wert 1.10, jetzt 60 Pf.

Elfenbeinfarbige Schweizer Stickerei-Blusen sehr reich gestickt, außergewöhnlich billig, Stück 2.05 2.95

Ein Posten reinseidene, gestreifte Blusen-Stoffe Mtr. 95 Pf. 1.45 1.95

Ein Posten gestickte Tüll- u. Stickereistoffe enorm bill. Mtr. 95 Pf.

Damen-Wäsche.

Damen-Hemden, Achselschluß, glatte Form mit Stickerei 1.30
 Barchent-Beinkleider mit Langette und Stickerei-Volant 1.30
 Piqué-Unterröcke mit Trimming 1.30
 Fantasie-Damenhemden, leicht an-gestaubt Wert 3.00 3.50 4.00 4.50 jetzt 2.00 2.25 2.75 3.25
 Linon-Taschentücher, gebrauchsfertig . . Dtzd. 1.65
 Reinleinen Taschentücher, 47/47 cm 8.75

Prima Halbleinen Tischtücher.
 180/180 cm Wert 3.25 jetzt 2.25
 180/200 cm Wert 3.75 jetzt 3.10
 180/270 cm Wert 5.50 jetzt 4.50

Prima Reinleinen Tischtücher
 165/165 cm Wert 5.50 jetzt 4.50
 180/160 cm Wert 3.50 jetzt 2.65

Servietten Dtzd. 60/60 m Wert 4.90 6.50
 Prima Jacquard-Handtücher 45 x 110 cm Wert Dtzd. 8.00, jetzt 6.50
 Prima Drell-Handtücher 48 x 110 cm Wert Dtzd. 7.00, jetzt 5.90

Besonders preiswert:
 Handtücher, Jacquard-Muster, Meter: 28 Pf., 33 Pf., 38 Pf.
 Fertige Laken, gebleicht, Prima Qualität, ohne Naht, 150 x 205 cm, Stck. 2.45

Weiß Herren-Oberhemden gestickt u. mit Schnur in Halsweiten 85, 90, 97 cm Stück 1.85

Bunte Herren-Oberhemden Wert 4.50, jetzt Stück 2.85

Herren-Filz-Hüte in mode, grünen und dunklen Farben, Wert bis 4.00, jetzt 1.75

Ein Posten Damen-Gummi-Gürtel in hellen und dunklen Farben, wert bis 2.25, jetzt 95 Pf.

Herren-Selbstbinder, Kunstseide, gestrickt, in den neuesten Farb., Wert 1.75, jetzt 95 Pf.

Gestrickte Kragenschoner Stück 88 Pf. 58 Pf.

Ein Posten Winter-Herren-Joppen
 Stück 4.00 5.00 6.00

Weiß und bunte baumwollene Bettücher weit unter Preis Stück 95 Pf. 1.15 1.45

Bunte Tisch- und Kaffeedecken

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4
jetztiger Preis 75 Pf.	95 Pf.	1.62	2.00
Wert 1.20	1.50	1.85	2.55

Damen-Unterröcke, Preise bedeutend herabgesetzt Stück 1.75 2.15

Reste und Coupons zu Einheitspreisen

Baumwollstoffe durchweg Meter 25 Pf., 35 Pf., 45 Pf.

Kleiderstoffe durchweg Meter 50 Pf., 75 Pf., 95 Pf., 1.35

Seidenstoffe durchweg Meter 95 Pf., 1.25 1.85 2.35